

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

„Vater Staat“?

Es war im Herbstsemester 1952. Ob Hermann Klenner damals schon Professor war, weiß ich heute nicht mehr. Es spielt auch keine Rolle. Jedenfalls war sein Lehrstoff äußerst spannend. Mit roten Ohren saßen wir Jurastudenten der Berliner Humboldt-Universität in seiner Vorlesung über Staats- und Rechtstheorie. Den Hörsaal füllten gut zur Hälfte Absolventen der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät – viele älter als der Mann am Rednerpult. Der Staat sei eine „Maschine“, ein Instrument zur Durchsetzung von Zielen der jeweils herrschenden Klasse und zur Niederhaltung ihrer Gegner. Neben Machtsicherung und Repression habe er auch noch andere Aufgaben zu erfüllen. Besonders im Sozialismus, wo wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktionen immer mehr an Bedeutung gewannen.

Was wußten wir in jener Zeit vom Staat? Die meisten nahmen wohl an, er sei – da in bestimmten Grenzen bestehend – am ehesten mit dem Land identisch. Vielleicht auch mit der Nation. Jeder hatte schon mal die Forderung vernommen, man dürfe „Vater Staat“ nicht „auf der Tasche liegen“. Das unterstellte, der Staat sei gleichsam ein gütiges, ausgleichendes Gemeinwesen, eine Art Übervater, der für seine „Kinder“ bestens Sorge und alles regelt.

Diese Illusionen wurden nun mit dem marxistischen Seziersmesser zerschnitten. Wo die Bourgeoisie herrsche, bestehe die „Maschine“ vor allem aus Armee, Polizei, Justiz, Gefängnissen und ganzen Heerscharen von Beamten. Diese Ballung staatlicher Gewalt habe es auch in den beiden vorangegangenen Ausbeuterformationen – der Sklaverei und dem Feudalismus – gegeben.

Wenn die Arbeiterklasse ihre Revolution vollziehe und an die Macht gelange, werde sie den Staat zum Aufbau und Schutz des Sozialismus dringend benötigen. Erst später, wenn die Klassen im Kommunismus gänzlich aufgehoben seien, trete eine andere Form gesellschaftlicher Organisation an die Stelle des Staates.

Auch Traumbilder vom Recht als dem Ausdruck allgemeiner Gerechtigkeit zerstoßen im Licht der marxistischen Analyse. „Euer Recht ist ja nur der zum Gesetz erhobene Wille Eurer Klasse“, hatten Marx und Engels der Bourgeoisie im Kommunistischen Manifest entgegengehalten und damit den Schleier angeblicher Neutralität juristischer Normen weggezogen. Der Staat als Klassenstaat, das Recht als Klassenrecht – die Eckpfeiler waren gesetzt.

Was wir vor mehr als 50 Jahren in uns aufnahmen, erfuhren später Millionen DDR-Bürger viel ausgefeilter beim Studium an den Hochschulen und in Zehntausenden

Zirkeln aller Art. Der Marxismus-Leninismus wurde in der DDR zur dominierenden Lehre, weil die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft geworden war. Die herrschende Ideologie ist immer die Ideologie der politisch Herrschenden, weiß man. Heute gibt das Großkapital in ganz Deutschland wieder den Ton an. Das geistige Dunkelmännertum seiner Theorien ist schwer zu durchdringen. So kann Frau Merkel erneut das alte Eiapoepia vom „Vater Staat“ auflegen.

Natürlich sind auch wir Kommunisten und Sozialisten Staatsbürger der Bundesrepublik, wenn man davon absieht, daß viele im Osten das nur wider Willen wurden und ihre innere Loyalität noch immer der durch die BRD annektierten DDR gehört. Jederzeit wissend, daß der „neue“ Staat die „Maschine“ der Bourgeoisie ist, halten wir uns strikt an die geltenden Gesetze. Politisch „ankommen“ aber wollen wir nicht. Denn wir vermischen nicht Feuer und Wasser. Die NVA der DDR, die vor 50 Jahren als Armee des Friedens und des Sozialismus geschaffen wurde und deren einstigen Angehörigen wir zum Jubiläum auf das Herzlichste gratulieren, hat mit der außer Landes intervenierenden Bundeswehr nichts gemein. Unsere Volkspolizei war ein Machtinstrument des Arbeiter-und-Bauern-Staates – die Polizei der BRD dient der Aufrechterhaltung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse. Unser MfS hielt innere und äußere Feinde des Sozialismus in Schach – der Verfassungsschutz der BRD ist vor allem BDI und BDA verpflichtet, während Steinmeiers BND mit Aggressoren kooperiert. Unsere Justiz verteidigte sozialistische Macht- und Eigentumsverhältnisse – Gerichte und Staatsanwaltschaft der BRD aber schützen vor allem das Privateigentum der Ausbeuter.

Sicher ist diese Darstellung scheren-schnittthaft. Machtorgane bestehen immer aus Menschen, die nicht schematisch eingeordnet werden können und sich unterschiedlich verhalten. Aber sie trifft den Kern des Problems. Auch die andere Seite nimmt übrigens eine scharfe Abgrenzung vor. Nur ein Beispiel: Nach jahrelangen Bemühungen des für imperialistische Traditionspflege zuständigen Bundeswehrverbandes, das Klassenbewußtsein von NVA-Offizieren durch „Integration“ einzuschläfern, hat das BRD-Verteidigungsministerium jetzt im Osten offenbar geplante Veranstaltungen zum NVA-Jubiläum in BW-Objekten strikt untersagt. So halten sie es mit der „Armee der Einheit“. „Vater Staat“ ist also ein Märchen für Erwachsene. Dessen sollte man sich stets bewußt sein.

Klaus Steiniger



INHALT

Claras Beispiel beflügelte Millionen	S. 2
DDR und BRD im Spiegel der Frauenrechte	S. 2
Generationen von FDJlern bauten die DDR auf	S. 3
Feine Alte	S. 4
Oberster Soldat der Volksarmee: Karl Heinz Hoffmann	S. 5
Warum man Oberst Gertz die Gefolgschaft verweigern sollte	S. 6
NVA-Ehrungen unerwünscht	S. 6
Konterrevolution oder „Fehler bei der Gestaltung der Einheit“?	S. 7
McCarthyismus in Strasbourg	S. 8
Mikis Theodorakis geißelt die Hexenjäger	S. 9
Lob des Revolutionärs	S. 9
Gilt das Wertgesetz auch im Sozialismus?	S. 10
Wenn dich deine Enkel nach dem Krieg fragen ...	S. 11
Vor 60 Jahren fand der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß statt	S. 12
Viel heiße Luft in teuren Anzeigen	S. 12
Ein Rohrkrepierer aus dem Hause Birthler	S. 13
Die Tochter des Pferdeknechts	S. 14
Verteidiger als Ankläger: Friedrich Karl Kaul	S. 15
Der Unbeugsame: Ein Film über Jupp Angenfort	S. 16
Hamburger Helden	S. 16
Die Odyssee des Kommunisten Max Emendörfer	S. 17
Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (4 und Schluß)	S. 18
Mysteriöse Todesfälle	S. 19
Hohle Steine	S. 19
Von der Krokofantenkeule zum Weg-pusten fossiler Energieträger	S. 20
Kommunisten in Ungarn	S. 21
Vor 85 Jahren beriet der X. Parteitag der KPR (B) – Als Lenin die NÖP präsentierte	S. 22
Belarus: Sowjetische Errungenschaften erhalten!	S. 23
Irak: Mehr als 150 Professoren ermordet	S. 24
Warschau: Antirussische Tiraden	S. 25
Mister Gates und die Sicherheits-lücken im Internet	S. 26
Wenn Literaten „für die Zukunft“ schreiben	S. 27
Wie die Bourgeoisie den Rebellen Mozart vermarktet	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Ihr Beispiel beflügelte Millionen: Clara Zetkin

Die große Revolutionärin Clara Zetkin setzte all ihre Kraft für die Verbreitung der Ideen des Sozialismus ein. Sie wirkte für den Zusammenschluß der deutschen und internationalen Arbeiterklasse und vertrat stets konsequent marxistische Positionen. 1878 schloß sich die am 5. Juli 1857 in Wiederau Geborene als junge Lehrerin der Sozialdemokratie an. 1889 referierte die bereits erprobte Klassenkämpferin auf dem Gründungskongreß der II. Internationale über die Organisation der proletarischen Frauenbewegung, deren Begründerin und Führerin sie war. Sie erwarb sich bleibende Verdienste, indem sie die Grundzüge einer revolutionären Frauenpolitik ausarbeitete, die Rolle von Ideologie und Kultur im Klassenkampf untersuchte und einen grundlegenden Beitrag für die marxistische Schul-, Bildungs- und Jugendpolitik leistete. Unter ihrer Redaktion (1892–1917) wurde die sozialistische Zeitung „Die Gleichheit“ zu einem bedeutenden Sprachrohr fortschrittlicher Frauen. Eng verbunden mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg führte Clara Zetkin einen energischen Kampf gegen Imperialismus, Militarismus, Opportunismus und Krieg. Mit W. I. Lenin und dessen Frau N. K. Krupskaja verband sie eine tiefe Freundschaft.

Grafik: Arno Fleischer



Clara Zetkin begrüßte die Große Sozialistische Oktoberrevolution als Beginn einer neuen Ära. Für sie war die Stellung

zur Sowjetunion Maßstab revolutionären Handelns. Sie wurde zu einer leidenschaftlichen Propagandistin des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, der Solidarität der deutschen mit den sowjetischen Werktätigen, der Ideen Lenins und des proletarischen Internationalismus. 1921 wurde Clara Zetkin Präsidentin der Internationalen Arbeiterhilfe und 1925 Vorsitzende der Internationalen Roten Hilfe. Als eine der führenden Persönlichkeiten der KPD und der Kommunistischen Internationale war sie maßgeblich an der Gestaltung der kommunistischen Einheitsfront- und Bündnispolitik im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg beteiligt. Seit 1920 Mitglied des Reichstags, leistete sie einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung revolutionärer Parlamentspolitik. Am 30. August 1932 rief sie als Alterspräsidentin in ihrer letzten Parlamentsrede zum Kampf gegen Hitlers Faschisten auf.

Clara Zetkin, die am 20. Juli 1933 in Archangelskoje bei Moskau starb und an der Kremlmauer beigesetzt wurde, mußte vor den Nazis in die Sowjetunion fliehen. Von der Regierung der UdSSR wurde sie 1927 mit dem Rotbannerorden und 1933 mit dem Leninorden geehrt.

Zusammengestellt von Hans-Dieter Hesse

DDR und BRD im Spiegel der Frauenrechte

Nicht jedem fiel die aktuelle Tabelle vom Statistischen Bundesamt in die Hände, die unlängst in einigen Printmedien mit Kommentaren veröffentlicht wurde und Auskunft darüber gibt, welchen „Lohnentzug“ eine berufstätige Frau in den sogenannten neuen Bundesländern hinzunehmen gezwungen ist.

August Bebel leitete 1879 sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ mit der Betrachtung ein: „Wir leben im Zeitalter einer großen sozialen Umwälzung, die mit jedem Tag weitere Fortschritte macht.“

Wenn im vielseitigen CDU/CSU-„Regierungsprogramm“ das Wort „Frau“ lediglich dreimal Erwähnung findet, treffen die von Bebel vorausgesagten „großen sozialen Umwälzungen“ im negativen Sinne zu. Beide „Volksparteien“ verkündeten in ihren Wahlprogrammen demgegenüber die Gleichstellung der Frau. „Eine SPD-geführte Bundesregierung wird erstmals einen ‚Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern‘ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen“, hieß es zum Beispiel. Hatten die SPD-Genossen um Schröder nicht schon Jahre dazu Gelegenheit, die Defizite zu beheben?

Eine vollzeitbeschäftigte „Ost-Frau“, so das Statistische Bundesamt, verdiente im produzierenden Gewerbe im Jahr 2004 genau 20 196 Euro. Die „West-Frau“ hingegen bekam 26 371 Euro, also 30,6 % mehr. Der vollbeschäftigte „West-Mann“ ging mit 35 313 Euro in die Statistik ein, erhielt also 74,9 % mehr als eine Frau „in den blühenden Landschaften“. Die „Gleichstellung zwischen Frau und Mann“ weist eben noch „verbleibende Defizite“ auf. Um nicht der Einseitigkeit bezichtigt zu werden, hier auch der amtliche Vergleich im Bereich Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe. Das Jahreseinkommen 2004 der „Ost-Frau“ betrug 28 402 Euro, das der Frau im Westen 34 374 Euro. Differenz: 21 % Mehrverdienst in den alten Bundesländern. Der „West-Mann“ hingegen erreichte 46 326 Euro und lag damit 63 % über dem Ost-Frauen-Niveau.

August Bebel zitiert in seinem Werk den bedeutenden französischen Nationalökonom Pierre Emile Levasseur, der umfangreiche Studien zur weltweiten Lohnentwicklung im ausgehenden 19. Jahrhundert betrieb. „Was den Arbeitslohn betrifft, so sagt der bürgerliche E. Levasseur, daß fast in allen Fällen der Arbeitslohn der Frauen nur sehr selten bis zu zwei Dritteln des Lohnes der männlichen Arbeiter steigt und viel öfter

die Hälfte beträgt.“ Die Erkenntnis des Franzosen aus dem 19. Jahrhundert bewahrheitet sich am Beginn des 21. Jahrhunderts für die Frauen und Mädchen im Osten der BRD.

Der Erfurter Ingenieur Stefan Sommer mühte sich mit gebremstem Schaum in seinem nach 1990 erschienenen „Lexikon des DDR-Alltags“ darum, einige Begriffe zu definieren. Immerhin entschloß er sich, nach „Frau Dr. Pille“ alphabetisch folgend Worte wie „Frauenausschuß“, „Frauenförderungspläne“, „Frauenruheraum“, „Frauensonderstudium“ und „Frauentag“ zu erwähnen. Seine Erläuterung zum Thema „Frauenförderpläne“: Sie „dienten dazu, die Gleichberechtigung der Frau, die sich in den ersten Jahren der DDR vor allem darin äußerte, daß die Frau für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bezahlt bekam, auf ein neues Niveau zu heben und Frauen vor allem in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu unterstützen“.

Das ist Vergangenheit. Bebels Titel lautete bekanntlich: „Die Frau und der Sozialismus“. An dieses Werk angelehnt, kann man den großen Sozialistenführer so interpretieren: „Wir lebten im Zeitalter einer großen sozialen Umwälzung, die mit jedem Tag weitere Fortschritte machte.“

Hans Horn

Am 7. März jährt sich zum 60. Mal der Gründungstag der FDJ. Ihr Wirken im revolutionären Prozeß vor und nach dem Entstehen der DDR gehört zum positiven Erfahrungsschatz der progressiven Kräfte des deutschen Volkes. Das löscht auch die Verleumdungskampagne der letzten 16 Jahre nicht aus. Natürlich haben auch westdeutsche FDJler im Kampf gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und bei der Verteidigung demokratischer Rechte Großes geleistet. Meine Würdigung gilt auch ihnen.

Während dem Jugendverband in der sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR durch die Rote Armee jede Unterstützung zuteil wurde, bekämpften ihn in den Westzonen von Beginn an die imperialistischen Besatzungsmächte und restaurative deutsche Kräfte. Dieser Prozeß führte schließlich zum Verbot der FDJ. Ich will die historischen Abläufe in aller Kürze darstellen.

Unser Weg aus den materiellen und geistigen Trümmern des Faschismus war durch die Beschlüsse des 7. Weltkongresses der Komintern, den Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und das Aktionsabkommen zwischen KPD und SPD vorgezeichnet. Die Strategie eines breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnisses fand ihren Niederschlag in der Jugendpolitik. Es galt, die Jugend von der faschistischen Ideologie, die sie am stärksten beeinflusst hatte, Schritt für Schritt zu befreien.

Am Anfang der Entwicklung standen die antifaschistischen Jugendausschüsse. Ein zutiefst demokratischer Prozeß begann, der von unten nach oben verlief. Im Frühjahr 1946 waren die Voraussetzungen zur Gründung eines Jugendverbandes gegeben. Die sowjetische Besatzungsmacht signalisierte ihr Einverständnis. Am 7. März 1946 wurde die FDJ als selbständige, einheitliche, überparteiliche Jugendorganisation geschaffen. Das war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Ihr Entstehen fand sofort ein lebhaftes Echo. Schon Ende April zählte die FDJ in der sowjetischen Zone 190 000 Mitglieder.

Der Kampf um die Gewinnung der Masse der Jugend und eine politische Rolle der FDJ in der Gesellschaft vollzog sich in ständiger Auseinandersetzung mit konservativen, proimperialistischen Kräften. Der beginnende kalte Krieg machte um die Jugend keinen Bogen. FDJler gehörten zu den Aktivsten im Kampf gegen die Spalterpolitik der Separatisten um Adenauer und Schumacher. Die Antwort darauf war die Gründung der DDR. Große Teile der Jugend wurden sich der geschichtlichen Tragweite dieses Ereignisses bewußt. Es gab Masseneintritte in die FDJ. Eine starke Motivation dazu waren die von ihr proklamierten „Vier Grundrechte der jungen Generation“. Die FDJ entwickelte sich zur Millionorganisation. Die ersten Gesetze der DDR waren der Jugend gewidmet. Sie erhielt das aktive Wahlrecht mit 18 Jahren. Die Generation, die durch das Entstehen der DDR zur Mitgliedschaft in der FDJ inspiriert wurde, bildete jahrzehntelang die Basis für den Kadernachwuchs

Generationen von FDJlern bauten die DDR auf

von Staat, Parteien und Organisationen. Mit Hochachtung sprach man von der „ersten FDJ-Generation“.

Nach Verwirklichung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED (1952) zur Erreichung der Grundlagen des Sozialismus trat die DDR um die Jahreswende 1955/56 in einen neuen Abschnitt ihrer Entwicklung ein. Nun ging es um die umfassende Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Das war eine Anforderung neuer Qualität. Erforderlich war die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins unter der gesamten Jugend. Die FDJ erklärte sich zur „sozialistischen Jugendorganisation“ mit der Arbeiterjugend als ihrem Kern. Das stand durchaus im Einklang mit ihrem Gründungsanliegen. Die antifaschistisch-demokratischen Werte blieben erhalten. Die neue gesellschaftliche Rolle der FDJ allen Mitgliedern überzeugend nahezubringen, erwies sich jedoch – besonders unter konfessionell gebundenen Jugendlichen – als kompliziert. Hinzu kam, daß die aktiven Kräfte der FDJ damals noch nicht über fundierte marxistische Kenntnisse verfügten. Die sozialökonomischen Veränderungen und die massiver werdenden Störmanöver der BRD führten zu einem konfliktreichen Prozeß, der besonders auch die Jugend betraf.

Wenn heute behauptet wird, durch die Neuorientierung als sozialistischer Jugendverband habe die FDJ ihre „inhaltliche und organisatorische Selbständigkeit verloren“, so muß ich dem aus eigener Erfahrung widersprechen. Diese Behauptung wurde in der Praxis widerlegt. Die FDJ erlebte gerade in den 60er Jahren ihre erfolgreichste Periode. Es war eher der Absolutheitsanspruch bei der Umsetzung dieser Linie, der sich in Parolen wie „Helfer und Kampfpreserve der Partei“

ausdrückte, den ich aus heutiger Sicht als falsch und einengend ansehe. Auch revolutionäre Ungeduld, aus fehlender Tiefe marxistischen Wissens entspringende dogmatische und sektiererische Tendenzen erzeugten den Hang, Kampagnen an die Stelle geduldiger Überzeugungsarbeit zu setzen. Dennoch hat die FDJ einen bedeutenden Anteil bei der Mobilisierung der Jugend für die politische, ökonomische und militärische Stärkung der DDR gehabt. In dieser Zeit gab es einen hohen Grad der Identifikation der Jugend mit DDR und Sozialismus.

Unter sich ständig verändernden Klassenkampfbedingungen, zunehmendem Trommelfeuer des Gegners und einsetzenden Tendenzen des Revisionismus in der kommunistischen Bewegung, darunter auch der SED, zeigte sich die FDJ ab Mitte der 70er und in den 80er Jahren ihrer Aufgabe immer weniger gewachsen. Die sinkende Bereitschaft der Jugend, sich mit unseren Werten zu verbinden, wurde einfach ignoriert und mit Formeln wie „Wir sind die Thälmannsche Junge Garde“ überspielt. Das war Ausdruck eines immer wieder auftretenden Fehlers, den Enthusiasmus einer Vorhut für die Meinung der Mehrheit zu halten. Wunschdenken, Zahlenhäserei und immer neue Gelöbnisse machten sich breit. Andererseits beeinflusste die „westliche Lebensweise“ zunehmend das Weltbild der Jugendlichen. Eine zersetzende Wirkung hatte das Auftreten der antisowjetischen Gorbatschow-Clique. Es war für mich, der ich einen Hauptteil meines politischen Lebens der FDJ-Arbeit gewidmet habe, tragisch zu erfahren, wie Gorbatschow-Anhänger die FDJ-Führung dominierten. Trotz solcher negativen Züge bleibt mir das selbstlose Wirken Tausender FDJ-Funktionäre, die der DDR und dem Sozialismus die Treue hielten, unvergessen.

Die konterrevolutionäre Liquidierung der DDR wird nun schon seit über 16 Jahren so dargestellt, als hätte die Jugend die DDR loswerden wollen. Wie sich indes zeigte, ist das ein falsches Bild. Sehr viele derer, die damals Zweifel hegten, ins Schwanken gerieten oder sich von uns abwandten, haben inzwischen längst begriffen, was von ihnen aufgegeben wurde. Umfragen lassen erkennen, daß gerade junge Menschen dem kapitalistischen System und dessen „Werten“ zunehmend kritisch gegenüberstehen. In der Idee des Sozialismus sehen 67 % der ostdeutschen Jugendlichen etwas Positives. Es ist an der Zeit, daß wir „RotFüchse“ es ihnen besser verständlich machen, warum wir die DDR als „die größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“ betrachten.

Dieter Itzerott

Unser Autor war 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ.

Wir trauern um einen Pionier
der Völkerfreundschaft

Herbert Fischer

der kurz vor seinem
92. Geburtstag gestorben ist.

Er war ein enger Mitkämpfer
Mahatma Gandhis und der
erste Botschafter der DDR
in Indien.

Sie hatten sich an diesem Tag getroffen, wie so oft. Zu dritt waren sie zu einem Spaziergang aufgebrochen. Der 1. März läßt, wie in vielen Jahren, den Frühling nur ahnen, er bringt ihn noch nicht. Bäume und Sträucher halten die jungen Blättertriebe noch in den schützenden Knospenhüllen zurück. Auch das gerade aufkeimende Gras kann sich noch nicht durchsetzen. Vorjähriges Laub und die im Winter von Schnee und Eis gebrochenen Halme toten Grases bedecken den Waldboden mit ihren schmutziggrauen und bräunlichen Farben. Mögen die Augen noch so ungeduldig suchen, es lassen sich keine grünenden Gräser oder gar Frühlingsblüher entdecken. Während die Männer den Waldweg entlanggehen, macht der Himmel ernst und schickt aus dunkelgrauen Wolken noch einmal Schnee. Zuerst sind es nur einzelne Flocken, dann bilden sie einen dichten Schleier. Der Schnee ist naß und bleibt anscheinend nur widerwillig auf der nicht mehr gefrorenen Erde liegen. Bald bedeckt er Wege und Waldboden, Bäume, Sträucher und das alte Gras mit einem neuen Weiß.

Das Schuhwerk der Männer ist auf diese Nässe nicht eingerichtet. Schnell sind Schuhe, Strümpfe und Füße der Freunde feucht. Mit einem solchen Wetter haben sie nicht gerechnet. Als ehemalige Soldaten erinnern sie sich jetzt an ihre jungen Jahre. Da waren Kälte und Nässe niemals ein Grund, die Ausbildung abzubrechen oder auch nur zu beeinträchtigen. So lächeln sie, die nun schon alte Männer sind, über den untauglichen Versuch des Wetters, sie um die Freude dieses Spazierganges zu bringen. Bei allen unvorhersehbaren Situationen eines langen Lebens sind dessen Kapriolen wohl die harmlosesten.

Während er in das weiße Gestöber hochblickt, meint der eine denn auch: „Die da oben können uns keine Angst machen.“ Ein anderer betont, auf eine früher viel strapazierte Redewendung anspielend: „Jähe Wendungen sind wir schließlich gewöhnt.“ So stapfen sie, was bleibt ihnen sonst auch übrig, durch die immer unge-

mütlicher werdende Nässe. An Umkehren denken sie nicht, das haben sie nie getan. So, wie in ihrem ganzen Leben, streben sie unbeirrt ihrem Ziel entgegen. In den letzten Jahren mußten sie sich mit ganz anderen Widrigkeiten auseinandersetzen. Sie waren nicht nur einmal erstaunt, was das Leben so alles anzubieten hat.

Heute ist ein 1. März. Dieser Tag war für sie über lange Jahre hinweg immer ein besonderer Tag. An ihm standen sie im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Sie wurden daran er-

verraten wurden. Da gehört viel selbstbewußter Mut dazu, um den Stolz auf ein erfülltes und sinnvolles Leben nicht zu verlieren.

Doch sie haben in guten wie in schlechten Zeiten stets zusammengehalten. Das Kollektiv hat ihnen oft genug geholfen und auch Kraft gegeben, richtige Entscheidungen zu treffen und sie durchzusetzen. Die gewonnene Meinung, die häufig erst das Ergebnis beharrlicher Auseinandersetzungen war, hat ihnen viel bedeutet. Sie schützte den einzelnen vor großen Feh-

Feine Alte

innert, daß sie einen wichtigen Auftrag zu erfüllen hatten. Den Frieden sollten sie erhalten, denn Krieg war nicht das politische Ziel des Staates, dem sie dienten. Die Nationale Volksarmee war für die Erhaltung des Friedens geschaffen. An diesem Tag wurde ihnen für ihren Anteil daran gedankt. Solange diese Armee existierte, führte sie keinen einzigen Tag Krieg, nahm sie an keiner kriegerischen Handlung teil. Das gibt es in der Menschheitsgeschichte nicht gleich ein zweites Mal. Jeder von ihnen hat an seinem Platz getan, was ihm zukam. Ordentlich, wenn es sein mußte auch aufopfernd, kamen sie aus ganz persönlicher Überzeugung ihrer Pflicht nach.

Doch nun existiert die DDR, ihr Staat, nicht mehr. Mit ihm ist die NVA, in der sie gedient haben, aufgelöst worden. In der Gesellschaft der BRD sind sie natürlich nicht anerkannt. Sie wollen es auch gar nicht sein. Politisch ankommen in diesem Staat gehört nicht zu ihren Lebenszielen. Sie werden verleumdet, und der Auftrag, dem sie ihr Leben gewidmet hatten, wird verleugnet und verteufelt. Alle unmöglichen Argumente werden herangezogen, um die gute Sache schlecht zu machen. So ist das nun einmal in dieser kapitalistischen Gesellschaft.

Sie aber waren Offiziere mit politischem Wissen und Bewußtsein, und sie sind es immer noch. So fällt es ihnen nicht schwer, den Sinn dieser bereits mehr als anderthalb Jahrzehnte währenden Kampagne zu durchschauen. Die sozialistische Gesellschaft der DDR soll diskreditiert werden, wo und wie immer es nur geht. Da gehören sie selbstverständlich dazu. Obwohl dieses Wissen sie natürlich schmerzt, tragen sie nach wie vor ihren Kopf hoch. Sie haben recht gehabt und haben es immer noch. Seit es ihren Staat und ihre Armee nicht mehr gibt, ist die BRD mit ihrer Bundeswehr in viele kriegerische Handlungen verwickelt. Der Frieden ist lange nicht mehr sicher.

Diese und andere Gedanken tauschen sie nicht zum ersten Mal aus. Das Wetter paßt so recht zu ihrer zornigen Stimmung, die sich immer wieder einstellt, wenn sie daran denken, von wem und wie sie

lernen und war für jeden ein sicherer Halt in schwierigen Situationen des beruflichen und persönlichen Lebens. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Gerade die vielen ungerechtfertigten Anfeindungen lassen sie die Wärme ihrer Gemeinschaft um so angenehmer empfinden. Sie lachen ganz herzlich miteinander. Denn Scherzen und Fröhlichkeit ist ein wichtiger Teil ihrer Lebensqualität. Sie streiten auch noch immer, herzlich und energisch, wenn ihnen danach ist, wie dieses und jenes zu beurteilen ist. Freilich, ein wenig vorsichtiger, behutsamer als früher wählen sie ihre Worte schon. Alle sind sie älter, reifer, aber auch empfindlicher geworden. Die Qualität ihrer Beziehungen äußert sich auch in der allseitigen Anerkennung und Beachtung dieser Wandlung ihrer Persönlichkeiten. Gerade deshalb möchten sie nicht darauf verzichten, sich zu treffen. Sie wollen Gedanken austauschen, sich ihre unverbrüchliche Zusammengehörigkeit bestätigen.

Gerade am heutigen Tage streben sie deshalb dem Treff mit den anderen zu. Der Schnee wird immer nasser. Kälte und Feuchtigkeit dringen durch ihre Kleidung. So sind sie froh, endlich die Gaststätte durch den immer dichter fallenden Schnee zu erkennen. Bald gibt ihnen das Vordach ersten Schutz. Als sie die Mützen und Mäntel abgelegt haben, sehen sie die anderen bereits am Tisch sitzen. Die haben schon Getränke vor sich stehen. Mit gedämpftem Lachen und gutmütigem Spott werden sie begrüßt. Wie kann man nur bei solchem Wetter durch den Wald spazieren? Sie antworten, ebenso spöttisch: Früher hattet ihr keine Angst vor Wind und Wetter, aber heute müßt ihr eurer Bequemlichkeit huldigen und mit dem Auto fahren. So geht es lustig hin und her. Dann tritt die Kellnerin an ihren Tisch und fragt nach Wünschen. Da werfen sich die drei ganz stolz in die Brust und sagen: „Sehen Sie uns an, das was wir sind, das möchten wir auch trinken.“ Die Kellnerin geht lächelnd an die Theke und bringt eine Runde große Gläser des guten Weinbrands. Er ist aus Wilthen. Die Marke heißt: „Feine Alte“.

Dr. Harry Voitzsch, Oberst a. D.

Peter-Hacks-Website

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß es seit kurzem unter www.peter-hacks.de eine sehr informative Seite über den großen Schriftsteller und „RotFuchs“-Förderer gibt.

Über die Website ist das Hacks-Forum (<http://p069.ezboard.com/bpeterhacks>) zu erreichen.

Auskünfte erteilt Philine Beutler (beutler@peter-hacks.de).

Der Großvater hätte es gern gesehen, wenn der Enkel Schuhmacher geworden wäre, um später seine Einmann-Werkstatt zu übernehmen. Aber der am 28. November 1910 in Mannheim-Neckarau geborene Karl Hoffmann hatte andere Vorstellungen vom Leben. Wie sein 1919 nach langer Krankheit verstorbener Vater wollte er Maschinenschlosser werden. So begann er im April 1925 die Lehre bei den Benz-Motorenwerken in seiner Heimatstadt, die er drei Jahre später als Facharbeiter beendete. Auch den zweiten Wunsch des sozialdemokratischen Großvaters erfüllte Karl nicht, erst Mitglied der SAJ, der Sozialistischen Arbeiterjugend und später der SPD zu werden. Er stellte sehr schnell im Werk fest, daß die Sozialdemokraten im Betriebsrat mehr auf der Seite der Vorgesetzten standen, als die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten.

Da war es logisch, daß er – die Mutter war schon 1920 der KPD beigetreten – die marxistischen Zirkelabende des KJVD besuchte und in Paul Wandel einen hervorragend gebildeten Lehrer fand. Er schloß sich dem Verband an und übernahm bald die Aufgabe als Politleiter im Stadtteil. Ende 1930 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Mehrfach hatte er sich brutaler Angriffe der Faschisten zu erwehren, wobei er in einem Falle ernste Verletzungen erlitt.

Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933, bei der die KPD in Mannheim trotz des Naziterrors 19 Prozent der Stimmen erhielt, mußte Karl Hoffmann in die Illegalität gehen, nicht ohne zuvor bei Eiseskälte eine rote Fahne auf dem Schornstein des Elektrizitätswerkes gehißt zu haben. Bis Anfang 1935 arbeitete er als Org.-Leiter des Bezirks Baden-Pfalz sowie im Saarland. Bei illegalen Treffen lernte er Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Heinrich Rau, Wilhelm Florin und andere Genossen der Parteiführung kennen. Am 5. Januar 1935 entkam er buchstäblich in letzter Minute der Verhaftung durch die Gestapo, auf deren Fahndungsliste er seit langem stand. Über Frankfurt/Main, Berlin, Zittau gelangte er nach Prag, wo ihn die Genossen mit einer neuen Identität ausstatteten. Von nun an hieß er Heinz Roth; den Vornamen behielt er auch, als er 1946 wieder seinen richtigen Familiennamen annahm.

Nach kurzer Inhaftierung im Prager Gefängnis Pankrac traf Heinz Hoffmann im Juli in Moskau ein. Kaum angekommen, vermittelte ihn Wilhelm Pieck an die Internationale Lenin-Schule der Komintern, wo er sich erstmals dem intensiven Studium des wissenschaftlichen Sozialismus widmen konnte. Ende 1936 brach er den Lehrgang ab, weil er zu den ersten deutschen Kommunisten in der UdSSR zählte, die sich als Freiwillige zur Verteidigung der spanischen Republik meldeten. Nach militärischer Ausbildung in Rjasan, die er mit dem Dienstgrad Leutnant abschloß, gelangte er im März 1937 über Skandinavien nach Spanien und wurde in die XI. Internationale Brigade eingegliedert. Bald teilte man ihn dem II. Bataillon,



das den Namen „Hans Beimler“ trug, als Kriegskommissar zu. Schon kurz danach mußte er die Einheit als Kommandeur übernehmen, da der Bataillonsführer verwundet ausfiel. Ihn selbst traf es in der Schlacht bei Brunete, als er am 24. Juli

die Volkspolizei als Schutzorgan gestärkt werden. So war es nur logisch, daß Walter Ulbricht im Sommer 1949 den im Umgang mit Waffen geübten ehemaligen Spanienkämpfer zu sich rief und überzeugte, ab 1. Juli als Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern und Leiter Polit/Kultur der VP tätig zu sein. Den verblüfften Heinz Hoffmann verabschiedete er mit dem Hinweis, er müsse natürlich eine Uniform anziehen und ein paar Sternchen draufmachen. Der 39jährige Generalinspekteur der VP leitete ab 1. Mai 1950 die Hauptverwaltung Ausbildung (HVA). Als Generalleutnant befehligte er dann die Kasernierte Volkspolizei (KVP). Den Beitritt der BRD zur NATO und die Formierung der Bundeswehr unter Führung ehemaliger Generale und Offiziere der Naziwehrmacht beantwortete die DDR mit dem Aufbau der Nationalen Volksarmee und der für die Landesverteidigung notwendigen Strukturen nach dem 1. März 1956. Heinz Hoffmann konnte dieses Ge-

Oberster Soldat der Volksarmee: Karl Heinz Hoffmann

1937 als erster aus dem Graben sprang und den Kämpfern voranstürmte. Viele Monate der Behandlung mit zahlreichen Operationen in Madrid, Barcelona, Paris und schließlich Moskau folgten. Erst im Frühjahr 1940 wurde er aus dem Krankenhaus entlassen.

Obwohl es Heinz Hoffmann im Juli 1941 drängte, in der Roten Armee gegen die deutsch-faschistischen Aggressoren zu kämpfen, entschieden die Ärzte, daß er frontuntauglich sei. Bis März 1942 arbeitete er in einem Kriegsgefangenenlager in der Kasachischen SSR. Anschließend war er Lehrer an der 1. Antifaschule in Oranki, Gebiet Gorki. Weitere Stationen waren das Lager für deutsche Offiziere und Generale in Krasnogorsk und die Parteschule der KPD in S'chodnja, deren Leitung Heinz Hoffmann im Frühjahr 1945 von Hermann Matern übernahm.

Im Januar 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, wirkte Heinz Hoffmann zunächst als persönlicher Mitarbeiter bei Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Ende 1947 wurde er Sekretär für Organisation im Berliner Landesvorstand der SED.

In der Nachkriegszeit stellte der deutsche Kapitalismus, unterstützt von den imperialistischen Mächten, in den Westzonen seine Macht wieder her. Von Anfang an bekämpfte er die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in SBZ und DDR. Dem mußte Widerstand entgegengesetzt,

schehen nur aus der Ferne verfolgen, denn seit Dezember 1956 befand er sich wieder in Moskau, wo er an der Militäarakademie des Generalstabs der Streitkräfte der UdSSR studierte. Nach der Rückkehr leistete er zunächst als Chef des Hauptstabes (ab Februar 1958) und schließlich als Minister für Nationale Verteidigung (ab 14. Juli 1960) einen großen Beitrag zum Schutz des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Im Nationalen Verteidigungsrat, dem er seit März 1960 angehörte, oblag ihm die Koordinierung aller militärischen, ökonomischen und technischen Aufgaben bei der Landesverteidigung. Die DDR würdigte seine Leistungen mit der Beförderung zum Armeegeneral (am 1. März 1961) und der Verleihung hoher Auszeichnungen.

Als Minister für die Nationale Volksarmee, die Grenztruppen der DDR und die Zivilverteidigung verantwortlich, gehörte er ab Oktober 1973 als Mitglied des Politbüros der Parteiführung an. Er war ein Arbeitergeneral und Kommunist, der unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für sein sozialistisches Vaterland einstand und Soldaten wie Offizieren mit viel Verständnis begegnete.

Am 2. Dezember 1985 verstarb Heinz Hoffmann, der oberste Soldat der einzigen deutschen Armee, die nie einen Angriffskrieg geführt hat. **Günter Freyer**

Warum man Oberst Gertz die Gefolgschaft verweigern sollte

Dem Beitrag Wolfgang Clausners „Die Tarnkappe des Oberst Gertz“ (Januar-RF) stimme ich vollinhaltlich zu. Der langjährige Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes (DBwV) Oberst Gertz hat in seiner Funktion bei der Wortschöpfung „Konfliktregulierungsarmee“ statt „Aggressionsarmee“ Großes geleistet. Es ist zwar nicht verbürgt, aber auch nicht auszuschließen, daß er an der Umbenennung von Kriegen in „Militärschläge“, von Bombardierungen ziviler Objekte in „friedens erzwingende“ und der Besetzung fremder Länder in „friedensschaffende Maßnahmen“ sowie an der Erfindung anderer zur Volksverdummung führender Bezeichnungen beteiligt ist. Diese Vermutung liegt nahe, weil sich Oberst Gertz, im Unterschied zu den meisten aktiven Bundeswehr-Generalen in der Regel zu allen die Truppe betreffenden Veränderungen äußert. Ob es um Einsatzgrundsätze, Strukturen, Standortverteilung oder um Bewaffnung und Ausrüstung geht – der Herr Oberst unterstützt alles, was den Prozeß der Umwandlung von der Verteidigungs- zur weltweit einsetzbaren Aggressionsarmee voranbringt. Inzwischen konnte er sich davon überzeugen, daß die meisten Mitglieder des DBwV seinen Kurs mittragen. Seine kritischen Äußerungen richten sich vor allem gegen veraltete bzw. verschlissene Bewaffnung und Technik und die angeblich unzureichende Ausstattung des Verteidigungsministeriums bzw. der Truppe mit finanziellen Mitteln. Diese außerordentlich patriotische Haltung und die Verdienste von Oberst Gertz finden u. a. darin hohe Anerkennung, daß er in den „Jahren der deutschen Einheit“ bereits unter dem vierten Bundesverteidigungsminister sein Amt ausüben darf. Er hat Volker Rühle, Rudolf Scharping und Peter Struck in seiner Funktion überlebt, und es ist denkbar, daß er zu gegebener Zeit auch Franz Josef Jung mit verabschiedet. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, daß der neue Bundesverteidigungsminister auf seinem Platz so lange durchhält wie der Vorsitzende des DBwV.

Geschlossene Veranstaltung

Die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e. V. – das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, dessen Vorsitzender ebenfalls Oberst Bernhard Gertz ist –, veranstaltete am 16. Februar in einem Dahlewitzer Hotel ein, wie es hieß, „wissenschaftliches Kolloquium“. Es fand zum Thema „**Zwei deutsche Armeen im kalten Krieg. 15 Jahre Ringen um die Armee der Einheit**“ statt. Es nahmen nur geladene Gäste teil. Zu den Rednern zählten Persönlichkeiten der Bundeswehr und ranghohe Militärs a. D. der NVA. ■

Die Würdigung der Leistungen von Oberst Gertz wäre natürlich unvollständig, wenn seine Anstrengungen und Erfolge zur Entwicklung und Stärkung des DBwV unerwähnt bleiben würden.

Denn auch da hat er Großes vollbracht. Bekanntlich wurde im vergangenen Jahr von Spitzenpolitikern und führenden Militärs der 50. Jahrestag der Bundeswehr hoch gewürdigt. In allen größeren Veranstaltungen wurde ihrer Entwicklung „zur Armee der Einheit“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Die ca. 11 000 ehemaligen NVA-Angehörigen, die 1990 in die Bundeswehr übernommen worden waren, hätten sich nicht nur diszipliniert in die Strukturelemente eingefügt, sondern mit ihrem Verhalten und Handeln einen beispielhaften Beitrag „zur Verwirklichung der deutschen Einheit“ geleistet, hieß es. Dazu hat zweifelsfrei auch der DBwV unter Führung von Oberst Gertz das Seine getan.

Für diese „rechtsstaatliche, demokratisch geprägte Organisation“, die die „unterdrückten ostdeutschen Brüder und Schwestern“ nie in ihrem Feindbild erfaßt habe, sei es schon 1990/91 ein wichtiges und ehrenvolles Anliegen gewesen, so viel wie möglich ehemalige Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR in ihre Reihen aufzunehmen. Das ist Oberst Gertz und den umtriebigen Funktionären auch in einem bestimmten Maße gelungen.

Mit unverbindlichen Absichtserklärungen über die Gleichstellung und Gleichbehandlung von Mitgliedern, die in der Bundeswehr dienen bzw. gedient haben, und ehemaligen Angehörigen der NVA

und der Grenztruppen der DDR wurden erste Bedenken abgebaut. Viele neue Mitglieder waren der irrigen Auffassung, daß ihr Dienst für die Sicherheit der DDR und für die Erhaltung des Friedens als ehrenhafte Pflichterfüllung anerkannt werde. Auch die Unterstützung des Kampfes um Rentengerechtigkeit und die verbale Ablehnung politisch motivierter Strafverfolgung ehemaliger Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere trugen dazu bei, eine bestimmte Vertrauensbasis zu schaffen.

Der Vorstand des DBwV ließ es damit nicht bewenden. Verurteilte wurden auf Antrag bei der Bezahlung der hohen Anwalts- und Gerichtskosten unterstützt. Funktionäre und aktive Mitglieder erhielten Ehrennadeln oder Sachprämien, und Bedürftigen wurde auch hin und wieder bei der Finanzierung eines Kuraufenthaltes unter die Arme gegriffen. Exkursionen zu Bundeswehreinrichtungen sowie Kameradschaftsabende mit Familienangehörigen haben stattgefunden.

Das alles wird anerkannt, aber unerfüllte Zusicherungen bzw. versprochene Veränderungen sollten nicht ewig widerspruchlos hingenommen werden. Außerdem sollten ehemalige Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR prüfen, wie lange sie ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation mit ihrem Gewissen vereinbaren können, die Kriege zur Lösung strittiger internationaler Probleme und die Unterdrückung anderer Völker als vertretbare Option internationaler Politik betrachtet.

Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt

NVA-Ehrungen unerwünscht

Oberst i. G. Klaus Dieter Bermes, Referatsleiter FO S 4 im Bundesministerium für Verteidigung, hat an die Standortältesten der Wehrbereiche einen Erlaß gerichtet, dessen Abschrift dem „RotFuchs“ vorliegt.

Durchführung von Veranstaltungen in Liegenschaften der Bundeswehr
Hier: Veranstaltungen mit Bezug zum 50. Jahrestag der Gründung der NVA

Aus ZDV – „Innere Führung“ Anlage 2/5 „Richtlinie zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“
BMVg Fe S 14- Az 35-21-00 vom 8. Dez. 2005 Bonn, 13. Dezember 2005

In jüngster Zeit sind mehrfach Anfragen oder konkrete Planungen bekannt geworden, die eine Durchführung von Veranstaltungen mit Bezug zum 50. Jahrestag der Gründung der NVA am 1. März in Liegenschaften der Bundeswehr zum Ziel hatten.

Die NVA war die Armee des Unrechtsregimes der DDR, ihr Auftrag und ihre innere Ordnung sind unvereinbar mit dem Selbstverständnis der Bundeswehr als Streitkräfte in der Demokratie und ihrer Soldaten als Staatsbürger in Uniform. Ein ehrendes Andenken an die NVA durch die Bundeswehr ist daher ausgeschlossen. Veranstaltungen aus Anlaß der Würdigung des 50. Jahrestages der Gründung der NVA sowie Veranstaltungen, die einen erkennbaren Bezug zu diesem Jahrestag haben oder in anderer Weise den Zweck verfolgen, der NVA ein ehrendes Andenken zu bewahren, sind daher in Liegenschaften der Bundeswehr untersagt. Entsprechende Anfragen sind grundsätzlich abzulehnen. Ich bitte Sie, diesen Erlaß auch Ihren unterstellten Bereichen zur Kenntnis zu geben.

Im Auftrag **Bermes**

Konterrevolution oder „Fehler bei der Gestaltung der deutschen Einheit“?

Bei einem kürzlich veranstalteten Kolloquium zum angeblichen „Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland“ wurden dem „Kanzler der Einheit“ und anderen BRD-Politikern „unkluges Vorgehen“ und „fundamentale Fehler bei der Herstellung der Einheit Deutschlands“ unterstellt. „Die weiterreichenden Ziele der Regierungen Kohl und Schröder wurden nicht erreicht“, hieß es dort. Kohl habe „die Chance der Entstehung eines gesamtdeutschen Verfassungspatriotismus“ verschenkt. Ein „Aufholprozeß“ sei „abgebrochen“ worden. Auch bei anderen politischen Gelegenheiten wird jetzt ständig behauptet, die gravierenden Probleme der Gegenwart seien auf „überstürzte“ und „unüberlegte“ Aktionen in den Jahren 1989 und 1990 zurückzuführen.

Haben das Monopolkapital und seine deutschen Regierungen bei der Einverleibung der DDR wirklich Fehler gemacht? Gemessen am Resultat verlief die Konterrevolution überlegt, konsequent und nahezu klassisch: Mit der raschen Währungsunion (unter maßgeblicher Mitwirkung des damaligen Finanz-Staatssekretärs Horst Köhler, heute Bundespräsident) entzog man der DDR schlagartig und deswegen besonders wirkungsvoll jede Machtbasis. Der Staatsapparat wurde blitzschnell bis ins kleinste Dorf zertrümmert, die gesellschaftliche Grundlage der DDR – das Volkseigentum – generalstabsmäßig vernichtet oder gestohlen. Man drückte die Produktion wesentlich auf das Niveau des Jahres 1946 herab, um damit ein – ökonomisch wie sozial – koloniales Abhängigkeitsverhältnis herzustellen. Die Arbeiterschaft – und das war aus dem Blickwinkel der DDR-Vernichter genauso wichtig wie die Zerstörung der Industrie –, wurde aufgesplittert und als Klasse weitgehend liquidiert; viele, die übrigblieben, schickten sie in die Erwerbslosigkeit. Millionen wurden zur Emigration in den Westen gezwungen. Der neue Markt DDR bewahrte die BRD-Ökonomie zunächst vor einer schwerwiegenden Krise. Auch politisch bedeutete der Anschluß für viele ein Steigen auf der Karriereleiter. Denn das okkupierte Gebiet wurde mit neuen Herrschafts„eliten“ überschwemmt. Wer im Westen nichts leistete, war für den Osten immer noch geeignet. Konnte sich denn das Monopolkapital etwa auf DDR-Kader verlassen? Vom Standpunkt der in der BRD Herrschenden war das Rechtswesen der DDR ein absolutes Hindernis für ihre konterrevolutionären Maßnahmen. Es mußte weg. Da war nichts zu vereinigen.

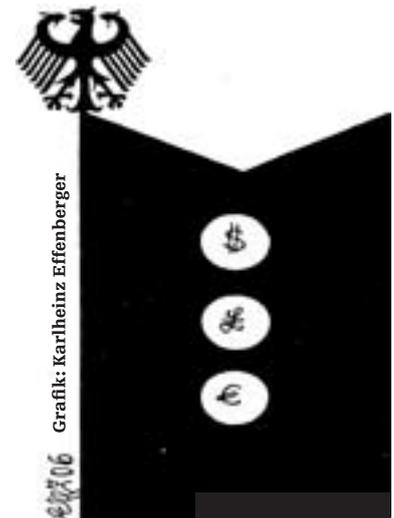
Die Aufrechterhaltung von sozialen und ökonomischen Unterschieden zwischen Ost und West erfolgt wohlüberlegt. Sie gehört zu den Grundbedingungen für eine komplexe Politik des Sozialabbaus in ganz Deutschland. Das ist durchaus kein „Fehler“ des Kapitals. Es kam auch nicht

„unverhofft“ oder „übereilt“. Die westdeutsche Großbourgeoisie hatte seit Adenauer die Konzepte dazu schon lange in der Schublade. Sogenannte Forschungsbeiräte und ein spezielles Ministerium haben entsprechende Dokumente wie ihre Grauen Pläne für den Tag X bereits in den 50er Jahren ausgearbeitet. (Siehe u.a. K. H. Roth: Anschließern, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952–1990. Hamburg 2000) Auch im Detail: So wurde z. B. die Zerschlagung der Kaliindustrie der DDR bereits vor 20 Jahren beschlossen. Man kann also die niederschmetternden Wirkungen der Eroberung der DDR auf deren Bürger nicht mit Mängeln, Fehlern oder Unterlassungen erklären. Sie sind Folge eines unerbittlichen, offensiven Klassenkampfes des Kapitals. Dessen fraprierender Erfolg ist vor allem auch in der Tatsache begründet, daß der Angriff in der Endphase auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen ist.

Den Herren des Monopol- und Finanzkapitals ging es nie um eine „Einheit Deutschlands“ oder um die „Befreiung der Brüder und Schwestern im Osten“. Krupp und Krause kann man nicht und will man nicht vereinigen. Dem Klassenfeind ging es nur um die Ausdehnung seiner Macht auf ganz Deutschland. Der deutsche Friedensstaat mußte beseitigt werden, um die „weiterreichenden Ziele von Kohl und Schröder“, ganz Europa und künftige Weltmachtpositionen der BRD betreffend, durchsetzen zu können. Dafür haben deutsche Soldaten aus Ost und West Reisefreiheit bis an den Hindukusch und anderswo erhalten.

Wenn man nur von „Fehlern bei der Gestaltung der deutschen Einheit“ ausgeht

und nicht von Konterrevolution, dann versteht man die letzten 15 Jahre nicht. Man begreift die Dinge nicht als brutalen Vernichtungsschlag des Kapitals, sondern betrachtet sie als ein bloßes Ost-West-Problem, als Lösung der nationalen Frage. Daran entzündet sich dann der Nationalismus. Dieser aber ist eines der Haupthindernisse für einen wirksamen Widerstand gegen Krieg und Faschismus, wie gegen den Imperialismus überhaupt. Solchen Nationalismus bedient auch Frau Merkel aufgewärmte Losung von der „Volksgemeinschaft“. Mit einer solchen Herangehensweise landet man letztlich nur bei Vorschlägen zur „Verbesserung“ des bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungssystems. Revolutionäre aber gehen von der Notwendigkeit seiner Überwindung aus. **Dr. Norbert Pauligk**



**Deutschland
ich will dir dienen!**

Redaktion und Verein gratulieren herzlich den Jubilaren des Monats März 2006

Unsere Grüße und Glückwünsche gehen an

Horst Otto (13. März)
aus Berlin und

Franz Mischinger (31. März)
aus Neustadt-Glewe, die ihr **80.** Lebensjahr vollenden.

Ewald Halbach (17. März)
aus Münster,

Dieter Hainke (13. März) aus Magdeburg,

Hans Fricke (19. März) aus Poppendorf,

Christa Suhr (29. März) aus Berlin und

Adelheid Itzerott (30. März) aus Torgau werden **75.**

Solidarische Wünsche übermitteln wir

Gert Julius, Vorstandsmitglied des Fördervereins, (**2. März**) aus Berlin,

Günter Bauch (13. März) aus Fraureuth und

Volker Henkel (20. März) aus Friedland zu ihren **70.** Geburtstagen.

Als Nachwuchskader werden folgende **65er** nominiert:

Lutz Seeger (4. März) aus Berlin,

Gudrun Ehlert (16. März) aus Essen und

Jost Zempel (23. März) aus Olbernhau.

Allen Geburtstagskindern wünschen wir maximale Gesundheit

McCarthyismus in Strasbourg

Der Politischen Kommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) wurde am 13. September 2005 in Paris ein vom schwedischen rechtskonservativen Abgeordneten Göran Lindblad vorgetragener und von Parlamentariern Litauens, Lettlands, Estlands, Bulgariens und Ungarns unterstützter Bericht „Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes“ zur Diskussion und Aufnahme in die Tagesordnung der Oktoberberatung der Versammlung vorgelegt. Nach zum Teil harter Diskussion, an der Vertreter verschiedener politischer Kräfte teilnahmen, wurde die Aufnahme des Berichts in die Tagesordnung gegen fünf Stimmen mit der Mehrheit der über 20 Kommissionsmitglieder abgelehnt. Damit war jedoch die Angelegenheit noch nicht vom Tisch. Neue Versuche wurden unternommen, die Frage auf der Wintertagung im Januar 2006 zu behandeln. Am 14. Dezember hatte die Politische Kommission von PACE einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Das von Lindblad vorgelegte „Dokument“ bestand aus drei Teilen, einem Resolutionsentwurf, der am 26. 1. angenommen wurde, Empfehlungen, die keine notwendige 2/3-Mehrheit fanden, und einem „Erläuterungsmemorandum“. Es faßt die wesentlichsten Fälschungen, Lügen und Entstellungen aus jüngsten antikommunistischen Machwerken wie dem berüchtigten „Schwarzbuch“ zusammen. Ausgehend von der in der Zeit des kalten Krieges propagierten „Totalitarismus-Doktrin“ erfolgt in den drei Papieren eine Gleichstellung von Kommunismus und Faschismus, wird ein Programm für eine europa- und weltweite antikommunistische Kampagne präsentiert, soll die Parlamentarische Versammlung des Europarates zu einer internationalen Anklagebehörde umfunktioniert werden.

In den „Empfehlungen“ wird gefordert, daß alle kommunistischen und „postkommunistischen“ Parteien und Staaten die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung und ihre eigene Vergangenheit revidieren und mit ihr brechen; daß zur gründlichen Überprüfung eine PACE-Sonderkommission und entsprechende nationale Komitees in den Ländern zur Durch-

führung antikommunistischer „Aufklärungskampagnen“ zu bilden sind; daß weiterhin Straßen und Plätze umbenannt, Denkmäler und kommunistische Symbole geschleift werden sollen.

Gewarnt wird besonders vor dem Einfluß von „Elementen kommunistischer Ideologie“ auf die Jugend, vor kommunistischer Nostalgie, der Gefahr kommunistischer Machtübernahme und dem offenen Wirken kommunistischer Parteien in einer Reihe von Ländern. Darüber hinaus wird die Bestrafung aller verlangt, die irgendwann Anteil hatten „an Handlungen und Verbrechen der kommunistischen Bewegung“. Nach dieser Logik können Menschen, die in irgendeiner Weise mit etwas Kommunistischem zu tun hatten, das generell als verbrecherisch gilt, bestraft werden. Im Grunde handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Ausrufung einer alle Länder und Kontinente erfassenden „Säuberungskampagne“. Alle „Opfer kommunistischer Regimes oder Mitglieder ihrer Familien“ sind moralisch zu entschädigen. Damit scheint auch die Rehabilitierung und Verherrlichung kollaborationistischer, faschistischer Akteure und Vereine, die Glorifizierung ehemaliger SS-Einheiten in den baltischen Republiken und der Ukraine legitimiert zu sein. Es entstehen Denkmäler für Quislinge Hitlerdeutschlands, werden Forderungen nach Kompensationen für „sowjetische Okkupation“ erhoben. Die Hetze geht z. T. so weit, daß Fußballer zum Spiel in T-Shirts mit der Aufschrift „Kommuniacken in den Ofen!“ antreten.

Der Zeitpunkt für die Initiative extrem rechter Kräfte zur Entfesselung einer antikommunistischen Hysterie nach McCarthy-Muster scheint nicht zufällig gewählt zu sein. Die zunehmende

Destabilisierung des kapitalistischen Systems hat zu einer gesellschaftlichen Vertrauenskrise geführt. Die europäische Linke gewinnt an Einfluß. Offensichtlich befürchtet die Bourgeoisie, daß die Überwindung des Schocks der Niederlage zu einer neuen Stärkung der Reihen marxistischer und anderer progressiver Kräfte führen wird. Der Aufschwung der kommunistischen Parteien in Griechenland und Portugal zeigt das Vorhandensein intakter alternativer Kräfte.

Die Wählerschaft der Linken in Europa ist seit den 90er Jahren bis heute von 6,7% auf 15,3% gewachsen. Jeder fünfte bis sechste Bürger in Europa wählt links. In der Republik Moldova ist die Partei der Kommunisten die entscheidende Kraft im Parlament und in der Regierung. Zyperns AKEL stellt in der Regierungskoalition vier von elf Ministern. Kommunisten und andere linke Kräfte gehören den Parlamenten Frankreichs, Italiens, Rußlands, Portugals, Griechenlands, von Belarus, Spanien, der BRD, Bulgariens, Tschechien, der Slowakei, Zyperns, der Ukraine und Lettlands an. Linke Formationen aus Dänemark, Finnland, Schweden, Frankreich, Spanien, Zypern, Portugal, Italien, Tschechien, Rußland, der Ukraine und anderen Ländern bilden in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine „Vereinigte Linke“.

Auch im EU-Parlament besteht eine aus Kommunisten, Sozialisten und anderen linken Abgeordneten zusammengesetzte heterogene Fraktion.

Die entschiedene Zurückweisung der neuen gefährlichen Welle des Antikommunismus ist nicht nur eine Angelegenheit von Kommunisten und ein Gebot internationalistischer Solidarität. Sie ist auch ein Attribut des Humanismus, der Verteidigung von Menschenrechten und wahrer zivilisatorischer Werte. Die Kräfte des sozialen Fortschritts sind aufgefordert, sich nicht nur aus der Defensive heraus zu schützen, sondern der Reaktion auch, wo immer möglich, offensiv entgegenzutreten. Höchst aktuell ist deshalb eine weltweite Anklagekampagne gegen den Imperialismus, insbesondere der USA, gegen die über 140 verbrecherischen Interventionen und Militäreinsätze, die von ihnen zur Unterdrückung anderer Länder unternommen worden sind. Vietnam, Jugoslawien, Afghanistan und Irak stehen dafür als Beispiele.

Bruno Mahlow

„RotFuchs“ -Kessel in Güstrow

Aus Güstrow berichtete uns Prof. Dr. Hans Lutter: Mit der Wahl des Vorstandes gründeten 33 Mitglieder am 17. Januar eine Regionalgruppe. Vorsitzender ist der Genosse **Wilfried Schubert**.

Verein und Redaktion gratulieren herzlich.



In Spanien kämpften deutsche Kommunisten und Sozialisten 1936 bis 1938 im Thälmann-Bataillon gegen die faschistischen Horden Francos, Hitlers und Mussolinis

Mikis Theodorakis geißelt die Hexenjäger

Der große griechische Komponist Mikis Theodorakis hat zum antikommunistischen Memorandum, das von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, folgende Erklärung abgegeben:

Der Europarat hat beschlossen, die Geschichte umzuschreiben. Sie zu entstellen durch Gleichsetzung der Opfer mit den Aggressoren, der Helden mit den Verbrechern, der Befreier mit den Eroberern und der Kommunisten mit den Nazis. Er meint, die größten Feinde des Nazi-Faschismus, die Kommunisten, seien Verbrecher, also tatsächlich den Nazis gleichzusetzen! Und er ist sogar besorgt und protestiert, weil, obgleich die Hitler-Leute von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wurden, den Kommunisten bisher nichts Derartiges widerfahren ist.

Daher regt er an, daß diese Verurteilung nun bei der Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 24. bis 27. Januar 2006 stattfindet. Im übrigen ist er besorgt, weil „das öffentliche Bewußtsein in bezug auf Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes sehr schwach entwickelt ist“.

Und weil immer noch „kommunistische Parteien in einigen Ländern legal und aktiv sind, selbst wenn sie sich in einigen Fällen nicht von den Verbrechen totalitärer kommunistischer Regimes in der Vergangenheit distanziert haben“.

Mit anderen Worten, der Europarat verkündet damit bereits die künftige Verfolgung europäischer Kommunisten, die ihrer Überzeugung noch nicht abgeschworen haben, was in der Vergangenheit die Handlanger der Gestapo und die Folterer im Lager Makronisos von ihnen verlangt haben.

Vielleicht werden sie morgen beschließen, die kommunistischen Parteien zu verbieten, und damit die Gespenster der Hitler und Himmler heraufbeschwören, die bekanntlich ihre Laufbahn damit begannen, daß sie kommunistische Parteien untersagten und Kommunisten in Todeslager sperren.

Doch am Ende versanken sie in dem Blut ihrer Opfer, jener 20 Millionen Toten der kommunistischen Sowjetunion und so vieler hunderttausend Kommunisten, die ihr Leben gaben, als sie sich in Griechenland wie in ganz Europa in die vorderste Linie der nationalen Widerstandsbewegungen stellten.

Im übrigen kommen diese Herren des Europarats mit ihrem Wunsch, Methoden wiederzubeleben, über die im Bewußtsein der Geschichte und der Völker das Urteil gesprochen ist, nur an zweiter Stelle, da sie inzwischen von ihrem großen Bruder, den USA, überholt wurden, der ganze Völker mit Hitler-Methoden auslöscht wie im Falle Iraks, eines Landes in Ruinen voller US-amerikanischer Gefängnisse, wo Tausende unschuldiger Opfer täglich in unverhohlenen schrecklichster Weise gefoltert werden.



Zu diesem großen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ebenso wie zu den faschistischen Folterlagern in Guantánamo hat der Europarat absolut nichts zu sagen. Wie kann daher irgend jemand glauben, daß sie ernstlich um Menschenrechte be-

sorgt sind, wo sie doch selbst in ihrer eigenen Heimat, in Europa, der CIA erlaubt haben, Flugzeuge, beladen mit entrechteten Menschen, zu Sondergefängnissen zu fliegen, damit sie dort gefoltert werden. Solche Bürger können keine Ankläger sein. Vor dem Gericht der Geschichte, das eines Tages sein Urteil über die unzähligen Verbrechen ihres großen Bruders von Vietnam bis Chile, von Südamerika bis Irak sprechen wird, werden sie wegen der Duldung, wenn nicht gar Mitwirkung an solchen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Es obliegt mir heute, leider mehr im Namen der Toten als der Lebenden zu sprechen. Daher habe ich diesen „Herren“ im Namen meiner toten kommunistischen Genossen, jener, die durch die Hände der Gestapo, durch die Todeslager und Hinrichtungsstätten gegangen sind im Kampf gegen den Faschismus und für die Freiheit, nur ein Wort zu sagen: SCHANDE!

Athen, den 22. Dezember 2005

Mikis Theodorakis

Übersetzung aus dem Englischen:
Klaus von Raussendorff

Lob des Revolutionärs

Er ist gekreuzigt an der via Appia, gestorben und wieder auferstanden, ist verscharrt auf dem Pere Lachaise und ermordet am Landwehrkanal. Er ist unsterblich, denn Ketten und Kerker haben seinen Mut nicht brechen, seine Auferstehung nicht hindern können. Er fürchtet Folter und Grausamkeit, doch mehr noch die Heuchelei. Er sucht die Wahrheit und ist der Brunnen, der nie versiegt, weil seine Quellen unerschöpflich sind. Er labt und sättigt andere und hat selber Durst. Er teilt die Gedanken mit jedem, der sich

nach Klarheit sehnt. Er ist der Arm, der das Rad der Geschichte treibt, wenn die Produktivkraft gegen das Produktionsverhältnis revolviert. Er kennt die elfte These über Feuerbach und hat Überzeugungskraft, weil seine Haltung überzeugend ist. Er sorgt für die Furcht, die den Eigentümern der Produktionsmittel im Nacken sitzt. Soviel sie auch bieten, sie bieten ihm nicht genug. Er ist unbestechlich. Er sucht seine Fehler, wenn seine Feinde ihn loben, und seine Widersprüche deckt er nicht mit falschen Argumenten zu.

Er ist entschlossen und wendet die erkannten Gesetze der Gesellschaft an. Er redet vom Klassenkampf, weil er den Kampf der Klassen überwinden will und das Leben ohne Habsucht und Eigennutz für menschlicher hält. Er sehnt sich nach Liebe und lehrt die Aktion der Massen, weil der Kampf nicht ohne Massen zu führen ist und der Frieden nicht als reife Frucht vom Baum der Erkenntnis fällt. Er liebt die Freiheit, weil er nur frei sich verwirklichen kann. Wo immer er Aufgaben lösen soll, löst er sie ohne Diplom, da es ein Zeugnis für Revolutionäre

nicht gibt und die Erfahrung nicht durch den Haß zu ersetzen ist. Er verändert sich, weil er andere verändern will, denn die Veränderung ist sein Credo, das Wissen ist seine Waffe und die Leidenschaft, das unaufhörlich schlagende Herz der Revolution, seine nie versiegende Kraft. Es gibt wenige Barrikaden, die ihn aufzuhalten vermögen, denn er stellt sich den Andersdenkenden und sucht die zu gewinnen, die um die ersparten Groschen fürchten. Er verteidigt die Würde des Menschen, denn er ist selber Mensch, und sein Bedürfnis ist es, zu leben.

Gerhard Schmidt

Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und selbständiger Wirtschaftseinheiten werden die arbeitsteilig erzeugten Produkte und Leistungen zu Waren, die auf einem Markt ausgetauscht werden müssen. Die Waren haben einerseits einen Gebrauchswert, nämlich die Nützlichkeit, ein gesellschaftlich relevantes Bedürfnis zu befriedigen, und andererseits einen Wert, der den Arbeitsaufwand für die Ware verkörpert. Der Wert erscheint mit Hilfe des Geldes als Preis. Dabei kann das Verhältnis von Angebot und Nachfrage Abweichungen des Preises vom Wert bedingen.

Die Notwendigkeit, daß sich beim Austausch die Wertgrößen der Waren entsprechend der gesellschaftlich notwendigen Arbeit – nicht der individuell aufgewandten – verhalten müssen, damit die Reproduktion gewährleistet ist, bezeichnen wir als Wertgesetz. Sein Wirken über den Marktpreismechanismus übt vor allem zwei wichtige Funktionen aus: erstens als Regulator der Produktion – also was und wie viel zu produzieren ist – und zweitens als Motor der Produktivkraftentwicklung – also wie groß der Arbeitsaufwand für die einzelne Ware sein darf, was von der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität abhängt. Dieses Wertgesetz kann man nicht „wegplanen“ oder überlisten, wie in der Planwirtschaft des realen Sozialismus z. T. geglaubt wurde. Man kann es aber im Verein mit einer volkswirtschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung bewußt ausnutzen.

Selbst Ludwig Erhard, einer der Erfinder der „sozialen Marktwirtschaft“ in der BRD, zweifelte daran, daß die Konkurrenz allein in der Lage wäre, aus eigener Kraft eine sinnvolle Wirtschaftsstruktur zu schaffen oder für die Erfüllung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben Sorge zu tragen. Um so mehr ist das im Sozialismus der Fall, wie immer er gestaltet sein mag.

Unterhalb einer solchen strukturellen Rahmenplanung muß aber die regulierende Wirkung des Wertgesetzes bezüglich Sortiment, Qualität und Aufwand der Waren ausgenutzt werden, nicht zuletzt durch eine bewegliche Preisbildung und ein flexibles Vertragssystem im Interesse einer bedarfsgerechten und effektiven Produktion.

Ware-Geld-Beziehungen und Wertgesetz sind also keine Ärgernisse, vielmehr wichtige Errungenschaften hochspezialisierter gesellschaftlicher Produktion, die den Menschen großen Nutzen bringen.

Das ins Stammbuch einiger Überschlauer, die das „ultralinks“ negieren, es ideologisch gar verteufeln wollen und meinen, sich sogar auf Karl Marx stützen zu können. Was diesbezügliche Darlegungen bei Marx betrifft, existieren sowohl verneinende als auch bejahende, so daß dogmatische Wortklauberei nicht weiterführt. Vielmehr muß das große schöpferische Potential der Marxschen Werttheorie voll ausgenutzt werden, was z. B. einschließt, relativ verselbständigte Produzenten unter gesellschaftlichem Eigentum im Sozialismus als echte Warenproduzenten anzusehen. Dazu tragen auch weiter

existierende private Betriebe bei, was zugleich eine gesunde Konkurrenz belebt.

In der DDR waren hinsichtlich Warenproduktion und Wertgesetz Licht und Schatten zu verzeichnen.

Es gab durchaus Ansätze einer wirtschaftlichen Rechnungsführung als grundlegendes Prinzip, nach dem die Betriebe mit hohen Umsätzen und niedrigsten Kosten Gewinne und damit Mittel für die erweiterte Reproduktion eigener Wirtschaften sollten. Industriepreise wurden gebildet, die sich am gesellschaftlich notwendigen Aufwand im nationalen Rahmen orientierten. Beides geschah zum Teil aber nur formell bürokratisch – die relative wirtschaftliche Eigenständigkeit war ungenügend –, wodurch die Triebkräfte für ein gutes Arbeiten nicht

Allein die Stabilität der Verbraucherpreise verschlang schließlich fast ein Viertel des jährlichen Staatshaushaltes. Die wenigsten DDR-Bürger haben das richtig mitbekommen. Sie dachten wohl, der sozialistische Staat könne zaubern. Das ganze Gefüge von Löhnen und Preisen stand sozusagen immer mehr auf dem Kopf. Und dabei erwies sich das gutgemeinte System der sogenannten zweiten Lohntüte (unentgeltliche staatliche Leistungen und Preissubventionen) als wenig leistungsfördernd, weil es als selbstverständlich angesehen wurde. Was man nicht zu bezahlen braucht, wirkt eben viel weniger leistungsanregend als das Mehr im Portemonnaie. Soziale Errungenschaften dürfen also weder leistungshemmend wirken noch in den wirtschaftlichen Ruin

Gilt das Wertgesetz auch im Sozialismus?

voll zur Geltung kamen. Die Preisbildung erfolgte überzentralisiert im Amt für Preise. Vor allem erwiesen sich diese Industriepreise zunehmend zu unbeweglich, reagierten zu wenig auf gute Qualität und Spitzenleistungen der Erzeugnisse, so daß das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht stimmte, was die Betriebe letztlich falsch orientierte. Die Preise förderten so unzureichend den wissenschaftlichen-technischen Fortschritt. Es gab auch Versuche, das zu verbessern, z. B. mit einer wirksameren Preisbildung für neue Erzeugnisse, an welcher der Verfasser selbst beteiligt war.

Was die Verbraucherpreise für den Grundbedarf der Bevölkerung einschließlich Mieten und Tarife betraf, galt der Grundsatz ihrer Stabilität. Das war in gewisser Hinsicht eine große soziale Errungenschaft. Nur wurde sie leider dogmatisch gehandhabt und vergessen, daß man dabei ökonomische Gesetze wie das Wertgesetz und andere auf die Dauer nicht verletzen darf, ohne gravierende volkswirtschaftliche Schäden zu riskieren. Die hoch subventionierten Preise für Lebensmittel sowie Güter und Leistungen des täglichen Bedarfs verleiteten vielfach zur Verschwendung. Sie erforderten neben Reineinkommensumverteilung mit überhöhten Preisen für hochwertige Industriegüter letztlich eine riesige Subventionswirtschaft. Diese engte einerseits die Möglichkeit einer dynamischeren Lohngestaltung als Leistungsanreiz und andererseits die Ressourcen für Investitionen ein, was die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität, um den materiellen Lebensstandard der Menschen immer umfassender verbessern zu können, behinderte.

führen, weil sie sich so letztlich selbst aufheben. Schließlich funktionierten die Ware-Geld-Beziehungen in der DDR auch durch das chronische Angebotsdefizit bei Konsumgütern und Produktionsmitteln gegenüber der Nachfrage leider zum Teil verzerrt, weil oft eher finanzielle Ressourcen vorhanden waren als materielle Investitionsgüter, eher Kaufkraft der Bevölkerung als hochwertige Konsumgüter. Dazu haben neben der Devisenknappheit wesentlich die Embargopolitik der kapitalistischen Umwelt, aber leider auch die nur beschränkt intakten arbeitsteiligen Produktions- und Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern beigetragen. Es führten also auch schwierige Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR dazu, die Ware-Geld-Beziehungen nicht immer optimal gestalten zu können.

Ob und wie künftig eine voll ausgebildete sozialistische Marktwirtschaft auf der Basis einer gesellschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung möglich sein wird, muß in der Praxis noch bewiesen werden. Das hängt wesentlich von den politischen Machtverhältnissen ab.

Bei all dem sollten die bereits gewonnenen positiven Erfahrungen in real sozialistischen Wirtschaften inklusive Kubas bezüglich Ware-Geld-Beziehungen einfließen und negative als Mahnung dienen. Fehler der Unterschätzung oder gar Verletzung dieser wichtigen ökonomischen Beziehungen und Gesetze dürfen sich nicht wiederholen. Besondere Lehren und Hinweise werden in wachsendem Maße vom chinesischen Marktsozialismus zu erwarten sein.

Prof. Dr. habil Fred Matho

Wenn dich deine Enkel nach dem Krieg fragen ...

„Opa, worum ging es eigentlich in den beiden Weltkriegen, und kann sich so etwas noch einmal wiederholen?“ fragte mich unsere Enkelin. Sie fragte nicht, wie diese Kriege „ausbrachen“, sie weiß: solche Kriege brechen nicht aus, sie werden vom Zaun gebrochen, nachdem sie sorgfältig vorbereitet wurden. Im ersten wie im zweiten Weltkrieg ging es um die Neuaufteilung der Erde unter den imperialistischen Großmächten, um Kolonien, Rohstoffquellen, billige Arbeitskräfte und Absatzmärkte. Im zweiten Weltkrieg kam als besonderes Ziel des faschistischen deutschen Imperialismus die Vernichtung des ersten Landes hinzu, das gewagt hatte, eine Gesellschaft ohne Kapitalisten zu errichten, eine Gesellschaft, die auf Frieden und Arbeit beruht. Wenn ungezählte „Dokumentationen“ in den bürgerlichen Medien uns glauben machen wollen, lediglich Hitler, eine Ausgeburt der Hölle, habe den Krieg entfesselt, so soll das nur die wahren Ursachen des großen Völkermordens verhüllen.

Krieg ist, so erklärt Lenin in Anknüpfung an den preußischen Militärtheoretiker Clausewitz, die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt (LW 21/304). Politik aber ist immer konzentrierter Ausdruck ökonomischer Interessen bestimmter Gesellschaftsklassen. Solange die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, gibt es Kriege. Von den Ausbeuterklassen werden sie geführt, um Sklaven oder Territorien zu erobern, um Gewinne zu erzielen, die unter friedlichen Bedingungen undenkbar wären, und um die ausgebeuteten Massen niederzuhalten. Wenn Granaten explodieren und Bomben fallen, werden neue Granaten und Bomben, Geschütze, Kampfflugzeuge, Raketen, Treibstoff usw. benötigt – so schnell kann kein Kochtopf, kein Kühlschrank, keine Waschmaschine verschleißen. Der Absatz für Rüstungsgüter ist enorm; Käufer ist der Staat, und bezahlt wird mit den Bürgern abverlangten Steuermitteln. Schon im ersten Weltkrieg hat Krupp nicht nur aus seinen Waffenverkäufen an das deutsche Kaiserreich, sondern auch aus dem Geschäft mit dem „Feind“ Riesenprofite gezogen; so kam es, daß deutsche Soldaten in Frankreich mit Krupp-Granaten beschossen wurden. Natürlich bedarf es einer gründlichen psychologischen Einstimmung des Volkes, um einen Krieg vorzubereiten. Dafür gibt es bewährte Muster: die Notwendigkeit der „Vaterlandsverteidigung“ oder „friedensstiftender Missionen“, Gewährleistung von „Demokratie“ in anderen Ländern usw. Wer denkt da nicht an die Kriege der letzten Jahre gegen Jugoslawien, Afghanistan oder Irak? Allein 2005 gab es 39 gewaltsame Auseinandersetzungen, von denen 28 als Kriege eingestuft wurden. Die Rüstungsausgaben lagen weltweit bei etwa einer Billion Dollar.

Nun ist Krieg nicht gleich Krieg. „Es gibt den Krieg als Abenteuer, das ... den Appetit einer Räuberbande befriedigt und den Zielen ... des kapitalistischen Profits Genüge tut. Und es gibt den Krieg – und zwar ist das der einzig rechtmäßige Krieg

– gegen die Unterdrücker und Versklaver des Volkes“, schreibt Lenin (LW 8/569). So sehr wir Kriege ablehnen, uns für ihre Verhinderung bzw. alsbaldige Beendigung einsetzen, so wenig verurteilen wir etwa die Verteidigung der Pariser Commune, den Kampf der Interbrigaden für die Spanische Republik oder gar den Großen Vaterländischen Krieg der UdSSR. Die Nationale Volksarmee der DDR war die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg führte, deren Existenz sogar verhinderte, daß von deutschem Boden Krieg ausging. Inzwischen wird jedoch die Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren mobilen Interventions-Streitmacht umgebaut; sie ist bereits auf dem Balkan, in Zentralasien, im Nahen Osten und in Afrika präsent. Der BRD-Kriegsminister besucht „seine“ Soldaten in Jugoslawien und Afghanistan und will jetzt den Einsatz der deutschen Marine vor den Küsten Ostafrikas auf die Hoheitsgewässer von Jemen und Oman ausweiten. Sogar der EU-Parlamentarier André Brie (Linkspartei.PDS) lobt „die Arbeit“ der in Afghanistan stationierten Bundeswehrtruppe und will ihrem Einsatz bei einem entsprechenden UNO-Mandat auch weiter ausdrücklich zustimmen (vgl. Interview in der „Märkischen Allgemeinen“ am 27. 9. 2005).

Die Waffenschmied von Krupp, Krauss-Maffei-Wegner, Rheinmetall, die deutschen Werften, Siemens u. a. m. haben die BRD mit ihren Eurofightern, Puma und Leopard II, mit U-Booten, Fregatten und Korvetten, Torpedos, Marschflugkörpern und Lenkraketen, Feuerleitsystemen und Computerausrüstungen zum viertgrößten Waffenexporteur aufsteigen lassen. Der Erste Weltkrieg kostete 10 Millionen, der Zweite über 50 Millionen Menschenleben.

In den Kriegen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen abermals 20 Millionen Menschen um, vor allem in Korea, Vietnam und am arabischen Golf. Käme es zu einem Dritten Weltkrieg unter Einsatz der gegenwärtig bereitstehenden „Overkill capacity“ an nuklearen, chemischen und bakteriologischen Waffen, so wäre das unser aller Ende. Die Auffassung, daß das Rüstungskapital das auch wisse, führte zu der durch Gorbatschow und andere propagierten These von der angeblichen „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus, der ja nicht seinen eigenen Untergang betreiben werde. Wie die Praxis zeigt, ist der Imperialismus jedoch weder friedenswillig noch

friedensfähig; er wurde nur durch das jahrzehntelange strategische Gleichgewicht in seiner Aggressivität gezügelt. Zugleich gelang es ihm, dem sozialistischen Weltsystem ein verheerendes Wettrüsten aufzuzwingen, das den eigentlichen Zielen des Sozialismus nur abträglich sein konnte und so wesentlich zu unserer Niederlage Ende der 80er Jahre beitrug. Das Großkapital aber strich durch die immer schnellere technische Umrüstung der Streitkräfte ungeahnte Profite ein. Heute, da die „Bedrohung aus dem Osten“ gegenstandslos geworden ist, tritt der „internationale Terrorismus“ an ihre Stelle. In Wahrheit geht es um Erdöl und -gas, andere Bodenschätze, deren strategische Absicherung und natürlich um das Rüstungsgeschäft selbst.

Um auf die Frage unserer Enkeltochter zurückzukommen: Ein dritter Weltkrieg darf nicht sein! Darum enthüllen wir beharrlich das Geheimnis, wie Kriege geboren werden und tun alles, um den aggressiven Kräften des Kapitals Kriegsvorbereitung und Kriegsentsfesselung zu erschweren, um lodernde Kriegsbrände zu löschen. Zugleich wissen wir: Um Kriege gänzlich unmöglich zu machen, bedarf es einer solchen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, daß niemand mehr aus ihnen Gewinn ziehen kann.

Übrigens: Im Report der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Hamburger Universität vom 16. 12. 2005 gilt als Krieg ein „gewaltsamer Massenkampf, bei dem mindestens zwei bewaffnete Streitkräfte mit einem Mindestmaß an zentralgelinkter Organisation beteiligt sind und militärische Operationen mit einer gewissen Regelmäßigkeit und Dauer stattfinden“.

Dr. Ernst Heinz



**Ein Kriegstreiber in Nöten
Aus „The Baltimore Sun“**

Vor 60 Jahren fand der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß statt

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!“ – so heißt es im Schwur von Buchenwald. Und am 20. November 1945 war es das erste Mal soweit, daß in Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage der NSDAP, der Prozeß gegen 24 Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof eröffnet wurde.

Es war eine illustre Runde, die stellvertretend für die verschiedenen Bereiche der faschistischen Herrschaft auf der Anklagebank Platz nehmen sollte.

Angeklagt waren für die nationalsozialistische Führung Reichsmarschall Hermann Göring, Hitlers Stellvertreter in der NSDAP Rudolf Heß, der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann (er war zum Zeitpunkt des Prozesses untergetaucht), Außenminister Joachim von Ribbentrop, Reichsorganisationsleiter der NSDAP Robert Ley (er beging vor Prozeßbeginn Selbstmord) und der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen (als „Wegbereiter“ Hitlers).

Für das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) der Chef des OKW Wilhelm Keitel und Alfred Jodl, für die Kriegsmarine Großadmiral Erich Raeder und Großadmiral Karl Dönitz, für das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) – und damit auch für die Gestapo, Kriminalpolizei und SD – der Chef der Sicherheitspolizei und des SD Ernst Kaltenbrunner. Für die Kriegswirtschaft standen der Reichsminister für Bewaffnung und Munition Albert Speer, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel, die Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht und Walther Funk sowie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der jedoch durch Krankheit prozeßunfähig war.

Für die Verbrechen in den besetzten Gebieten (und insbesondere in Konzentrationslagern) waren angeklagt der Generalgouverneur in Polen Hans Frank, der Reichskommissar in den Niederlanden Dr. Arthur Seyß-Inquart, Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, die Reichsprotektoren für Böhmen und Mähren Konstantin von Neurath und Wilhelm Frick.

Für die nationalsozialistische Propagandamaschinerie standen der Herausgeber der Wochenzeitung Der Stürmer Julius Streicher, der Leiter der Rundfunkabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Hans Fritzsche und der Reichsjugendführer Baldur von Schirach.

Die vier Anklagepunkte, auf die sich die Alliierten verständigt hatten, lauteten Gemeinsamer Plan bzw. Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Angeklagt wurden diejenigen Taten, die sich gegen Staaten und Völker richteten, die vom deutschen

Faschismus angegriffen und okkupiert wurden. Der Internationale Gerichtshof sah sich in diesem Prozeß nicht als zuständig an, die Verbrechen der faschistischen Herrschaft gegen die eigene Bevölkerung zu ahnden. Man ging jedoch davon aus, daß mit dem Verfahren Rechtsmaßstäbe gesetzt würden, auf deren Grundlage später deutsche Gerichte die Verbrechen gegen Deutsche selbständig verfolgen könnten.



Göring und Heß bei der Eröffnungsverhandlung des Tribunals

Aus einem Beitrag von Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN – BdA und Generalsekretär der FIR,

in „Die Glocke vom Ettersberg (Mitteilungsblatt der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora)



Viel heiße Luft in teuren Anzeigen

Am 30. Dezember vergangenen Jahres werden sich viele Leser der Grafschafter Nachrichten verwundert die Augen gerieben haben. Auf einer ganzen Zeitungsseite wandte sich Kanzlerin Merkel an die lieben Bürgerinnen und Bürger in ihrem Land. Und: Sie machte das nicht nur hier in der Grafschaft, nein, in vielen, vielen Zeitungen und Zeitschriften erschienen die sündhaft teuren Inserate. Und sie endeten überall gleich: Die Kanzlerin, auf dem dazugehörigen Foto wieder deutlich verjüngt, wünschte uns alles Gute für 2006!

Dieser Vorgang war neu! Das hatte es noch nicht gegeben, daß über die üblichen Weihnachtsgrüße und Neujahrsansprachen hinaus eine so große Summe Geldes aus Steuermitteln für eine eher schlecht getarnte Werbekampagne der neuen Bundesregierung hinausgeworfen wurde.

Der Text selbst gibt nicht viel her. Die Kanzlerin macht sich angeblich enorme Sorgen um die immer größer werdende Zahl derjenigen Menschen, die ohne Arbeit dastehen. Ihr Allheilmittel ist die weitere

Entlastung der Unternehmen und damit die höhere Belastung der arbeitenden Menschen und der Arbeitslosen. Sie findet kein kritisches Wort zu der Raubtiermentalität in den Chefetagen der Konzerne, zu den Managern, die statt des Wohls der Belegschaften nur den steigenden Aktienkurs und ihre eigenen Honorare im Kopf haben. Natürlich auch kein Wort zu den gravierenden Auswirkungen der diversen Sozialkürzungen der letzten Jahre.

Es nützt alles nichts: Diese Kanzlerin und die hinter ihr stehenden Unternehmerkreise vertreten rücksichtslos die Linie des Kapitals – gegen die eigene Bevölkerung. Und damit diese das nicht erkennt, werden auf Kosten der Steuerzahler sauteure Anzeigen unter die Leute gestreut. Aber, Frau Merkel: Trösten Sie sich, die Bürgerinnen und Bürger merken viel mehr als sie und ihre Freunde meinen! Und: Ersparen Sie uns solche Verschwendungsaktionen!

Aus: „Die Rote Spindel“, Kreiszeitung der DKP Nordhorn (7. 1. 2006)

Geheimdienste sind ein kompliziertes Thema. Wer sich nicht darin zurechtfindet, sollte zu einer Faustregel greifen: Dienste, bei denen Typen wie James Bond im Auftrag ihrer Majestät tätig sind, sind die „Guten“, Dienste, die für Staaten wie die DDR tätig waren, bleiben bis in alle Ewigkeit die „Bösen“.

Demnächst wird man im Berliner Alliertenmuseum in der Clayallee eine Ausstellung eröffnen, durch deren Besuch man sich in dieser Hinsicht weiterbilden kann. Das wird Ende April sein, wenn sich zum 50. Mal der Tag jährt, an dem die sowjetische Regierung der Weltöffentlichkeit mitteilte, sie habe bei Schönefeld einen Tunnel entdeckt, der von Rudow im US-amerikanischen Sektor Berlins in die DDR führte und dort sowjetische Nachrichtenkabel anzapfte. Der Fall machte damals auch deutlich, wie nötig die DDR eine Instanz brauchte, die die Sicherheit des Landes bewahrte. Die Instanz hieß Staatssicherheit und wird heute noch täglich dazu mißbraucht, um Antikommunismus zu schüren. Die finanziell nicht sonderlich gut gestellte Bundesrepublik Deutschland prüft zwar jeden Posten ihres Budgets, wenn es alljährlich die

Ein Rohrkrepierer aus dem Hause Birthler

Summen „einstellt“, aber das Amt des sogenannten Bundesbeauftragten für die „Stasi“-Akten muß keine Kürzungen befürchten. Die werden immer in mehrstelliger Millionenhöhe bewilligt. Auch damit der frühere Chef dieses Amtes, ein Ex-Pfarrer namens Gauck, ständig durchs Land reisen und vornehmlich vor Kindern über „Stasi-Schrecken“ predigen kann. Mitte Januar war er zum Beispiel in Zwickau und warnte in der dortigen Käthe-Kollwitz-Schule alle davor zu glauben, was ihnen die Eltern über die DDR erzählen: „Fallen Sie nicht darauf rein!“ Das war zufällig in den Tagen, als das Nationale Olympische Komitee der BRD öffentlich mitteilen ließ, man werde drei Mitglieder der Mannschaft für die Olympischen Winterspiele in Turin aus der Reiseliste streichen, weil sie für die „Stasi“ tätig gewesen seien. Zwei von denen trollten sich nach Hause, denn sie hatten 15 Jahre lang erlebt, was jemandem blüht, der dessen beschuldigt wird. Der dritte – Ingo Steuer – hatte selbst schon bei Olympia für die BRD eine Kunstlaufmedaille errungen und wollte sich nicht verleumden lassen. Also erwirkte er zunächst eine einstweilige Ver-

fügung des Amtsgerichts gegen diesen Bescheid und bekam schließlich ein Urteil zu seinen Gunsten. Daß er dann tatsächlich in Turin an der olympischen Bande stand, spielt schon fast keine Rolle mehr. Denn entscheidend blieb: In diesem Land genügt es, vor 15 Jahren ein wenig wie James Bond gewirkt zu haben, um mit einem Ausschluß von Olympia bedroht zu werden, obwohl es keine einzige Olympia-Regel gibt, die das rechtfertigen würde. Man warf Steuer vor, auch Informationen über Katarina Witt gesammelt zu haben und hoffte deshalb, von dem Kunstlaufstar Anklagen zu hören. Aber die Auskünfte, die sie der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (2. 2. 06) gab, waren ernüchternd – für die FAZ und alle „Stasi“-Schreihälse. Auf die Frage: „Waren Sie erstaunt darüber, daß auch Sie zu denjenigen gezählt haben, auf die Ingo Steuer ... ein wachsames Auge hatte?“ antwortete sie kühl mit „Nein“, und fügte an, doch „hatte ich mich damals (1993) entschieden, nicht mit dem Finger auf jemanden zu zeigen oder eine öffentliche Jagd zu eröffnen. Dies tun jetzt aber Personen, die weder... betroffen waren noch einen Bezug zu unserer damaligen Situation in der DDR haben.“ Die „FAZ“ bohrte: „Verurteilen Sie den inoffiziellen Stasi-Mitarbeiter Steuer...?“ Darauf Kati: „Man darf nicht vergessen, wie jung die meisten gewesen sind ... Unser Lesestoff war ‚Timur und sein Trupp‘, ‚Käuzchenkuhle‘ oder ‚Nackt unter Wölfen‘... Es gibt Dinge, die man nicht wissen kann, wenn man sie nie vorgestellt bekommt ... Alle ..., die meinen, jetzt sofort der Gerechtigkeit Genüge tun zu wollen, sollten ihr Geltungsbedürfnis mal für einige Wochen ignorieren.“ Darauf die „FAZ“: „Ist es Ihres Erachtens an der Zeit, die Aufarbeitung der Stasi-Fälle nach so langen Jahren einzustellen?“ Kati: „Mir gefällt die Art und Weise nicht, wie mit der Problematik umgegangen wird. Ich kenne Steuers Akte nicht, aber ich denke, daß 16 Jahre nach dem Mauerfall einerseits die Dinge so langsam aufgearbeitet sein sollten und andererseits, daß es an der Zeit ist, wichtigere Themen in den Vordergrund zu rücken. 14 Tage vor den Olympischen Spielen wird das plötzlich wichtig. Das alles trägt doch nicht dazu bei, daß Ost und West besser zusammenwachsen, und es trägt auch nicht zu besseren Olympischen Spielen bei.“ Lebte der Begründer der modernen Spiele, Baron Pierre de Coubertin noch, hätte er Katarina Witt garantiert ohne zu zaudern die Haltungsnote 6,0 – bekanntlich die höchste, die auf dem Eis vergeben wird – zugesprochen. Es hätte auch geschehen können, daß ihr jemand erzählt hätte, als was der Chef jenes anfangs erwähnten CIA-MI6-Geheimtunnels bei Olympia tätig gewesen war: Alpiner britischer Mannschaftsleiter 1936 und 1948 ...



Wie Heinz Herresbach unsere Kanzlerin sieht



Vor etwa einem Jahr bat uns die Hamburger Genossin **Elsa Schmidt**, ihr die Reproduktion eines Fotos aus dem „RotFuchs“ zu schicken. Es zeigte Ernst Thälmann auf einem Reichstreffen des Rotfrontkämpferbundes. Einer der RFB-Männer an „Teddys“ Seite war Elsas Vater. Natürlich erfüllten wir ihren Wunsch. Jetzt schickte uns Elsa einen langen Brief, aus dem wir zitieren.

Liebe Genossen, ich möchte mich herzlich für die Glückwünsche zu meinem 85. Geburtstag bedanken. Besonders gefreut hat mich die Erwähnung meines Vaters, der ein Mitkämpfer Ernst Thälmanns war. Ich möchte von ihm und von mir, die sein revolutionäres Herz geerbt hat, erzählen. Mein Vater wurde 1892 als Kind deutscher Einwanderer im zaristischen Rußland geboren. Er hat nie eine Schule besucht. Schon als Sechsjähriger mußte er seinem Vater bei der Feldarbeit helfen. 1905 hat er als Holzfäller im Wald gearbeitet. Dort hörte er aus dem Mund der anderen von der ersten russischen Revolution, von Lenin und von deutschen Marxisten. 1907 wurde er an Jungbauern vermietet. Sein Vater bekam einen „Taler“ fürs Jahr, er ein paar Stiefel und einen Anzug. Die junge Frau hatte den Bauernhof geerbt, ihr Mann verstand nichts von Landwirtschaft, so daß beide froh waren, jemanden gefunden zu haben, der die Arbeit machte. Wöchentlich gaben sie ihm eine Tüte Tabak. Das war sein Unglück. (Er ist zwar 86 Jahre alt geworden, aber an Lungenkrebs gestorben.) Mit 16 kam er auf ein Gut als Pferdekehnecht. Seine Mutter war die dritte Frau des Vaters, bei dem immer gebetet wurde. Man bat Gott um Verzeihung für alles mögliche. Mit einer größeren Gruppe ging er nach Deutschland. In Nordschleswig gab es damals viele Großgrundbesitzer, die ganze Familien aufnahmen. Er bekam eine Wohnung für sich, seine Mutter und seinen jüngeren Bruder. Wieder arbeitete er im Stall. Doch das deutsche Kaiserreich machte ihn bald für fünfzehn Jahre zum Soldaten. Er wurde als Schütze eingezogen und als Schütze entlassen. Als er den Franzosen gegenüberstand, sagte er sich: Auf meinem Koppel steht „Gott mit uns!“ und bei denen sicher auch. Was ist das nur für ein Gott? All die Gebete, die sein Vater ihm beigebracht hatte, strich er nun aus seinem Gedächtnis. Die letzte christliche Handlung: Er heiratete 1919 Emilie Riemer in Hadersleben mit dem Segen des Pastors. Ihretwegen.

Schon 1918 war er vom Arbeiter-und-Soldaten-Rat beauftragt worden, einen Zug Feldgraue nach Altona zu bringen. Und dann ist er nach Berlin gefahren, um an der Revolution teilzunehmen, die den Kaiser gestürzt hat. Zu seiner Silberhochzeit engagierte mein Bruder viele Jahre später eine Kapelle. Die spielte u. a.: „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wiederhaben.“ Mein Vater saß da mit geballten Fäusten und hochrotem Kopf. Mein Bruder sagte zu mir: „Schau doch mal nach, was Opa hat.“ Ich legte den Arm um seine Schulter und fragte: „Was regt Dich so auf, Papa?“ Er antwortete: „Ich hab mein Leben dafür eingesetzt, daß wir diesen

Die Tochter des Pferdekehnechts

Kriegstreiber loswerden, und Ihr grölt, daß Ihr ihn wiederhaben wollt.“ Ich habe mich für die ganze Familie geschämt.

1923 herrschte in Deutschland die Inflation. Mein Vater kam mit einem ganzen Rucksack voller Geld am Wochenende nach Hause, es reichte nicht einmal für ein Brot. Im gleichen Jahr brach der Hamburger Aufstand aus. Das war die Zeit, in der mein Vater unseren Genossen Ernst Thälmann kennenlernte. Ich erinnere mich an eine Aktion, die er 1926 oder 1927 in Lübbechen, wo wir damals wohnten, durchführte. In Amerika sollten zwei italienische Arbeiter – Sacco und Vanzetti – hingerichtet werden. Mit einem Genossen Pagel baute mein Vater auf einem Handwagen ein Gefängnis aus Pappe nach und wir Kinder durften abwechselnd mit einem roten Tuch daraus winken. In der ganzen Welt gab es damals solche Proteste. Doch die beiden Revolutionäre wurden trotzdem hingerichtet. Am 1. Mai 1928 erlebte ich das rote Hamburg und sah meinen Vater in RFB-Uniform. Einige Monate später, beim Sommerfest der Partei, hielt Ernst Thälmann die große Rede. Mein Vater ging mit uns allen auf ihn zu und sagte: „Genosse Teddy, jetzt habe ich meine Familie hier!“ Wir Mädchen machten artig einen Knicks. Teddy nahm meinen Bruder hoch und sagte zu ihm: „Du siehst mir ja ähnlich!“ Das war eine Anspielung darauf, daß dem Kleinen immer der Kopf rasiert wurde, um das Geld für den Friseur zu sparen. Mein Bruder will sich heute nicht mehr daran erinnern. Die Familie sagt sowieso immer zu mir: „Du hast genauso ein Brett vor dem Kopf, wie unser Vater eins hatte.“ Meine Antwort darauf ist: „Ich bin stolz darauf. Das Brett ist aus edlem Teakholz.“

Mein Vater war Kassierer bei der Roten Hilfe. 1930 gründete er eine Kindergruppe der RH, und ich wurde Mitglied Nr. 1. Ich durfte einen Brief an Richard Scheringer

schreiben, der damals im Gefängnis saß; zunächst war er rechter Offizier, später bekannte er sich als Kommunist. Übrigens traf ich bei einer Veranstaltung vor der Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg-Eppendorf eine Genossin, mit der ich vor fast 50 Jahren in dieser Kindergruppe „Richard Scheringer“ war. Wir hatten uns zwischendurch nicht gesehen. „Ich erinnere mich an Dich. Du warst immer so vorneweg!“, sagte sie zu mir. Ja, ich war immer vorneweg. 1950 oder 1951 sind wir mit dem Bus von Hamburg nach Bonn gefahren, um gegen Adenauers Wiederaufrüstung zu protestieren. 10000 Frauen aus der ganzen BRD sollen dort gewesen sein. Nur drei von ihnen kamen in das Bundeshaus hinein, alle anderen wurden durch Wasserwerfer vertrieben. Eine von den dreien war ich. Der Genosse Heinz Renner, damals Mitglied unserer KPD-Bundestagsfraktion, hat uns mit Kaffee und Kuchen bewirtet.

Heute gibt es keine Sowjetunion, keine DDR und keine europäischen sozialistischen Länder mehr. Die DKP, zu der ich gehöre, ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Ich leide sehr darunter. Doch trotz allem geben wir nicht auf. Schickt den „RotFuchs“ künftig bitte an folgende Adressen ... Einer der neuen Bezieher – er weiß nicht, daß ich ihm die Zeitschrift zukommen lassen will – war zu DDR-Zeiten Bürgermeister in L. 1987 hatte ich mit ihm eine sehr gute Diskussion. Wenn alle Menschen in der DDR so eine Einstellung gehabt hätten, gäbe es heute noch ein sozialistisches Deutschland. Er hat mir einen ganzen Ballen roten Fahnenstoff geschickt. So manches Transparent ist daraus angefertigt worden. Ich kann mir vorstellen, daß er sich über den „RotFuchs“ freuen würde.

Mit sehr herzlichen kommunistischen Grüßen
Eure Genossin Elsa



Im Berliner Karl-Liebknecht-Haus befand sich bis zum Januar 1933 der Kampfstab der Thälmannschen KPD

Als er am 21. Februar 1906 in Posen geboren wurde, war ihm keineswegs in die Wiege gelegt, späterhin einmal der bekannteste Rechtsanwalt der DDR zu werden. Er stammte aus gutbürgerlichem Hause. Sein Vater, Textilkaufmann, konnte seinen Kindern eine Ausbildung im großbürgerlichen Sinne ermöglichen. Der junge Friedrich Karl Kaul genoß zunächst eine sorglose Kindheit. Die Familie blieb von den Schrecken des 1. Weltkrieges verschont und siedelte Anfang der 20er Jahre nach Berlin über. Dort legte er 1925 sein Abitur ab und begann noch im gleichen Jahr das Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg, welches er in Berlin fortsetzte. 1929 schloß er es mit dem 1. Staatsexamen ab. Während des Studiums gehörte er einer schlagenden Verbindung an und folgte den Riten der preußischen Erziehung. Als Referendar wurde der junge Jurist der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin zugeteilt. Dort erlebte er den Prozeß gegen den Journalisten Bornstein, der beschuldigt wurde, Reichsanwalt Jorns beleidigt zu haben. Im Verfahren bestätigte sich, daß Jorns als Ermittlungsrichter die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geschont hatte. Kauls Glaube an die Unvoreingenommenheit der deutschen Justiz wurde empfindlich erschüttert. „Ich ging in die Verhandlung in der Überzeugung von der Integrität des preußischen Richters, herausgekommen bin ich als Kommunist“, sagte er später. Es war ein tiefer Einschnitt in seinem Leben. Hinzu kam, daß er den großartigen Strafverteidiger Paul Levi, einen Mitstreiter Rosa Luxemburgs, als Verteidiger erlebte. Dieser erwirkte den Freispruch von Bornstein. Wilhelm Pieck trat als Zeuge auf. Fortan wandte sich Kaul der Roten Hilfe zu. Dadurch kam er bald mit der KPD in Kontakt. 1932 promovierte er. Noch vor Abschluß des 2. Staatsexamens wurde er aus rassistischen Gründen vom Vorbereitungsdienst ausgeschlossen, da er Jude war. Er mußte sich nun als Versicherungsvertreter über Wasser halten. 1935 verhaftete ihn die Gestapo und brachte ihn in die Konzentrationslager Lichtenburg und Dachau. Dort wurde Dr. Kaul 1937 unter der Bedingung entlassen, daß er nach Übersee gehe und nicht wieder zurückkehre. Das einzige Land, welches diese Bedingungen erfüllte und ihm die sofortige Einreise gewährte, war Kolumbien. Dort schlug er sich als Bauarbeiter, Büroangestellter und Kellner durch. Über Panama und Mexiko gelangte er schließlich in die USA. Hier wurde er interniert. Im Mai 1946 kehrte er nach Berlin zurück. Kaul übernahm die Leitung der Rechtsabteilung des Berliner Rundfunks und holte Ende 1947 das 2. Staatsexamen nach. Im Mai 1948 wurde er vorläufig und im Juli 1949 endgültig als Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin zugelassen. Er war vorrangig als Strafverteidiger tätig. Kaul übernahm die Verteidigung zahlreicher Kommunisten und aufrechter Demokraten, die nach Inkrafttreten des sogenannten Blitzgesetzes durch die Adenauer-Justiz verfolgt wur-

den. Die ihm erteilte Anwaltszulassung galt für alle vier Sektoren Berlins, was es ihm ermöglichte, auch in Westberlin und Westdeutschland vor Gericht aufzutreten. 1946 war er der SED beigetreten. Als bald betraute ihn die Partei mit Sonderaufgaben. Als einer der beiden Prozeßbevollmächtigten der KPD übernahm er deren Vertretung in dem Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch in den Folgejahren, als zahlreiche Antifaschisten wegen ihrer Tätigkeit für die dann verbotene KPD juristisch verfolgt und teilweise des Hochverrats angeklagt wurden, war der kämpferische Jurist rastlos tätig. Dem trat der Bundesgerichtshof 1961 entgegen. Er wollte den unbequemen Anwalt mundtot machen. Dr. Kaul wurde vom Prozeß in einer Staatsschutzsache ausgeschlossen, weil das Gericht der Auffassung war, er nehme die Interessen seines Mandanten nicht objektiv wahr, sondern befände sich

war er Chefjustitiar des Staatlichen Komitees für Rundfunk und des Staatlichen Komitees für Fernsehen. In diesen Jahren entstanden zahlreiche Romane, Gerichtsreportagen und historische Darstellungen, die großes Interesse erweckten. Darunter befanden sich sein autobiographischer Roman „Es wird Zeit, daß du nach Hause kommst“ und „Der Weg ins Nichts“, den er bereits während seiner Exilzeit geschrieben hatte. Durch ihn wurde auch die nach dem französischen Advokaten de Pitaval benannte Sammlung bemerkenswerter Kriminalfälle wieder belebt. Drei Bände legte er für die Zeit der Weimarer Republik vor. „Die Geschichte des Reichsgerichts“ (Band 4 behandelte die Zeit 1933 bis 1945) fand auch in der BRD starke Beachtung. Leider konnten drei weitere geplante Bände nicht mehr erscheinen. An einem von ihnen hatte er bis zu seinem Tode gearbeitet.

Ein Verteidiger als Ankläger: Friedrich Karl Kaul

in einer „selbstgewählten Abhängigkeit von der SED“. Gegen diesen Eingriff in die Berufsfreiheit wurde Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht geführt, das 1966 den Beschluß des BGH aufheben mußte.

Bereits seit 1963 widmete sich der mittlerweile auch in der Bundesrepublik weithin bekannte Strafverteidiger neuen Aufgaben. Im ersten Auschwitzprozeß vor dem Landgericht Frankfurt am Main vertrat er nahe Angehörige der Ermordeten, die als Nebenkläger zugelassen worden waren. In dieser Funktion nahm er in der Bundesrepublik an 17 weiteren Prozessen gegen nazistische Gewaltverbrecher teil, darunter dem Treblinka-Prozeß, dem Lischka-Prozeß in Köln und dem Majdanek-Prozeß in Düsseldorf. Die Ahndung der faschistischen Gewaltverbrechen war ihm oberstes Anliegen. Er tat alles, um zum Aufspüren in der BRD wieder fest verankerter Nazi-Aktivisten beizutragen. Auch am in Israel geführten Prozeß gegen Adolf Eichmann nahm Kaul – inzwischen Professor – als Beobachter teil. Seine dort gesammelten Erfahrungen sind in dem Buch „Der Fall Eichmann“ niedergeschrieben, welches in mehreren Auflagen in der DDR erschien und auch im sozialistischen Ausland Verbreitung fand.

Neben seiner Anwaltspraxis nahm Kaul die Pflichten eines Rundfunk-Justitiars weiterhin wahr. Nach Gründung des Deutschen Fernsehfunks, der dann in Fernsehen der DDR umbenannt wurde,

Nicht unerwähnt bleiben sollte, daß der bekannte Anwalt seit 1948 für eine wöchentlich ausgestrahlte juristische Ratgebersendung des Rundfunks zur Verfügung stand, ab 1972 auch im Fernsehen der DDR. Für über 50 Fernsehpitaval-Sendungen schrieb er die Szenarien.

Zeitgenossen wissen, daß über Kaul auch zahlreiche Anekdoten kursierten. Er war ein glänzender Erzähler und konnte hervorragend streiten. Einer seiner Mitarbeiter formulierte vor 30 Jahren: „Am besten schneidet man ab, wenn man mit ihm über vier Probleme gleichzeitig spricht: Bei einem stimmt er dann sicher zu.“ In der BRD und in Westberlin apostrophierte ihn die Presse gern als „Staranwalt der SED“. Er mußte Beschimpfungen und Anfeindungen über sich ergehen lassen. Beirrt hat ihn das nie. Mit Konsequenz stritt er für seinen Standpunkt und seinen Staat. Zahlreiche hohe Auszeichnungen zeigen die Wertschätzung, die er erfuhr. Noch wenige Wochen vor seinem Tod am 16. April 1981 war ihm zum 75. Geburtstag der Karl-Marx-Orden – die höchste Auszeichnung der DDR – verliehen worden.

Ich durfte Friedrich Karl Kaul in den letzten Jahren seines Lebens ab und an nahe sein und bin für jede Begegnung und jedes Wort dankbar, weil er mich wesentlich geprägt hat. Ihm schulde ich nicht nur die Festigung meiner politischen Grundhaltung.

RA Ralph Dobrawa

Konzentriert spricht der Zweiundachtzigjährige, ohne zu stocken, wohlthuend Feinheiten der deutschen Sprache beherrschend, ein Skript benutzt er nicht, zumeist zeigt sein Gesicht keine Regung. Zweimal huscht ein feines Lächeln über das Gesicht von Jupp Angenfort, wenn er erzählt. Abteilungsleiter in der Landesleitung der KPD sei er gewesen, als er auf Mia traf, die dort ebenfalls eine Abteilung leitete. Beide verliebten sich. Voller Wärme sagt er, daß die Arbeit durch die Liebe nicht behindert worden sei, wohl aber beflügelt. Und wenn er von seiner Flucht aus der Haft in München-Stadelheim spricht, ist das Lächeln wieder da, ein frohlockendes.

In heimischer Umgebung lassen die Autoren des Films „Josef – genannt Jupp. Porträt eines Antifaschisten“ ihren Protagonisten Zeitgeschichte aus persönlichem Erleben vermitteln.

Beeindruckt zeigte sich der junge Düsseldorf Katholik, als ihm in sowjetischer Kriegsgefangenschaft ein Major die Hand gab und alles Gute wünschend darauf verwies, daß er Jude und seine jüdische Frau bei Kiew von den Deutschen ermordet worden sei. Nachhaltig wirkte auf ihn ein junger Soldat, der mit dem Deutschen über den Philosophen Ludwig Feuerbach diskutieren wollte. Jupp hatte nie von diesem gehört. Und ein deutscher Emigrant, ein Kommunist, empfahl ihm den Besuch

Der Unbeugsame: Ein Film über Jupp Angenfort

der Antifa-Schule. Was er dort lernte, bewirkte den drängenden Wunsch, nach der Entlassung aus der Gefangenschaft an der Schaffung eines antifaschistischen, demokratischen Deutschlands mitzuwirken.

In der Freien Deutschen Jugend, in der Gewerkschaft und in der KPD organisierte und engagierte er sich. Als Leiter des Zentralbüros der FDJ in der BRD erlebte er den Kalten Krieg. In Bad Harzburg war es die Polizei, die westdeutsche Teilnehmer an den Berliner Weltfestspielen der Jugend und Studenten in ein Stadion trieb. Philipp Müller wurde erschossen, als Polizei in Essen das Feuer auf Teilnehmer einer eben noch genehmigten Friedenskarawane eröffnete. Anschließend wurden elf Jugendliche verurteilt, gegen den Mordschützen ermittelte niemand.

Ohne daß ihm je ein Verbrechen oder Vergehen nachgewiesen werden konnte, wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Angenfort verhaftet und über fünf Jahre in westdeutsche Zuchthäuser gesteckt, wegen angeblicher Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Er erlebte, wie Recht gebeugt wurde, ließ sich aber nicht beugen. Begnadi-

gungsangebote des Bundespräsidenten Lübke lehnte er ab, wies die Gnade eines Mannes, der den Nazis sehr nahe stand, zurück. Mit der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei wurde Jupp, wie ihn seine Freunde nennen, deren Funktionär und blieb zugleich immer engagierter Antifaschist in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten. Als Landesvorsitzender der VVN-BdA in Nordrhein-Westfalen erlebte er die von ihm bis heute nicht verwundene Niederlage des Sozialismus.

Freunde nennen ihn „den mit dem Grundgesetz“ – und der will er bleiben, weil diese Verfassung verteidigt werden müsse, mit dieser Sequenz endet der beeindruckende Film.

Gerhard Hoffmann

Josef – genannt Jupp. Porträt eines Antifaschisten. Ein Film von Olaf Klein, Christel Priemer und Ulrich Sander. DVD. 50 Minuten. 20 Euro.

Zu beziehen über VVN – BdA NRW bei Überweisung (mit genauer Anschrift) an VVN – BdA, Kto.-Nr. 28 212 435, BLZ 36 010 043, NRW Postbank, Kontakt: vvn-bdanrw@freenet.de

Niemand und nichts wird vergessen“ – für Ursel Hochmuth ist es ein Versprechen. Sie hat es eingelöst. 2005 legte sie ein Buch vor, das den Abschluß einer großen Recherche- und Forschungsarbeit darstellt. Die Autorin, geboren 1931, ist Historikerin und langjährige Vorsitzende der Landesgeschichtskommission der VVN Hamburg. Im Mittelpunkt ihres Wirkens steht der Kampf gegen das Vergessen und Verdrängen der Verbrechen des Hitlerfaschismus – bis heute.

In der Dokumentation erzählt sie von Menschen ihrer Heimatstadt Hamburg, die sich dem Naziregime entgegenstellten. 1774 Frauen und Männer mußten dafür mit dem Leben bezahlen. Eine 1968 von der Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten (VAN) herausgegebene „Totenliste“ nennt ihre Namen. Doch wer erinnert sich ihrer? Wer weiß, was sie auf sich genommen haben? Wer kennt ihre Gesichter, ihre „Geschichte“, die Umstände ihres Todes?

Ursel Hochmuth hat es sich zur Aufgabe gemacht, mitzuhelfen, das Andenken eines „kleinen, repräsentativen Teils aus dem langen Zug der unter dem Hakenkreuz verfolgten und ermordeten Hamburger Antifaschistinnen und Antifaschisten“ zu bewahren. 56 der aufgrund der Todesurteile durch das Hanseatische Oberlandesgericht, den „Volksgerichtshof“, durch Sonder- oder Kriegsgerichte, auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes oder auch ohne Gerichtsurteil Ermordeten sind im Ohlsdorfer Ehrenhain bestattet worden. Mit ihrer Forschungs-

arbeit „Niemand und nichts wird vergessen“ holt die Autorin diese Menschen aus der Anonymität zurück – eine außergewöhnliche Leistung. Die in den 60er Jahren begonnene Arbeit sollte mehr als 40 Jahre in Anspruch nehmen. Nun ist sie vollendet. Sie darf wohl durchaus als ihr Lebenswerk gelten, das zu schaffen nur mit einem überdurchschnittlichen Maß an Energie, Ausdauer, Sachkunde und Engagement möglich wurde.

Neben den 56 dokumentierten Biographien – versehen, wo noch auffindbar, mit Fotos – hat die Autorin wertvolle persönliche Dokumente wie Briefe aus der Haft, dem Exil oder Abschiedsbriefe aufgenommen – authentische Zeugnisse von Menschen, die bis zuletzt zu ihren Überzeugungen und Taten standen. Unter ihnen sind Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Menschen aus bürgerlichem Milieu. Sie beteiligten sich am organisierten Widerstand oder entschieden sich für individuelles Handeln. Die Aktionen begannen bereits 1932, als sich einige gegen den Großaufmarsch von SA und SS in Altona wandten. Zu den vier ersten Opfern der Nazidiktatur in der Hansestadt gehörten August Lüttgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff, die im Zusammenhang mit dem „Blutsonntag“ festgenommen und am 1. 8. 1933 hingerichtet wurden. Andere gingen als Freiwillige nach Spanien, waren Gefangene in den

Hamburger Helden

Konzentrationslagern Fuhlsbüttel, Sachsenhausen, Dachau, Auschwitz und Neuengamme, leisteten in den Kriegsjahren Widerstand in Deutschland, Dänemark und Frankreich, wurden ins Strafbataillon 999 gepreßt. Ihr durchschnittliches Lebensalter betrug 37 Jahre. Der Älteste war 63, der Jüngste 20 Jahre alt, als man sie zum Schafott führte.

Von 27 der im Ehrenhain Ruhenden war bislang nichts oder kaum etwas bekannt. Dank intensiver und mühsamer Nachforschungen hat ihnen die Autorin ihre Identität zurückgegeben.

Ursel Hochmuth hat im zweiten Teil ihres Buches festgehalten, welcher Kampf notwendig war, das Andenken der hingerichteten Antifaschisten zu bewahren. Die fast 60jährige Geschichte des Hamburger Ehrenhains zeugt davon. Auch sie darf nicht vergessen werden.

Dem verdienstvollen Ringen der VVN – Bund der Antifaschisten sowie dem 1962 gegründeten Kuratorium ist es zu verdanken, daß es die Gedenkstätte heute noch gibt.

Bruni Steiniger

Ursel Hochmuth. Niemand und nichts wird vergessen. Biogramme und Briefe Hamburger Widerstandskämpfer 1933 bis 1945. Eine Ehrenhain-Dokumentation in Text und Bild. Herausgegeben von der VVN – Bund der Antifaschisten e. V. Hamburg, VSA-Verlag Hamburg 2005, 254 Seiten, 17,80 Euro, ISBN 3-89965-121-9

Die Odyssee des Kommunisten Max Emendörfer

Ein halbes Jahrhundert ist seitdem vergangen. Doch es gibt Erinnerungen, die Jahre und Jahrzehnte nicht vergessen machen können. In der Halleschen SED-Bezirkszeitung „Freiheit“ vom 1. August 1956 tauchte damals unter einer Reportageserie zum ersten Mal der Name „Max Emendörfer“ auf. „In den Kalischächten notiert“ schrieben er und ich uns von der Seele. Mehr produzieren, besser arbeiten ... wir kritisierten und lobten, agitierten und propagierten, wie es sich für Kommunisten zu dieser Zeit geziemte.

Kommunisten? Für die Vita des fast 20 Jahre älteren Max schien mir das schon die treffende Bezeichnung, wenngleich ich damals von ihm noch recht wenig wußte. Mein „Antikapitalismus“ war, wie mein Traum vom Sozialismus demgegenüber noch recht flach geprägt. Ich war zu einer Zeit zum Schreiben gekommen, in der er, der Vizepräsident des Nationalkomitees Freies Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, schon schwere Jahre hinter und noch schwerere vor sich hatte.

Es war an einem Apriltag des Jahres 1956, als ich mit dem Genossen Unbekannt zusammen gespannt wurde. Ich hatte den Auftrag bekommen, nach Weißenfels zu fahren, im Krankenhaus Max Emendörfer zu finden und mit ihm über seine künftige Arbeit in der Redaktion der „Freiheit“ zu reden. Frag nicht, hilf ihm, hieß es. Und ich weiß nicht mehr, wie mir zumute war, als ich nach Pfortnereinweisung an Schwester Gertrud, seine spätere Frau, geriet, ihrer streng anmutenden Aufforderung folgend über das Kopfsteinpflaster eines Hofes stolperte, um ihm in einem bescheidenen Krankenzimmer zum ersten Mal die Hand zu reichen. Ich spürte, wie prüfend er mich musterte, als wollte er sagen: Na, mein Junge, was hast Du mir denn jetzt für Neuigkeiten mitzuteilen? Es lag wohl zu viel hinter ihm, um in einem kleinen Zeitungsreporter einen Messias zu vermuten. Max schwieg die meiste Zeit. Das Gesicht leicht gerötet, die Lippen schmal aufeinandergepreßt und nur leicht lösend, wenn er über meine schüchtern-schülerhaft vorgetragene Schilderung unseres Redaktionslebens ins Lächeln kam.

Jahre später, als ich über seine schwersten Jahre mehr wußte, weil er mir immer mal ein paar Manuskriptseiten seines 1972 leider nur als Torso vom Militärverlag herausgebrachten Buches „Rückkehr an die Front“ zu lesen gab, habe ich mich oft gefragt, wie ein Mensch diese Odyssee durchstehen konnte und dabei seiner Überzeugung als Kommunist niemals untreu wurde.

Man schrieb den 17. Januar 1942. Nach Gefängnis und KZ wegen antifaschistischer illegaler Arbeit im „tausendjährigen Reich“, gelang es dem zuerst Wehrunwürdigen und dann doch zum Dienst im Osten gezogenen Frankfurter Schuhmacher, die

Fronten zu wechseln. „... ich sehe noch heute“, so schrieb er, „die verdutzten Gesichter der beiden Rotarmisten, als ich vor ihnen aus dem Schnee kroch und rief: Genossen, ich bin kein Faschist, ich bin ein deutscher Kommunist!“ Es folgten Einsätze als Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland, dessen Gründungsmanifest er 1943 neben hochrangigen deutschen Offizieren und Generalen als einfacher Soldat unterschrieb. Aber eben auch als einer, der den Krieg für sich und alle schnell beenden wollte und doch erst elf Jahre nach dessen Ende wieder deutschen Boden auf Dauer betreten durfte.

Schon am 7. August 1945 war Max Emendörfer mit einer Gruppe des NKFD aus Moskau kommend in der Nähe von Berlin gelandet, um in der zerstörten Heimat an der Aufbauarbeit teilzunehmen. Quartier bezog er in Lichtenbergs Prinzenallee 80. Zum Essen fuhr er in das Haus des ZK der KPD in der Wallstraße. Hier traf er auch Walter Fisch, den er noch aus Frankfurt kannte und der ihm gleich vorschlug, dort mitzuhelfen, die Partei neu aufzubauen. Aber Walter Ulbricht, der von Max am gleichen Tag um Zustimmung gebeten wurde, lehnte ab: „Wir brauchen Dich dringend für die Arbeit in der Ostzone.“ Am anderen Morgen, beim Frühstück im Speisesaal, baten ihn zwei sowjetische Offiziere, wegen einer Registrierungsangelegenheit zur Kommandantur mitzukommen. Richard Gyptner aus der Gruppe Ulbricht, von dem Max seinen Arbeitsauftrag erhalten sollte, fragte noch, wann er zurückkommen werde. Die Antwort lautete: „In einer halben Stunde ist er wieder da“.

Aus diesen 30 Minuten wurde ein mehr als 3800 Tage dauerndes Martyrium. Es begann für Max im ehemaligen KZ Sachsenhausen, das 1937 seine letzte Haftstation bei den Nazis gewesen war und nun Speziallager Nummer 7 hieß. Ein Mitarbeiter der KPD hatte Tage zuvor beim Sichten von Gestapoakten eine Max Emendörfer als vermeintlichen Spitzel denunzierende Karteikarte entdeckt und sogleich an den Parteivorstand gegeben,

von wo sie weitergereicht wurde. Damit begann für ihn die zweite Lagerhaft in Sachsenhausen. Sie dauerte bis 1947. Im Januar jenes Jahres mußte er als Gefangener, ohne gerichtlich verurteilt zu sein, ein Nachkriegsdeutschland verlassen, auf das er seine ganze Hoffnung gesetzt hatte. Nach 30tägigem Eisenbahntransport fand die Odyssee ihre Fortsetzung über 15 Lager und Gefängnisse kreuz und quer durch die Sowjetunion. Von einem Militärgericht in Kiew wurde er schließlich „wegen Unterstützung der internationalen Bourgeoisie ...“ zu zehn Jahren Verbannung im Nowosibirsker Gebiet verurteilt. Das kleine Dorf Siberzewo, 450 Kilometer nördlich von Nowosibirsk, hatte für Jahre einen Kuhhirten mehr.

Es mag als Zynismus der Geschichte gelten, wenn das Ende des Leidensweges des deutschen Kommunisten Max Emendörfer von der Forderung der Adenauer-Regierung eingeleitet wurde, die die Freilassung auch der durch die Sowjetunion verurteilten Kriegsverbrecher zur Vorbedingung diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR erhoben hatte.

Jedenfalls verließ der deutsche Kuhhirte Max nach einem Bericht der Bäuerin Kusmowa Buikina das Dorf auf dem Weg zur nächsten Bahnstation an einem kalten Dezembertag des Jahres 1955 auf einem guten Pferd und eingehüllt in einen warmen Mantel, den sie ihm mitgegeben hatte.

Am 11. Januar 1956 traf Emendörfer mit einem Transport schließlich wieder in Fürstenwalde ein. Er wollte in der DDR bleiben, hier eine neue Heimat finden. Auf die Aktennotiz eines ZK-Mitarbeiters, ihn „in der Republik“ unterzubringen und ihm behilflich zu sein, „sich eine neue Existenz zu gründen“, hatte Walter Ulbricht nur ein Wort geschrieben: „Einverstanden!“

Max Emendörfer landete in der einstigen Schuhmacherstadt Weißenfels, wo ich ihm vor fünfzig Jahren zum ersten Mal begegnete. In jeder Hinsicht rehabilitiert, starb er mit erst 63 Jahren.

Dr. Hans-Dieter Krüger

Max Emendörfer (Dritter von links) bei einer Manöverbegegnung mit Angehörigen der Sowjetarmee und der NVA (1968)



Die Atheismus-Forschungsgruppen in Warnemünde und Güstrow begannen 1975/76 mit der Herausgabe eigener hochschulinterner Zeitschriften, von denen bis 1990 jeweils über 60 Hefte erschienen. Diese kamen im Eigenverlag heraus, weil es zu jener Zeit noch nicht möglich war, über das Thema zu publizieren. Deshalb blieb auch der Kreis der Bezieher streng limitiert: Wissenschaftler anderer Hochschuleinrichtungen, Partei- und Staatsfunktionäre. Christen hatten keinen Zugang, obwohl sie mehrfach darum ersuchten. Aber unsere Veröffentlichungen im Ausland, vor allem in Moskau, Prag, Brno, Bratislava und Warschau, waren für sie erhältlich. Und so kam es dann zu dem Kuriosum, daß sich Frau Zander von der Theologischen Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen einmal im Staatssekretariat für Kirchenfragen darüber beschwerte, daß sie unsere Veröffentlichungen aus anderen Sprachen rückübersetzen müsse.

Am 6. März 1978 fand ein Treffen zwischen Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR unter Bischof Albrecht Schönherr statt. Es leitete eine Jahre währende Periode der Kooperation zwischen Staat und Kirche ein. Offiziell wurde nun von beiden Seiten bekräftigt, was die Evangelische Kirche bereits Anfang der 70er Jahre formuliert hatte, nämlich, daß sie sich als „Kirche im Sozialismus“ verstehe.

Dies war Veranlassung, daß sich die Güstrower Forschungsgruppe nunmehr diesem Thema zuwandte. In den folgenden Jahren gab es dazu viele (interne) Studien, Artikel und Dissertationen, die allerdings alle mit dem Vermerk „Vertrauliche Dienstsache“ versehen wurden.

Ein zweites wichtiges Ereignis des Jahres 1978 war die Gründung eines Problemrates beim Rat für Philosophie der DDR (unter der Leitung von W. Kliem), der sich den Namen „Philosophisch-weltanschauliche Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen“ gab. O. Klohr und H. Lutter wurden in seine Leitung berufen.

„Zusammenarbeit von Marxisten und Christen“ wurde nun zur Zentralkategorie, an der sich Forschung, Qualifizierung und Publikationen in Berlin, Güstrow und Warnemünde orientierten. Bereits das II. Internationale Güstrower Symposium im Jahre 1980 war mit einem spezifischen Beitrag diesem verpflichtet: „Marxistisch-leninistische Grundpositionen zur Einbeziehung der Christen in die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ...“

Die Internationalen Güstrower Symposien, die von 1976 bis 1988 in vierjährigem Abstand stattfanden, waren die repräsentativsten wissenschaftlichen Veranstaltungen auf dem Gebiet des Atheismus. 1984 schon nahmen an dem III. Symposium, das unter dem Thema „Ideologisch-theoretische und praktische Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen“ stand, 86 Wissenschaftler teil, darunter 18 aus

allen europäischen sozialistischen Ländern (außer Rumänien). Es wurden 45 Vorträge gehalten.

Im Vorfeld des Philosophiekongresses von 1984 wurde es erfreulicherweise etwas leichter, mit unseren Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit zu gelangen. Artikel wurden beispielsweise angenommen von den „Weißenseer Blättern“, den Zeitschriften „begegnung“, „Studienhefte zur Mecklenburger Kirchengeschichte“ und „Die Zeichen der Zeit“.

Etwas Bedeutsames vollzog sich auf dem III. Symposium insofern, als O. Klohr in seinem Vortrag erstmals wieder über den christlich-marxistischen Dialog sprach. Das war zweifellos gewagt, weil dieser Begriff jahrelang quasi tabuisiert war. O. Klohr und ich wußten natürlich, daß

Bezeichnung ihrer Gruppe und Zeitschrift abzulegen und ihn prinzipiell abzulehnen. An dessen Stelle wurde nun der Begriff „Marxistisch-leninistische Religionswissenschaft“ gesetzt. Begründet wurde dies damit, daß mit „Wissenschaftlicher Atheismus“ der Inhalt der Forschungen nicht mehr abgedeckt sei. Hinzu kamen grundsätzliche theoretische Erwägungen, da man auf einem negativen Begriff keine Wissenschaftsdisziplin konstituieren konnte. Betont wurde dabei, daß selbstverständlich am „Atheismus“ keinerlei Abstriche gemacht würden und die Mitglieder der Forschungsgruppe sich nach wie vor als marxistische Atheisten verstünden. Es ging hier ausschließlich um eine notwendige wissenschaftliche Richtigstellung.

Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (4 und Schluß)

wir mit einem Neubeginn des Dialogs sehr vorsichtig umgehen mußten, sollte er nicht gleich wieder im Keime erstickt werden. So verständigten wir uns im Vorfeld des Güstrower Symposiums 1984 darauf, daß ich im Hauptreferat, das zur Veröffentlichung vorgesehen war, das Wort „Dialog“ nicht in den Mund nehmen würde. Lediglich O. Klohr sollte in seiner Diskussionsrede über den Dialog sprechen. Die Diskussionsbeiträge wurden ja nicht veröffentlicht, sondern erschienen nur in unserer Güstrower internen Zeitschrift. Unsere Hoffnung, daß dies durchgehen würde, bestätigte sich.

In persönlichen Gesprächen mit Teilnehmern des Symposiums ermunterten wir sie, am Dialog teilzunehmen. Wir gingen davon aus, daß es nach dem Erscheinen des Berichts und meines Hauptreferats in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie (10/1985) Einladungen zum Dialog von christlicher Seite geben würde.

Und so bekamen wir dann auch solche, ich zunächst vom Pfarrkonvent in Templin und von der Evangelischen Akademie Sachsens. Der Dialog begann, und es ging gut voran. Von diesem Symposium und diesem Vortrag ausgehend entwickelte sich nun auch in der DDR allmählich der christlich-marxistische Dialog, der bis in die Gegenwart hinein Bestand hat.

Hinsichtlich des IV. und letzten Güstrower Symposiums im Jahre 1988 ist folgendes bemerkenswert: In Vorbereitung dieser Veranstaltung hatte die Güstrower Forschungsgruppe beschlossen, den Begriff „Wissenschaftlicher Atheismus“ zur

Einen Monat nach dem Güstrower Symposium fand an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau eine internationale Konferenz statt. In seinem Diskussionsbeitrag beschuldigte der Direktor des Instituts für Wissenschaftlichen Atheismus an der Akademie der Wissenschaften Bratislava, J. Celko, die Güstrower, sich vom Atheismus abgewandt zu haben. Das konnte natürlich leicht widerlegt werden. Interessant aber war, daß zwei Wissenschaftler aus Südrepubliken der UdSSR in ihren Diskussionsbeiträgen äußerten, sie würden die Aufgabe des Begriffs „Wissenschaftlicher Atheismus“ begrüßen, da durch ihn die politische Arbeit mit den Moslems in ihrer Region stark belastet werde. Hiermit kann man nun einen Schlußstrich unter das ziehen, was auf dem Gebiet des Atheismus in der DDR getan wurde; nach 1989/90 kam es zur bekannten Abwicklung, auch der Forschungsgruppen in Berlin, Güstrow und Warnemünde. Die Mitarbeiter – darunter allein in Güstrow sieben habilitierte und acht promovierte Kader – wurden in den Vorruhestand entlassen oder mußten sich eine andere Arbeit suchen, falls sie eine fanden.

War also alles umsonst? Zunächst hat es den Anschein, wie dies ja auch bei unzähligen anderen wissenschaftlichen Arbeiten, die in der DDR geleistet wurden, der Fall ist. Ob es so bleibt, wird die Zukunft erweisen, denn die Geschichte ist keineswegs zu Ende! **Prof. Dr. Hans Lutter**

Der 1. April 1991 ist ein Montag. Ostermontag. An diesem Tag der Auferstehung stirbt in Düsseldorf ein Mann. Er wird aus über 60 Metern Entfernung in den Rücken geschossen. Der Tote ist der 59jährige Sozialdemokrat Detlev Karsten Rohwedder, Chef der Treuhandanstalt, die das konfiszierte DDR-Volkseigentum verwaltet.

Um den Tod dieses Mannes ranken sich dermaßen merkwürdige Zufälle, daß sie selbst einen fiktiven Kriminalroman unglaubwürdig erscheinen ließen. Der Stuttgarter Wolfgang Schorlau recherchierte penibel und stieß auf immer mehr Ungeheimheiten. Dort, wo die Behörden eisern schwiegen, erfand er eigene Puzzleteile und setzte am Ende eine Kriminalstory zusammen, die wohl ziemlich dicht an der Realität liegt.

Merkwürdig ist, daß man Rohwedders Mörder bis heute nicht fand; daß just an dem Tag des Mordes der Personenschutz für den Manager abgezogen wurde und bis heute nicht feststellbar ist, wer dazu die Anordnung gab; daß der Attentäter angesichts der Entfernung und der Dunkelheit – es war 23.30 Uhr – sowohl über eine intensive Scharfschützenausbildung als auch über ein absolutes Präzisionsgewehr (mit NATO-Munition, wie man feststellte) verfügen mußte; daß er, obwohl bereits der erste Schuß tödlich, Rohwedder zusammengebrochen und am Fenster nicht mehr sichtbar war, noch zwei weitere Schüsse abgab.

Merkwürdig ist, daß Rohwedders Stellvertreterin Birgit Breuel (CDU) bereits

Mysteriöse Todesfälle

am nächsten Tag, nur wenige Stunden nach dem Mord, ein fertig ausgearbeitetes Konzept zur radikalen Korrektur des Kurses der Treuhandanstalt vorlegte und die Führung übernahm.

Zwei Jahre später, am 24. Juni 1993, starb das RAF-Mitglied Wolfgang Grams auf dem Bahnhof in Bad Kleinen bei einer Zugriffsaktion von Bundeskriminalamt, GSG 9 und Polizei durch einen direkt aufgesetzten Schuß. Obwohl die Kioskbesitzerin Joanna Baron bezeugte, daß Grams durch einen Beamten regelrecht hingerichtet worden sei, kam die offizielle Untersuchung zu dem Ergebnis, daß er sich selbst erschossen habe. Auch ein Polizist verlor sein Leben.

Merkwürdig, daß später das BKA erklärte, eine Gen-Analyse habe ergeben, daß das RAF-Mitglied 1991 an Rohwedders Mordort zugegen gewesen sei. Weder 1991 noch 1993 gab es bereits die Möglichkeit solcher Analysen. Dennoch habe man Haare vom Tatort aufbewahrt, ebenso Haare des toten Grams. Überprüfen kann dies niemand.

Merkwürdig, daß Rohwedders Treuhand-Konzept die Überführungen volkseigener Betriebe in Genossenschaften vorsah, was unmittelbar nach seinem Tod durch Birgit Breuel verworfen wurde. Rohwedder hatte sich dabei an den Forschungen eines österreichischen Professors orientiert, von dem Betriebe untersucht worden waren, die die Belegschaften nach dem

Konkurs der Eigentümer übernommen hatten, z. B. die Glashütte Süßmuth.

Merkwürdig, daß dieser Professor sechs Wochen nach dem Attentat auf Rohwedder ebenfalls den Tod fand – beim Absturz einer Maschine der Lauda-Air über dem Dschungel von Thailand. Die Absturzursache konnte nach langer Recherche geklärt werden: Ein Ventil hatte aus ungeklärtem Grund in einem Düsentriebwerk plötzlich eine Schubumkehr bewirkt. Auf Betreiben von Niki Lauda wurde das Ventil nach aufwendiger Suche im Dschungel gefunden. Und merkwürdig: Es stellte sich heraus, daß es vor dem Einbau manipuliert worden war.

So weit die Tatsachen, wie sie Wolfgang Schorlau in Erfahrung brachte. Die Zusammenhänge mußte er selbst herstellen. Er tat dies in Form eines fiktiven Kriminalromans, damit er Verleumdungsklagen und Strafanzeigen aus dem Wege gehen konnte. Nachdem „Die blaue Liste – Denglers erster Fall“ erschienen war, erhielt Schorlau anonyme Morddrohungen.

Warum und durch wen starben Karry, Barschel, Rohwedder, Möllemann – um nur die Prominentesten zu nennen? Es gäbe noch viele Krimis zu schreiben.

Hans Dölzer

Wolfgang Schorlau: Die blaue Liste. 350 Seiten. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005, 7,95 Euro, ISBN 3-462-03479-0

Seit dem 23. Januar geistert ein in Moskau aufgefundener hohler Stein durch die Nachrichten bürgerlicher Medien. Irgend jemand ist erwischt worden, wie er das als harmloser Feldstein getarnte „High-Tech-Sende- und Empfangsgerät“ gerade bediente. Und es wurde auch gleich eine Produktwerbung angehängt: Für die Unterstützung der russischen „Bürgerrechtler“ durch gewisse „Nicht-Regierungsorganisationen“ des Auslands müsse die beste westliche Technologie eingesetzt werden. Nur so könne den von einem nach wie vor „totalitären“ System Bedrängten beim Erkämpfen der Menschenrechte wirksam geholfen werden. Eine konkrete Farbe – orange oder rosa – nannten die Medien diesmal nicht.

Das Gerät, um das es geht, soll so funktionieren, daß der „Auftraggeber“ per Satellit oder anders übertragene Nachrichten codiert hinterlegt und der Auftragnehmer mit einem ebenfalls codierten Empfänger in Handy-Form für ihn bestimmte Informationen abrufen bzw. eigene Berichte sendet. Und das Ganze geschieht bei einem beschaulichen Parkspaziergang.

Hohle Steine

In einem „Rechtsstaat“ wäre dadurch der Tatbestand der Spionage erfüllt, zumal die Moskauer Botschaft Großbritanniens in die Sache verwickelt war. Im bundesdeutschen Fernsehen sprach man hingegen von russischen „Bürgerrechtler“ erwiesener „Überlebenshilfe“ im Kampf gegen Putins übermächtigen Inlandsgeheimdienst. Nur per Stein könne die Übergabe von dringend benötigten Geldern gesichert werden.

„Hohle Steine“ sind übrigens nichts Neues im Geheimdienstgeschäft. Ähnliche Gegenstände mit gleicher Funktion sollen in Bagdad während der „Kontrolltätigkeit“ der „Waffeninspektoren“ bei interessierenden Objekten abgelegt worden sein und als automatisch aktivierte Zielmarkierungen gedient haben. Ob sie auch im Besitz der BND-Residentur in Bagdad waren, bleibt dabei offen.

Als Ziegel- und Feldsteine getarnte „tote Briefkästen“ der CIA und des BND befanden sich während der 60er Jahre relativ oft in Parkanlagen und Wäldern sowie auf Schutthalden der DDR. Den angeworbenen Agenten dieser Spionagezentralen dienten sie zur Übergabe von Sende- und Empfangstechnik, Codetabellen, Codebüchern, Fototechnik mit Filmmaterial,

Personaldokumenten, Geheimtinte, Spezial-Kugelschreiberminen, amtlichen Stempeln, Geld verschiedener Währungen, Goldbarren, Uhren und Schmuck, Anweisungen auf wasserlöslichem Reispapier, Gift, Waffen und Munition.

Viele dieser „Steine“ wurden vor der Abholung ihres Inhalts durch das MfS geöffnet, dokumentiert, eventuell auch manipuliert und wieder verschlossen an den alten Ort gebracht, so daß der entsprechende Agent später beobachtet und längere Zeit begleitet werden konnte.

Westliche Geheimdienste installierten auch „High-Tech-Produkte“ zur automatischen Nachrichtengewinnung, z. B. in Form von „Ästen“, die man an Bäumen bei Militärflugplätzen und anderen Objekten anbrachte, Ende der 70er Jahre in der DDR. Meist wurden sie von den Militärverbindungsmissionen abgerufen, gewartet und betreut.

Frau BIRTHLER müßte hierzu in ihrer Behörde eine Vielzahl von Untersuchungsberichten und Protokollen, auch Gerichtsurteile und jede Menge Beweismaterial finden. Sie könnte damit eine ihrer beliebten Ausstellungen gestalten und so zur „Volksaufklärung“ beitragen.

Gerd Brunecker

Der „RotFuchs“ gratuliert
allen Leserinnen zum
Frauentag

Von der Krokofantenkeule zum Wegpusten fossiler Energieträger

Weißt du eigentlich, daß sich unsere Vorfahren ihre Krokofantenkeule am offenen Feuer braten mußten, wenn sie satt waren, sich um das Feuer legten und mit dem Krokofantenfell zudeckten?

Heute braten wir uns die Keule auf dem Elektroherd, wärmen uns an der Ölheizung, lassen Erdölprodukte in Verbrennungsmotoren gezielt explodieren und fahren damit durch die Gegend. Erdöl treibt Turbinen an, und wir fliegen damit sonstwohin. Woher kommt der Treibstoff, dessen Vernichtung sooo viel Spaß macht?

Wer denkt schon darüber nach, wie die Erde aussah, als jene Baumriesen im Moor versanken, gewaltige tektonische Verschiebungen die Fossilien begruben, die nach Jahrmillionen, seit sie zu Kohle wurden, wieder ausgegraben werden. Andere Fossilien verrotteten zu Gasen oder Flüssigkeiten, die heute durch lange Stachel aus der Erde gesaugt werden und in Öfen und Verbrennungsmotoren landen.

Wer zählte jemals nach, wie viele Millionen Tonnen CO₂ diese Fossilien aus der Luft, mittels des Sonnenlichtes, in den Erdboden transportierten.

Wer machte sich je die Mühe nachzurechnen, ob nicht genau jene Symbiose zwischen Klima, Atmosphäre und Flora eine der Voraussetzungen der Fauna wurde, deren evolutionäre Irrwege zu einem extrem hochgezüchteten biologischen Wesen, genannt Mensch, führten?

Und wenn eben diese Jahrmillionen währende Metamorphose innerhalb weniger Jahrhunderte auf ihren Urzustand zurückgeführt wird, dürfte kaum jemand erahnen können, mit welchen Folgen diese Entwicklung verknüpft sein wird.

Der Wirbelsturm der Profitregenerierung und des Wohlstandes eines kleinen Teils der Menschheit reißt alles an fossiler Energie aus der Erde.

Jetzt sind wir möglicherweise an dem Zeitpunkt angelangt, wo in weniger als 200 Jahren etwa die Hälfte dieser fossilen Energieträger wieder in die Luft entlassen wurde. Und genau dort beginnt der Wettlauf, wer an deren Ende über die letzten Reserven verfügt. Die Nachfrage wird größer als das Angebot, ökonomische Verwerfungen sowohl in der Energie- als auch der Grundstoffindustrie stellen soziale Netze in Frage, bis hin zu ihrer Vernichtung. Schon jetzt sind Umweltschäden entstanden, die auch die Natur nicht mehr heilen kann. Was nützt den letzten Besitzern das Erdöl, wenn die Kundschaft dafür langsam durch die Folgen der Umweltvergiftung ausgerottet wird?

Haben wir nur die Wahl zu ersticken, verstrahlt zu werden oder zu erfrieren?

Wenn ein Bush der letzte Überlebende sein würde, dann könnte er immerhin für sich in Anspruch nehmen, die böse Menschheit besiegt zu haben.

Gibt es überhaupt Auswege?

Nach der fossilen Energie kommen aus heutiger Erkenntnis nur noch zwei bedeutende Nachfolger in Frage: die Kernenergie und das Sonnenlicht. Kernenergie ist nicht ungefährlich. Erforderlich sind internationale Konzepte, die eine optimale Sicherheit und Kontrolle garantieren. Solange allerdings Energiekomplexe in privatkapitalistischer Hand sind, scheint eine derartige Lösung ausgeschlossen.

Das Sonnenlicht kann für viele Energiearten verwendet werden. Am effektivsten ist es allerdings nur dort, wo es auch reichlich zur Verfügung steht. Könnte es nicht sein, daß jene Wüsten, die einst auf dem Erdöl schwammen, demnächst auch die besten Orte der Umwandlung der Sonnenenergie in Elektro- und Wasserstoff-Energie sind?

Wäre es da nicht sinnvoll, in diesen Regionen stabile politische Verhältnisse an sich selbst wachsen zu lassen, statt ständig Kriege, die niemand gewinnen kann, vom Zaun zu brechen?

Sichere Konzepte des Transports der Energieträger werden ebenso gefragt sein

wie für dezentrale lokale Wärme- und Elektroenergieversorgung.

Die effiziente Umwandlung von Wasserstoff in andere Energiearten wird eine maßgebliche Rolle spielen. Wind, Wasserenergie und Biomasse werden ihren Beitrag leisten können, allerdings vermögen sie konventionelle Kraftwerke nicht zu ersetzen.

Wer hat den politischen Mut und die soziale Möglichkeit, eine derartige Strategie in Gang zu setzen und durchzuhalten, wer übernimmt die technische Entwicklung und Verantwortung?

Allein die gewaltigen Militärausgaben Deutschlands, umgelenkt in Zukunftstechnologien, würden nicht nur die Arbeitslosigkeit drastisch verringern, sondern auch mehr wert sein, als irgendein zweifelhafter Sieg über irgendeinen imaginären Gegner.

Wenn man allerdings erst über Alternativen zu einem Zeitpunkt nachdenkt, an dem sich die Menschheit bereits am Ende des Vorhandenseins fossiler Energieträger befindet, dürfte es ganz gewiß zu spät sein.

Jochen Singer

In der Kreide

„Hey, ihr Echsen, hört mal her“ sprach der Riesensaurier
 „beim Grasens muß ich mich tief bücken, mir jedes Büschel selber pflücken.
 Das hört jetzt auf, das geht zu weit. Ab jetzt beginnt die Kreidezeit.
 Ihr Echslein all, kommt her, galopp! Prägt euch das ein in euern Kopp:
 Ihr geht jetzt für mich auf die Weide, steht mir ab heute in der Kreide.
 Für soundsoviel Büschel Kraut – ob angebaut, ob weggeklaubt –
 bekommt ihr sieben Dollarnoten. Ansonsten gib't was auf die Pfoten.
 Das gilt global, daß ihr es wißt und nicht erst lange raten müßt.
 Und nun hopp, hopp und nicht gemurrt! Hört ihr nicht, wie mein Magen knurrt?
 Du auch, Tyrannosaurus Rex! Du bist ja eine böse Echs'!
 Du ausgefeimter Saddamsbraten! Wie lange soll ich denn noch warten?!
 Muß ich dir erst die Zähne brechen, bevor wir ernsthaft weitersprechen?
 Du wolltest mich doch grad zerreißen! Glaubst wohl, du könntest mich bescheißen?
 Du sitzt auf meiner besten Quelle und kriegst dafür was auf die Pelle ...
 Hast du nicht grad 'nen Wurm zertreten?! Da hilft kein Zittern und kein Beten:
 Jetzt wirst du demokratisiert, daß so was nicht noch mal passiert!!!
 Ihr andern aber, Echsenbrut: Merkt euch das gut!
 Noch einmal nur, damit ihr's wißt: Wer dann nicht spurt, ist Terrorist!
 Und der muß ausgerottet werden, daß endlich Friede sei auf Erden.
 Sprach's, trat die frechsten Echsen tot, verspeiste sie zum Abendbrot.
 Beim Kriechen ist der Rest verdorben, und schließlich sind sie ausgestorben.

Jürgen Kuhlmann-



Grafik:
SHAHAR

Der aus der „Prawda“ übernommene Artikel des ungarischen Parteivorsitzenden Gyula Thürmer (Januar-RF) bedarf aus meiner Sicht mehrerer deutlicher Klarstellungen.

Kommunisten in Ungarn

1. Tatsächlich ist es im Laufe des vorigen Jahres zu einer Spaltung der Ungarischen Arbeiterpartei gekommen: Eine Gruppe um den ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Attila Vajnai ist im Sommer aus der Partei ausgeschlossen worden und hat sich Ende November als eigenständige neue Partei mit dem Namen „Magyarországi Munkáspárt 2006“ (Ungarische Arbeiterpartei 2006 – Anm.: In diesem Jahr finden Parlamentswahlen in Ungarn statt) konstituiert. Vorsitzender ist János Fratanolo (früher ein Bezirksvorsitzender der alten Arbeiterpartei), sein erster Stellvertreter ist Attila Vajnai.

2. Der Rest der alten Arbeiterpartei mit Thürmer an der Spitze hat ebenfalls einen Namenswechsel vollzogen und heißt jetzt „Magyar Kommunista Munkáspárt“ (Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei). Mehr noch als bisher scheint sie sich unter ihrem Vorsitzenden Gyula Thürmer auf einen überaus seltsamen ideologischen Kurs festgelegt zu haben, der als eine Mischung aus ultralinkem Verbalradikalismus, unverhohlenem Nationalismus, Anbiederung an rechte Parteien bei gleichzeitig fast hysterischen Attacken auf die Sozialistische Partei (die grundsätzlich natürlich Kritik von kommunistischer Seite mehr als verdient!), alle anderen linken Gruppierungen und die sogenannte „Parteiopposition“ (Vajnai etc.) charakterisiert werden kann. Thürmers Politik und sein Auftreten hat in den letzten Jahren jede taktische politische Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften (für Kommunisten in nicht-revolutionären Situationen natürlich eine Notwendigkeit) unmöglich gemacht, die innerparteiliche Demokratie abgewürgt, jede seriöse theoretisch-ideologische Arbeit verhindert und die Arbeiterpartei zunehmend in ein sektiererisches Abseits manövriert. Dieser Kurs hat der Arbeiterpartei kaum anderes als eine immer stärkere politische Isolierung im linken Lager, Erfolglosigkeit bei Wahlen, einen ständigen Mitgliederschwund und permanente innerparteiliche Streitigkeiten eingebracht.

3. Im übrigen hat Gyula Thürmer seine politische Meinung in den letzten 15 Jahren so oft geändert, daß es sich mit Sicherheit auch bei der jetzigen „radikal-revolutionär-kommunistischen“ Rhetorik nur um eine Phase handeln wird. Einige Jahre vertrat er die sogenannte Theorie vom „guten Kapitalismus“ (gemeint waren einheimische Unternehmer), den es zu unterstützen gelte, und bis vor kurzem war er es, der die Arbeiterpartei als linkes Anhängsel der Sozialisten betrachtet und auch dementsprechend gehandelt hat. Daß er sich nunmehr geläutert als Verfechter der „reinen Lehre“ präsentiert, ist wie alle seine vorherigen Wandlungen nur seinem Opportunismus (und

den gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzungen) zu verdanken. Außerdem vertritt Thürmer – wie erwähnt – mittlerweile einen „links-nationalistischen“ Kurs, hat Kontakte zur rechten Partei Fidesz und bedauert öffentlich, daß im sozialistischen Ungarn bis 1989 nicht über den 1920 abgeschlossenen Friedensvertrag von Trianon diskutiert werden konnte. Um nur ein besonders markantes Beispiel für die Prinzipienlosigkeit Thürmers anzuführen: Vor wenigen Wochen hat er in einem Interview ernsthaft seinen Respekt vor Gergely Pongráz bekundet, vor dem er – so wörtlich – sein „Haupt neige“. Bei dem kürzlich Verstorbenen handelt es sich um niemand anderen als einen der bekanntesten und schlimmsten Protagonisten der ungarischen Konterrevolution von 1956!

4. Soweit sich das nach wenigen Wochen bereits sagen läßt, ist die neue Magyarországi Munkáspárt 2006 zum einen an einem breiten linken Bündnis auf ungarischer und internationaler Ebene interessiert (was mit Thürmer niemals möglich war), bekennt sich aber andererseits in ihren programmatischen Dokumenten und den Aussagen ihrer Repräsentanten recht deutlich zum Marxismus-Leninismus. Sicher bestehen hier noch manche ideologischen und theoretischen Schwächen (Unterstützung der Europäischen Linkspartei, übertriebene Anbiederung an die neuen „linken Bewegungen“ und das „globalisierungskritische“ Milieu etc.) – die Taktik Thürmers aber, seinen Gegnern zu unterstellen, ihnen wäre an einer „von Ideologie freien Partei der Intelligenz“ anstelle einer marxistischen Partei, an einem „freien Netz nach dem Prinzip des Internets“ (!) anstelle einer „Kampforganisation, aufgebaut auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus“ und einer „Zusammenarbeit antiliberaler, antiglobalistischer Kräfte“ anstelle einer Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse gelegen, ist geradezu lächerlich. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß der neuen Partei auch

zahlreiche Personen angehören bzw. nahe stehen, deren hohe marxistisch-leninistische Bildung und aufrechte kommunistische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. So beispielsweise der Historiker András Széchy (vor der Konterrevolution 1989 im ZK beschäftigt gewesen), der Wirtschaftswissenschaftler Tamás Morva und der Philosoph Ádám Wirth (Vizepräsident der bedeutenden Karl-Marx-Gesellschaft und früher Professor an der Parteihochschule), um nur einige zu nennen. Im übrigen muß man wissen, daß sich das linke politische Leben in Ungarn sehr oft auch neben und außerhalb parteipolitischer Strukturen in Vereinen abspielt – die wichtigsten davon sind die „Karl-Marx-Gesellschaft“, die Gesellschaft „Erster Mai“ und der „János-Kádár-Freundschaftskreis“. Alle drei hatten in den letzten Jahren kaum mehr Kontakt zur Arbeiterpartei, wurden und werden von Thürmer bekämpft und denunziert und haben sich nunmehr in weiten Teilen ziemlich unmißverständlich für eine Unterstützung Vajnais und seiner neuen Partei ausgesprochen. Es sind also insbesondere auch die vielen der neugegründeten Partei nahestehenden Persönlichkeiten und Strukturen (welche zumindest bislang einen sehr großen Einfluß auf die ideologische Ausrichtung zu nehmen scheinen), die meines Erachtens Anlaß zur Hoffnung geben.

Gemeinsam ist ihnen allen die Überzeugung, daß Ungarn eine ernsthafte, ideologisch gefestigte, gleichzeitig aber auch zu taktischen Bündnissen und gemeinsamen Aktionen fähige kommunistische Partei mit lebhafter innerparteilicher Demokratie und ständiger theoretischer Arbeit braucht. Ob ihnen das gelingen wird und ob die neue Partei diese Hoffnungen erfüllen können, bleibt abzuwarten – Thürmer und seine Arbeiterpartei konnten und können es jedenfalls nicht!

Josef Bacher, Graz

Am **19. März** um **19.00 Uhr** spricht
die Europa-Abgeordnete der **Linkspartei.PDS**

Sahra Wagenknecht

die in Brüssel die Solidarität
mit Kuba verteidigte,
im Familienzentrum Lütten Klein „Charisma“ e. V.,
St. Petersburger Straße 18 b,
auf einer Veranstaltung der

Regionalgruppe Rostock

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

**Linke
Politik
in
Europa**
THEMA:
**Perspektiven
und Chancen**

Ein weiterer 85. Jahrestag steht an: Vom 8. bis 16. März 1921 trat der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – KPR (B) zusammen. Auf ihn aufmerksam zu machen, ist aus historischer wie aktueller Sicht nicht unwichtig, beweist er doch das marxistische Herangehen Lenins an die Lösung konkreter Aufgaben. Es war der erste Parteitag der KPR (B), der nach einem dreijährigen opferreichen Kampf gegen die innere und äußere Konterrevolution erneut Weichen für den friedlichen Aufbau des Landes zu stellen hatte. Die Ausgangslage war kompliziert. Die Wirtschaft lag völlig darnieder. Die Produktion der Großindustrie betrug 1920 nur etwa ein Siebentel des Vorkriegsstandes. Die landwirtschaftliche Produktion war gegenüber 1913 um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Hungersnöte grassierten in vielen Gebieten des Landes. Die katastrophale Lage verfehlte nicht den Einfluß auf das politische Leben des Landes. Die Bauernschaft äußerte große Unzufriedenheit mit der Ablieferungspflicht, die sie während des Bürgerkrieges akzeptiert hatte, als die Gefahr der Rückkehr der Kapitalisten und Gutsbesitzer bestand. Die negative Stimmung ergriff auch die Arbeiterklasse. Infolge massenhafter Abwanderungen vom Hunger aufs Dorf Getriebener verringerte sich ihre Zahl in kurzer Zeit um ein Vielfaches. Es gab Schwankungen bei ideologisch nicht gefestigten Parteimitgliedern. Lenin beklagte sich damals über den moralischen Zustand der Partei. Ein „sehr hoher Prozentsatz der Kommunisten versteht es nicht, gegen Schlendrian, Bürokratismus oder eine so recht russische Erscheinung wie die Bestechlichkeit zu kämpfen“. (LW, Bd. 33, S. 56)

Die Lage nüchtern einschätzend führte Lenin die Partei zu der einzig möglichen Schlußfolgerung, daß sich die Schwierigkeiten und Gefahren im Lande nur mit der Realisierung eines klaren Programms überwinden ließen. Ein anderer führender Politiker hätte in dieser Situation wohl die Flinte ins Korn geworfen. Der X. Parteitag der KPR (B) beschloß jedoch ein Programm, dessen Durchsetzung die ganze Überzeugungskraft Lenins beanspruchte.

Die wichtigste Frage für ihn war, die Partei auf die Neue Ökonomische Politik (NÖP) und deren Durchsetzung einzustellen. Ihr zentraler Punkt bestand darin, die Ablieferungspflicht in der Landwirtschaft durch eine Naturalsteuer abzulösen, die es den Bauern ermöglichte, ihre Überschüsse zu verkaufen. Lenin sah hier eine Möglichkeit, durch materielle Interessiertheit die Getreideerzeugung zu erhöhen und so die Warenproduktion insgesamt zu entwickeln. Zur NÖP gehörte die Einführung des Staatskapitalismus. Unter einer proletarischen Staatsmacht war dieser in der marxistischen Theorie etwas völlig Neues. Nicht einmal Marx kam auf den Gedanken, darüber zu schreiben, bemerkte Lenin, weshalb „wir uns jetzt selber aus der Klemme ziehen müssen“. (33/264) Er verstand unter dem durch ihn kreierte Staatskapitalismus



Verbreitung, die sich Lenin erhofft hatte. Wurden im Jahr 1921 nur vier Konzessionsverträge vereinbart, so waren es 1924/25 nicht mehr als 56 und nur sechs Abkommen über technische Hilfe, die mit Auslandsfirmen abgeschlossen werden konnten. Gründe für das zögerliche Verhalten des Auslandskapitals, mit Sowjetrußland in wirtschaftliche Beziehungen dieser Art zu treten, mögen wohl in der Absicht gelegen haben, nicht zur Stärkung des Sowjetstaates beizutragen. Zweifel an der Fähigkeit der sozialistischen Partner zur Vertragstreue dürften hinzugekommen sein.

Ein weiterer wichtiger Beschluß des X. Parteitages der KPR (B) betraf die Einheit der Partei, der vorwiegend von

VOR 85 JAHREN BERIET DER X. PARTEITAG DER KPR (B) Als Lenin die NÖP präsentierte

einen von der proletarischen Staatsmacht zugelassenen und gleichzeitig kontrollierten Kapitalismus. In ihm sah er ein zusätzliches Mittel, die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen. Dazu zählten neben Konzessionen an eigene und ausländische Kapitalisten auch gemischte Betriebe und Gesellschaften mit staatlicher und privater Beteiligung sowie Heranziehung von Privathändlern auf Kommissionsbasis. Lenin scheute sich nicht, bei der Einführung der NÖP von einem zeitweiligen strategischen Rückzug, von Zulassung des Kapitalismus in einem bestimmten Rahmen zu sprechen. Gleichzeitig wappnete er die Partei ideologisch, den Frohlockungen monarchistischer und bourgeoisier Kräfte, die triumphierend von einem Ende der Sowjetmacht sprachen, Paroli zu bieten. Er betrachtete die NÖP als einen Wettkampf zwischen sozialistischen und kapitalistischen Elementen, als eine Frage Wer – Wen? Wer wird wen überflügeln? Und er war optimistisch genug davon auszugehen, daß dieser Konflikt zugunsten der sozialistischen Kräfte entschieden werde. Schon 1922 sagte er auf einer Plenartagung des Moskauer Sowjets, „daß aus dem Rußland der NÖP das sozialistische Rußland werden wird“. (33/429)

Die NÖP fand im Verlauf der sozialistischen Industrialisierung nach 1925 und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft ab 1929 allmählich ihr Ende, hatte aber günstige Voraussetzungen für die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse geschaffen. Der Staatskapitalismus in Form von Konzessionen erfuhr allerdings nicht die

Lenin selbst ausgearbeitet worden war. Er wird gerade heute in manchen sich links nennenden Parteien als zu zentralistisch, als mit dem von diesen vertretenen Pluralismus nicht vereinbar empfunden. Um was ging es? Lenin wollte vermeiden, daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei, Kritik am Kurs der Parteiführung, unterschiedliche Auffassungen über Weg und Ziel zur Fraktionsbildung führten, die eine Spaltung der KPR (B) bewirken würde und von der Konterrevolution unweigerlich genutzt werden könnte. Deshalb wurde die Forderung erhoben, unbedingt notwendige Kritik an Mängeln in der Partei so zu handhaben, „daß jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jede Verschleppung an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird ...“ Es müsse unermüdlich darauf hingewirkt werden, „daß die Kritik rein sachlich geführt wird und keineswegs Formen annimmt, die den Klassenfeinden des Proletariats förderlich sein könnten“. (32/247)

Der Beschluß des X. Parteitages der KPR (B) „Über die Einheit der Partei“ war der konkreten Situation des Sowjetlandes in den 20er Jahren geschuldet. Aber Anregungen zum Nachdenken gibt er schon. Es kann in einer marxistischen Partei kein gleichzeitiges „Hü“ und „Hott“ geben. Eine einheitliche Strategie und Taktik muß gewahrt werden. Selbst sozialdemokratische und christlich-soziale Parteien sind bekanntlich darauf bedacht, einheitlich zu marschieren und ihre Mitglieder zur

Durchsetzung gefaßter Beschlüsse zu disziplinieren.

In der Zeit des X. Parteitags der KPR (B) ereignete sich der sogenannte Kronstädter Aufstand. Dieser weiße Putsch vermittelt bis heute Lehren, wie die Konterrevolution bestrebt ist, Meinungsverschiedenheiten in der Partei, Fehler in deren Politik und Unstimmigkeiten unter den Massen für ihre Pläne zu nutzen, wobei sie sich selbst als volksverbunden und demokratisch zu drapieren sucht. In der Festung Kronstadt waren Soldaten und Matrosen der baltischen Flotte stationiert. Nach dem Bürgerkrieg hatte sich die Mannschaftsstruktur wesentlich verändert. Viele der Revolution treu ergebene Seeleute waren gefallen und ein beträchtlicher Teil zum Wiederaufbau der Wirtschaft herangezogen worden. Anfang 1921 bestand die Garnison der Kronstädter Matrosen zu 80 % aus Söhnen von Bauern, die mit der Ablieferungspflicht unzufrieden waren. Einige von ihnen hatten früher schon in der Armee der Weißen gedient. Die Neueinberufenen trugen kleinbürgerliche Stimmungen in die Flotte hinein und waren für die antisowjetische Agitation äußerst empfänglich. Sozialrevolutionäre, Menschewiki, Anarchisten, verkappte Weißgardisten und gestürzte Bourgeois machten sich solche Stimmungen zunutze, um einen Aufstand anzuzetteln. Mit Losungen wie „Freiheit des Handels!“, „Sowjetmacht ohne Kommunisten!“, „Freiheit für alle!“ war geplant, zunächst die Machtverhältnisse zu untergraben und schließlich die Sowjetmacht zu beseitigen. Lenin durchschaute das Spiel. In Wirklichkeit, so schrieb er, „dienten die parteilosen Elemente nur als Trittbrett, als Stufe, als Brücke, über die die Weißgardisten kamen“. (32/183 f.) Wir haben dieselbe Taktik der Konterrevolution nach 1945 in mehreren sozialistischen Ländern und auch bei uns am 17. Juni 1953 erlebt. Es wäre unverantwortlich gewesen, die schwer erkämpfte Macht durch die von der Konterrevolution irreführenden, in Soldaten- und Matrosenröcke gesteckten Bauernsöhne ersticken zu lassen. Entschlossenes Handeln war notwendig. Die Festung wurde im Sturm genommen. Der Angriff mußte über das dünne Eis der Newa erfolgen, was viele Menschenleben kostete. Bei der Einnahme Kronstadts bewiesen vor allem auch Delegierte des X. Parteitags der KPR (B) und – wie heute bekannt ist – auch deutsche Internationalisten Beispiele von Heroismus und Opfermut.

Summa summarum: Es gab 1921 nur die Alternative: entweder vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren und der Konterrevolution freie Bahn zu lassen oder die Lage zu analysieren und der Situation entsprechende Beschlüsse zu fassen. Lenin verstand es, unter zugespitzten Bedingungen Lösungswege zu finden. Nur wer seine Schriften nicht allein vom Hörensagen kennt, sondern sie auch gelesen hat, kann die Größe dieses Mannes ermessen und ihn als Beispiel eines wahrhaft marxistischen Theoretikers und Taktikers begreifen.

Dr. Rudolf Dix

Belarus: Sowjetische Errungenschaften erhalten!

Am 23. 11. 2005 gab Präsident Aleksandr Lukaschenko in Minsk eine Pressekonferenz, zu der Journalisten vieler Lokalzeitungen der Russischen Föderation, von Smolensk bis Ostsibirien, eingeladen waren. Deren Leserschaft überschreitet bei weitem die kümmerlichen Zahlen der Moskauer Zeitungskäufer, die mit westlich zensiertem Material überschwemmt werden. Die „führenden“ Blätter von dort waren nicht vertreten, wie Wjatscheslaw Tetjochin in der „Sowjetskaja Rossija“ vom 26. 11. berichtete.

Vor allem betonte der Präsident, daß „Belorußland die Erinnerung an den Sieg über den Faschismus ehrt und dafür sorgt, daß die Jugend erfährt, daß wir die braune Pest auf dem Weg nach Moskau zerschlugen. Ein Drittel unserer Bevölkerung kam dabei ums Leben. Das Schicksal der Festung Brest ist für uns ein Symbol dieses Sieges.“ Die heutigen wirtschaftlichen Erfolge des 10-Millionen-Volkes kosteten fast übermenschliche Anstrengungen und Entsaugungen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion schlug die Lukaschenko-Regierung nicht den Weg der Zerstörung aller Bestehenden ein, wie es in vielen anderen früheren Sowjetrepubliken geschah, sondern baute auf diesem Fundament auf eigenen Kräften weiter. Das Wort „Reform“ wurde durch die Begriffe „Weiterentwicklung“ und „Vervollkommnung“ ersetzt: „Wir bauen eine sozial und wirtschaftlich ausgerichtete Gesellschaft, die vor allem die notwendige Lebensgrundlage für den Menschen zu schaffen sucht.“

Zum Beweis erwähnte Lukaschenko das Modernisierungsprogramm der Landwirtschaft, darunter die Viehzucht sowie die Milch- und Käseproduktion für den Export zur „Rettung unseres Dorfes“. Um Arbeitskräfte anzuziehen, hat die Regierung ein System von Agro-Siedlungen eingeführt, nach dem in jedem Dorf, in jedem Kolchos moderne Wohnbauten mit allen Bequemlichkeiten errichtet werden. Früher konnte man davon nur träumen. Arbeitskolonnen junger Leute, darunter viele Studenten, nehmen an den Bauvorhaben zu normalen Lohntarifen teil. Auf Großbauten sind Kollektive eingesetzt, die solide Verdienste einstreichen. Auf diese Weise bleiben investierte Regierungsgelder – es handelt sich um etwa 300 Millionen Dollar – im Lande und senken die Arbeitslosigkeit. „Wo neue Technologien angewandt werden müssen, laden wir russische und westliche Investoren ein, mit uns zusammenzuarbeiten.“

Belorußland verzeichnet einen beträchtlichen Bevölkerungszuwachs: Russen, Belorussen, Ukrainer aus der Russischen Föderation, aus Kasachstan, dem Kaukasus – etwa 30 000 Personen jährlich. Sie sind sehr willkommen, denn es handelt sich meist um qualifizierte Arbeitskräfte, auch Akademiker, kinderreiche Familien. Das Land mißt etwa zwei Drittel von

Deutschland. Man könnte daher noch gut 30 Millionen ansiedeln. Der Boden ist ertragreich, das Ausbildungsniveau erstklassig. Die Lukaschenko-Regierung investiert staatliche Mittel in den Bau wissenschaftlicher Institute wie z. B. in Gomel, wo Nuklearmedizin allen zur Verfügung steht, auch Russen und Ukrainern, den Opfern von Tschernobyl.

Wie auch viele andere Länder heute hat Belarus Probleme mit Korruption – innerhalb von 9 Monaten wurden einige tausend Staatsangestellte deshalb zu Gefängnisstrafen verurteilt. Auch Frauenhandel und Narkotika-Schmuggel stellen den Staat vor neue Aufgaben.

Tetjochin griff die Frage der nationalen Selbstbestimmung auf und wies auf den zersetzenden Einfluß russischer Medien hin, die systematisch die moralischen Werte der Gesellschaft von Belarus untergraben. Präsident Lukaschenko betonte, die internationalistische Einstellung des Volkes, die traditionell „offene Tür“ Fremden gegenüber, welche in friedlicher Absicht kommen. Etwa 400 000 Polen und viele Litauer gehören zu Einwohner-schaft und genießen gleiche Bürgerrechte. Im Gebiet Grodno gibt es 216 katholische Kirchen und 170 Kirchgemeinden, die von 73 zugewanderten Priestern betreut werden. In eigenen Kulturzentren wird die polnische Sprache in Wort und Schrift gepflegt. Präsident Lukaschenko weist die Beschuldigungen gewisser polnischer und litauischer Politiker, in Belarus herrsche Kultur Chauvinismus, als Verleumdung zurück. Er macht auf die 10 Mill. Dollar aufmerksam, welche der USA-Kongreß Nachbarstaaten „zur Verteidigung der Demokratie“ in Belarus zur Verfügung gestellt hat, um die Opposition gegen die Lukaschenko-Regierung anzustacheln. Dabei ist die Wirtschaftslage in der Republik weit besser als in diesen.

Die Washingtoner Verurteilung der Lukaschenko-Regierung als der „letzten Diktatur Europas“ zielt auf den an sowjetischen Erfahrungen orientierten Wirtschafts- und Verwaltungsstil Lukaschenkos, der verglichen mit Rußland, der Ukraine und Polen Stabilität und solide Lebensbedingungen geschaffen hat. An der bevorstehenden Gesamtblorussischen Staatskonferenz werden – sehr zum Verdruß des Westens – etwa 3000 Delegierte aus Arbeitskollektiven, gesellschaftlichen Organisationen und politischen Parteien teilnehmen. Dieses Forum wird unter anderem die Zielsetzung des kommenden 5-Jahr-Planes erörtern und festlegen. Bei den Präsidentschaftswahlen im September 2006 wird es um die Frage gehen, ob die Bevölkerung das Mandat Lukaschenkos erneuert.

„Wir sind stolz auf unsere Selbstbestimmung, unsere Geschichte, auf unser Land und unsere Leistungen“, erklärte Aleksandr Lukaschenko den versammelten Journalisten aus ganz Rußland.

Zusammenfassung: Dr. Vera Butler

Am 2. Dezember 2005 wurde in Bagdad der Arzt Akil Abdel Yabar, Hochschullehrer der Medizinischen Fakultät an einer der drei Universitäten der Hauptstadt und Direktor des Hospitals von Adamiya, einem besonders kämpferischen Stadtteil, ermordet. Über die Tat berichtete die unabhängige, in London auf arabisch herausgegebene Tageszeitung al Quds al-Arabi. Nach und nach tritt eine Realität hervor, der bis jetzt kaum Beachtung geschenkt wurde, zweifellos wegen der Schwierigkeit, Zusammenhänge, die keine zu sein schienen, herzustellen: Die systematische Ermordung von irakischen Akademikern seit Beginn der Besetzung.

Obwohl die konkrete Ziffer der ermordeten Hochschullehrer während der letzten zweieinhalb Jahre noch ermittelt werden muß, legen ausgewogene Quellen, die aus dem irakischen Universitätsbereich selbst kommen, eine Zahl um 150 fest. Im vergangenen Oktober erkannte der irakische Erziehungsminister die Ermordung von 143 Professoren seit April 2003 an. Andererseits schätzte das internationale Erziehungsnetzwerk „Network for Education and Academic Rights“ sogar 250 Ermordete. Allein im vergangenen November waren es fünf weitere Dozenten von zwei Universitäten in Bagdad und in Nayaf.

Während eine definitive und aktualisierte Liste der Umgebrachten erarbeitet wird, bedeutet die längerfristige Auswirkung auf das akademische, intellektuelle und die Forschung betreffende Leben der irakischen Universitäten viel mehr, als die Zahlen ausdrücken können; sie ist nicht meßbar. Genauso wie es im Gesundheitsbereich, einem Gebiet, das ebenfalls von Übergriffen und Morden heimgesucht worden ist, geschieht, verläßt die Professorenschaft samt Studenten den Campus und versucht, ins Ausland zu gelangen. Wie es scheint, werden Direktoren von Schulen und Gymnasien, besonders im Süden des Landes, genauso systematisch getötet.

Eine Durchsicht der bereits zur Verfügung stehenden Liste ermordeter Hochschullehrer erlaubt es, die Größenordnung des Verbrechens zu begreifen und Überlegungen zu den Tätern anzustellen.

Zunächst wurde die flächenmäßige Ausdehnung der Morde sichtbar: Es wurden wissenschaftliche Mitarbeiter von verschiedenen Universitäten Bagdads umgebracht; an der Universität von Basra; an der Universität von Hilla, dem antiken Babylonien; an der Universität von Kufa in Nayaf; an der Universität von Mosul, der Hauptstadt Ninives; an der von Diwaniya in Qadisiya; an der von Tikrit, der Hauptstadt der Provinz Saladino; an der von Baquba in Diyala; an der von Ramadi, der Hauptstadt der Provinz al-Anbar und Nachbarort Faludschas.

Am auffallendsten aber ist, daß die Mehrheit der ermordeten irakischen Professorinnen und Professoren aus geisteswissenschaftlichen Fachbereichen wie Philologie, Recht, Geographie oder Geschichte sowie von Medizinischen Fakultäten kommt. Damit ist die anfäng-

liche Vermutung, die Ermordeten seien mit der Entwicklung militärischer Programme beschäftigt gewesen, zumindest teilweise ausgeschlossen. Geheimdienste Israels haben nämlich eine lange Tradition von Anschlägen auf arabische Wissenschaftler, die auf sensiblen Gebieten wie der Nuklearphysik oder der Ballistik forschten. Genauso wurde definitiv ausgeschlossen, daß die getöteten Dozenten herausragende Personen der Baath-Partei waren und Repressalien oder Rache nach dem Fall des Regimes von Sadam Hussein vorlagen. Ein Teil der Opfer bestand aus

Organen der Kollaborateure ist. Wiederholt wurde die sogenannte Wolf-Brigade der Polizei als Vollstrecker von selektiven „Todesurteilen“ bezeichnet.

Der britische Journalist Robert Fisk nannte die Vorgänge einen „Krieg gegen das Wissen“. Unabhängig davon, wer die direkten Vollstrecker sind, bedeutet die systematische Ausrottung von irakischen Akademikern und Intellektuellen sowie deren erzwungene Auswanderung einen unerhörten Aderlaß: Die qualifizierte Schicht, die sich um die kulturelle und wissenschaftliche Zukunft in einem freien

Irak: Mehr als 150 Professoren ermordet

Direktoren in Fachdisziplinen und hatte Aufgaben in Universitätsorganen, die nach der Invasion gewählt worden waren, allerdings ohne Anerkennung durch die Besatzungsmächte oder die neuen irakischen Autoritäten.

Außer Israel wird in Irak u. a. das Mullah-Regime Irans als Verantwortlicher für die gezielte Tötung von Akademikern betrachtet: Wahrscheinlich will sich Teheran die strategische Kontrolle über seinen Nachbarn sichern. Nicht minder kommen die Besatzungstruppen selbst und die irakischen „Sicherheitskräfte“, die hauptsächlich aus sektiererischen Elementen und religiösen Milizen gebildet worden sind, für die Gewalttaten in Frage. Insbesondere die Al-Badr-Organisation, der militärische Arm des obersten islamischen Revolutionsrates, der heute auch die vorherrschende Kraft in den neuen

und unabhängigen Irak kümmern könnte, wird Schritt für Schritt eliminiert.

Im November 2004 verbreitete die Internationale Koalition von Akademikern gegen die Besetzung ein Kommuniké, in dem sie ausdrückte, daß Irak trotz der formellen Übertragung der Souveränität an dessen geschäftsführende Regierung weiterhin ein besetztes Land ist. Die USA-Besatzer wurden aufgefordert, den Schutz des Personals der irakischen Universitäten zu garantieren. Mehrere Organisationen, die mit dem internationalen Irak-Tribunal verbunden sind, planen eine Kampagne, um diese gezielten Morde anzuklagen.

Carlos Varea, Spanien, Koordinator der Staatlichen Kampagne gegen die Besetzung und für die Souveränität Iraks (CEOSI)

Übermittelt von Isolda Bohler, Valencia



„Und die beschwerten sich noch über verdammte Ausländer, die ihr Land illegal betreten?“
Aus „The Times“, London

In Zusammenhang mit der Abwahl der reformistischen „Linksregierung“ und der Wahl von Lech Kaczynski zum polnischen Staatspräsidenten wurde die antirussische Einstellung der Herrschenden in Polen nun wieder offizielle Politik und erreichte Ausmaße, die an die Zwischenkriegszeit erinnern lassen. Damals fühlte sich das bürgerlich-gutsherrliche Polen durch das revolutionäre Sowjetrußland bedroht und in seiner Ostexpansion behindert. Heute ist es eher Warschau, das durch seine NATO-Mitgliedschaft eine potentielle Bedrohung jenes Landes darstellt, das fast eine Million Sowjetsoldaten für die Befreiung Polens geopfert hat. Das Rußland Putins stellt für Polen keinerlei Bedrohung dar. Es hat nur eine 200 km lange Grenze zum Kaliningrader Gebiet der Russischen Föderation. Grenzprobleme gibt es nicht, und die außenwirtschaftlichen Beziehungen sind inzwischen erheblich heruntergefahren worden. Weshalb also die überraschenden Äußerungen Kaczynskis, in den Beziehungen zu Rußland eine härtere Gangart einzulegen und die Reste der „Sowjetherrschaft“ in Polen tilgen zu wollen? Hauptsächlich geht es um die Rolle Warschaus in Osteuropa: Jahrzehntlang wurden das bürgerliche wie das sozialistische Polen vom Westen hofiert, überhaupt und seinem großen östlichen Nachbarland gegenüber eine besonders exponierte Stellung einzunehmen. Nach der UdSSR hatte Polen unter den sozialistischen Staaten die meisten Einwohner und das größte Territorium. Das und die latente Schwäche der polnischen Linken sowie die prowestliche Einstellung eines Großteils der Bevölkerung prädestinierten dieses an der Hauptachse zwischen Ost- und Westeuropa gelegene Land dazu. Das kam auch den Ambitionen Polens entgegen, das hier längere Zeit eine dominierende Stellung besaß und vor mehreren hundert Jahren „von Meer zu Meer“ (von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer) reichte. So wurde Zwischenkriegspolen eine potentielle Aufmarschbasis für antisowjetische Kreuzzüge und ein Störenfried bei den Bemühungen um ein System kollektiver Sicherheit in Osteuropa. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das Land vom Imperialismus in einem gewissen Grade und zu bestimmten Zeiten seiner instabilen innenpolitischen Verhältnisse wegen als Trojanisches Pferd gegen die sozialistische Gemeinschaft genutzt werden. Der Westen stellte großzügige Investitionen und andere Hilfe für den Fall der „Wiederherstellung der Freiheit“ in Aussicht und versprach Polen eine herausgehobene Stellung. Dem schenkte man in Warschau ernsthaft Glauben.

Nun ist man dort um so mehr enttäuscht, zumal man allen Ernstes nach wie vor glaubt, „den Kommunismus aus eigener Anstrengung gestürzt“ zu haben: Der Berliner „Mauerfall“, der Umsturz im Osten Europas sowie der Zerfall der Sowjetunion seien allein Lech Wałęsas „Solidarnosc“ zu verdanken, wird behauptet. Bannerträger bei all dem sei der polni-

sche Papst gewesen – sicher keine falsche Einschätzung.

Allerdings gab es im Westen ernstzunehmende Stimmen, die meinten, daß ein Sturz der Sowjetmacht das Ende der osteuropäischen Sonderrolle Polens bedeuten werde: Rußland und nicht Polen sei schließlich der große Partner im Osten, hieß es in Paris. Auch Deutschlands hauptsächlichste Interessen liegen östlich Polens. Ökonomisch wie politisch. Dennoch hätte Warschau gerade aus dieser Konstellation auch erheblichen Nutzen ziehen können. Polens radikaler Bauernführer Andrzej Lepper und der Chefre-

mit einer spektakulären Annäherung an die USA in Osteuropa aufwerten wollten. Damit trafen sie in Washington auf offene Ohren. Polen war hier nicht nur eines der wenigen Länder, wo sich Bush noch ohne Proteste sehen lassen konnte; auf die Russenfeindlichkeit der polnischen Reaktion war Verlaß, eine Karte im Spiel, um proamerikanische Abhängigkeiten – nötigenfalls auch gegen die EU – durchsetzen zu können. Doch verstärkte Waffenkäufe Polens in den USA und die massive militärische Beteiligung der polnischen Armee an der Irak-Aggression riefen bei Deutschen und Franzosen Mißtrauen hervor. Polen

Antirussische Tiraden des neuen polnischen Präsidenten

dakteur der kritischen Wochenschrift „Nie“, Jerzy Urban, hatten wiederholt betont, die ostentative Rußlandfeindlichkeit der neuen Machthaber könne Polen nur Nachteile bringen. Polen würde sich nicht nur durch gute Beziehungen den riesigen russischen Markt öffnen, sondern auch an der „Brückenfunktion“ kräftig verdienen. Der EU-Beitritt Polens – noch dazu unter ungünstigen Bedingungen – ließ diese Chance ungenutzt: Einmal mehr ist man in Warschau auf vollmundige Versprechungen des Westens hereingefallen. Statt kräftig Transit- und Zollgebühren im boomenden Verkehr von und zu Rußland abzukassieren, muß Polen jetzt den teuren EU-Beitrag bezahlen. Auch die versprochenen EU-Fördermittel fließen spärlicher als angenommen. Die Warnungen der EU-Gegner haben sich als zutreffend erwiesen.

Nun sind es Deutschland samt EU-Anhang und – wenngleich mit geringerer Kraft – Rußland, die in diesem Teil Europas das Sagen und zueinander gute Beziehungen haben. Die sind Warschau ein Dorn im Auge. Man fühlt sich übergangen, ja, hintergangen. Man fürchtet einen neuen Geist von Rapallo, die angebliche deutsch-russische Zusammenarbeit gegen Polen. Das erklärt die „antideutschen“ Spitzen im Wahlkampf. Warschau betrachtet mit äußerstem Mißtrauen jede deutsch-russische Abmachung, von der Polen ausgeschlossen bleiben könnte. Der Abschluß des Vertrages über den Bau einer Pipeline zwischen Deutschland und Rußland durch die Ostsee war dabei die Krönung.

Hat der polnische Mohr seine Schuldigkeit getan und nichts gewonnen? Kaczynski sucht nach Wegen, Polens verlorene Sonderrolle zumindest partiell wiederzuerlangen. In den letzten Jahren waren es die regierenden „Linken“, die Warschau

gilt seither als Lakai der Amerikaner im Osten. Insofern nimmt es nun wirklich wieder eine „Sonderrolle“ ein.

Um von der selbst verschuldeten politischen und wirtschaftlichen Misere abzulenken, muß ein Sündenbock her. Dazu soll wieder einmal Rußland dienen. Deshalb werden schrille Töne angeschlagen. Man wirft die antirussische Karte ins Spiel und glaubt, so den größten Teil des polnischen Volkes hinter sich zu bringen. Der Hinweis auf „sowjetische Hinterlassenschaften“ in einem Land, das sich bis 1989 wie kaum ein anderes in Osteuropa gegen die Übernahme sowjetischer Elemente in Wirtschaft, Politik und Kultur gewehrt hat, ist genauso lächerlich wie die Phrase von der „härteren Gangart“. Allein die Polen müssen die Zeche bezahlen, wenn man sich den Ast absägt, auf dem man gerne sitzen würde. Warschau ist nach wie vor auf erhebliche Erdöllieferungen aus Rußland angewiesen, und Moskau hat schon eine Preiserhöhung angekündigt. Die ohnehin angespannte sozialpolitische Lage wird sich dadurch noch verschärfen. Wem man die Schuld geben wird? Natürlich den Russen.

Stefan Warynski

Linker Marsch

Eine gemeinsame Veranstaltung des
Ernst-Busch-Chors Berlin e. V. u. des
Freundeskreises Ernst Busch e. V.

findet am **18. März 2006** –

dem **106. Geburtstag**

des großen proletarischen Sängers
und Schauspielers – **um 15 Uhr** im
Kulturhaus Karlshorst, Treskow-
allee 112 (direkt am S-Bhf.) statt.

Der Eintritt ist frei.

Wieder einmal werden Besitzer eines PCs, die mit „Windows“ arbeiten, durch das Schauermärchen geschockt, bei der Nutzung des Internets hätte man eine „Sicherheitslücke“ entdeckt. Dieses Mal besteht diese angeblich neue Lücke darin, daß jedes beliebige Bild dazu benutzt werden kann, ein Programm zum Ausspionieren gespeicherter Daten (auch „Trojaner“ oder „plug in“ genannt) in den PC zu transportieren. Praktisch sieht das so aus: Auf irgendeiner Internetseite, etwa auch der des „RotFuchs“, ist ein Bild angeboten. Sowie ich dieses „anklicke“, wird nicht nur die weitere Information geöffnet, sondern auch ein

Führungsmittel in einem Kernwaffenkrieg entwickelt, entdeckte man rasch den Nutzen und die Bedeutung für die Kontrolle der weltweiten Kommunikation. Nachdem für militärische Belange ein verbessertes und streng geheimes Internet geschaffen wurde, öffnete man das „www“, das weltweite Netz, und die elektronische Post, E-Mail, der ganzen Welt. Heute „surfen“ etwa 100 Millionen Nutzer dieses Netzes über rund 25 Millionen Anschlüsse täglich auf der „Datenautobahn“ und entblößen sich ungewollt vor US-amerikanischen Lauschposten oder Geheimdiensten. Denn rund 91 % der europäischen Nutzer benutzen die Software

Und E-Mails werden komplett über Filter geleitet und nach bestimmten Worten oder Formulierungen „gerastert“. Für all diese Zwecke genügt das Internet natürlich nicht. Der US-Geheimdienst NSA betreibt bei Darmstadt auf dem ehemaligen August-Euler-Flughafen den deutschen Standort des weltweiten Abhörsystems „Echolon“. Dieses mit Großbritannien gemeinsam betriebene Projekt läßt nichts aus: Überwachung von Regierungen, Industriespionage, Militärspionage, Bespitzelung von Parteien, Organisationen, Privatpersonen und so weiter. Alle wissen es, aber die Ohnmacht ist allgegenwärtig. Denn die USA handeln mit dem erklärten Recht des Stärkeren. Was bleibt? Die Bundesregierung hat begonnen, das Betriebssystem Windows auf ihren PCs durch das LINUX-System zu ersetzen, um sich vor ihrem Hauptverbündeten zu schützen. Ich nutze meinen PC und füttere ihn mit allem, was ich (noch) nicht verbergen muß: Mit meiner Weltanschauung und meinen Überzeugungen. Geheimnummern, Bankverbindungen und ähnlich persönliche Dinge behalte ich abhörsicher im Kopf. Und der Netzstecker bleibt wie der Telefonstecker immer draußen, wenn ich die Leitung nicht benötige. „Fensterln“ auf US-amerikanisch muß man ja nicht unterstützen. In der Gewissheit, daß auch dieser Text seine Raster findet ...

Richard Georg Richter

Mister Gates und die „Sicherheitslücken“ im Internet

darin verstecktes Spionageprogramm aktiviert. Das „Verstecken“ übernehmen automatisierte Programme, die entweder besonders häufig genutzte Seiten auswählen, oder aber auf bestimmte Nutzer sensibilisiert sind. Beispielsweise auf Seiten für Linke oder für Kritiker der Politik der USA. Und schwer ist das Verstecken nicht. Ein durchschnittliches Bild besteht aus gut eintausend Druckseiten digitaler Informationen, die zu übertragen sind. Da ist ein kleines Trojanerprogramm leicht einzufügen und nicht so einfach herauszufiltern.

Aber warum kann es überhaupt hinein? Microsoft, der marktbeherrschende Konzernriese des Multimilliardärs Bill Gates, steht schon lange im Verdacht, mehr zu sein als ein bloßer Softwaregigant. Computerfreaks wie Verschwörungstheoretiker sind seit Jahren überzeugt, daß das Betriebssystem „Windows“ mehr kann und tut, als seinen Nutzern lieb sein dürfte. Zum Beispiel ständig „nach Hause“ zu telefonieren. Das soll heißen, private und andere PCs senden ihre Daten an Microsoft. Ein Indiz dafür ist, daß sich Virens Scanner oder auch das Schließen der Sicherheitslücke bei „Windows XP“ nun automatisch updaten. Microsoft erkennt also den Zustand jedes PCs weltweit, wenn er mit dieser Software arbeitet. Bill Gates dementiert, sein System expandiert und wird perfektioniert.

Um aber PCs auszuforschen, braucht man „Eingänge“, Lücken im System eben. Die eingangs genannte war seit 16 Jahren bekannt, wurde erst 2005 öffentlich und innerhalb vier Tagen – das ist Rekordzeit – geschlossen. Man fühlte sich offensichtlich ertappt und vermied eine breite Diskussion. Es ist ja alles wieder ok. Oder doch nicht?

Nichts ist so offen wie das Internet. Einst für die US-Streitkräfte als elektronisches

von Microsoft oder Netscape. Fast alle Browser sind von den USA kontrolliert und bieten dem elektronikgestützten Geheimdienst NSA Zugang. Bildlich gesehen: In jeder Datenleitung befindet sich ein Fangnetz für interessierende und zufällige Informationen. Und es läßt sich alles Gewünschte „herausfischen“. Da auch die Software zur Verschlüsselung aus Firmen kommt, die mit der NSA verbunden sind, bilden Codes, Paßwörter usw. kein Hindernis.

Wissen ist Macht. Das ist so neu nicht. Heute kann man aber mit dem Wissen der Welt und über das Internet die Welt beherrschen und regieren. Davon ist zumindest die derzeitige US-Administration überzeugt. Immerhin ermöglicht die vorhandene Technik den Vereinigten Staaten, bei Bedarf alle Internetadressen zu sperren, die Telefon- und Handynetze zu kapern und damit die weltweite Kommunikation auszuschalten. Beispielsweise genügte den USA im Jahr 2005 die Vermutung, der größte somalische Internetanbieter „arbeite mit den Terroristen der El Kaida zusammen“, um alle Telefonleitungen nach Somalia zu unterbrechen. Das Land war zeitweise auf Grund eines „Irrtums“ von der Welt abgeschnitten.

Heute ist es möglich, wenn nur der Netzstecker des ausgeschalteten PCs in der Steckdose ist, alle Informationen der Speicher zu kopieren oder zu lesen. Wer glaubt, es gäbe so etwas wie „sicheres Internetbanking“ oder wirksame Verschlüsselungen, dem ist nicht zu helfen. Sensible Daten, Geheimnummern, Kontoverbindungen und ähnliches sind im Internet abrufbar. Beispielsweise durch einen „Trojaner“, der die Tastenbewegungen am PC kopiert, bei Bedarf im Hintergrund ablaufen läßt und so jede Sicherung überwindet. Telefon, Handy und Funkverkehr sind noch problemloser zu belauschen.

Literatur zu Konrad Wolf

Im Oktober-„RotFuchs“ hatte sich der Filmpublizist Heinrich Gebauer mit einer Anfang 2005 im Aufbau-Verlag erschienenen Anti-Konrad-Wolf-Biographie beschäftigt („Konrad Wolf im Visier“, RF 93, S. 28). Ergänzend dazu möchten wir auf einige Publikationen hinweisen, die Filmfreunden eine wirkliche Annäherung an den Kommunisten, Filmregisseur und Zeitgenossen Konrad Wolf und sein Schaffen ermöglichen. (Auch der 1977 gedrehte Dokumentarfilm von Gitta Nickel über Wolf ist wieder zugänglich.)

L. Kasjanowa / A. Karawaschkin: *Begegnungen mit Regisseuren. Henschel, Berlin 1974, S. 129–186 [Konrad Wolf]*

Film und Fernsehen, Nr. 10/1982 [Sonderheft, herausgegeben aus Anlaß des Todes Konrad Wolfs], Henschel, Berlin 1982, 80 S., zahlreiche Abbildungen

Rolf Richter: *Konrad Wolf, Geschichte und Gegenwart. In: DEFA-Spielfilm-Regisseure und ihre Kritiker. Henschel, Berlin 1983, S. 250–287, 13 Abbildungen*

Konrad Wolf im Dialog. Künste und Politik. Dietz, Berlin 1985, 516 S.,

Konrad Wolf. Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente. Henschel, Berlin 1985, 272 S., 468 Fotos, Großformat

Konrad Wolf: Direkt in Kopf und Herz. Aufzeichnungen, Reden, Interviews. Henschel, Berlin 1989, 400 S., Abb. auf Tafeln

me.

Seit einigen Jahren gibt es eine Differenzierung bei den Aussagen über die DDR. Man versucht, tiefer in die Psyche einzudringen. Es ist sichtlich schwerer geworden, den Ostdeutschen eine Meinung aufzudrängen, die den Lebenserfahrungen einstiger DDR-Bürger widerspricht. Es reicht also nicht, propagandistisch zu wirken, man muß auch Institutionen schaffen, die scheinbar an die DDR erinnern, in Wirklichkeit diese aber diffamieren. Ein solches Beispiel ist die Gründung des „DEFA-Museums“. Es ist unleugbar, daß die DEFA hervorragende Filme drehte, die weltweit gezeigt wurden. Mit der Leitung dieses Museums wurden indes Leute beauftragt, die gar kein Interesse an der Vergangenheit und an der Erinnerung an unsere Filmschaffenden haben.

Besonders auffällig war dies 2005, dem Jahr des Gedenkens an Konrad Wolf. Er drehte Filme wie „Sterne“, „Lissy“, „Der geteilte Himmel“ und „Ich war 19“. Für die Leiter des DEFA-Museums ist Wolf keine Persönlichkeit, die es zu würdigen gilt. Begründung: Er habe nur „im Interesse der Partei“ Regie geführt. Es ist natürlich wahr: Die SED konnte bei der Bewältigung des Faschismus vor allem von Künstlern Unterstützung erwarten, die mit dem Machtantritt Hitlers Deutschland verlassen mußten. Für die Zeit der Emigration bestand für diese Schriftsteller und Theaterleute keine Verbindung zur Sprachheimat. Sie mußten entweder in der Ferne eine fremde Sprache so lernen, daß diese in ihren Nuancen und Feinheiten verstanden wurde, oder allein für die Zukunft schreiben. Da Kunst fast immer die Fragen der Gegenwart aufgreift, bedeutete dies die Orientierung auf ein künftiges antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Autoren wie Brecht, Feuchtwanger, Seghers, Arnold Zweig, Viertel, Becher oder Gerhard Eisler mußten also für einen Neuanfang arbeiten.

Brecht stellte 1948 unter den Arbeitern eine unglaubliche Lethargie fest, da die meisten aus der Trümmerlandschaft keinen Ausweg sahen. Vom revolutionären Schwung der zwanziger Jahre war nicht viel übriggeblieben. Die Grundposition, sich unbedingt aus der Politik herauszuhalten, hatte zwar ihre Gründe; da sich die Gesellschaft aber verändern mußte, um eine Wiederholung von Kriegen auszuschließen, ging ohne die Aktivität des Volkes gar nichts. Die Übereinstimmung der Ziele der SED und der Auffassungen etlicher Künstler, die ins westliche Ausland oder in die Sowjetunion emigriert waren, lag auf der Hand. Wenn Wolf in „Lissy“ Widersprüche im Denken und Fühlen von Menschen aus der Arbeiterklasse herausstellte, die den Lügen der Faschisten glaubten, die bequemer leben und das Elend der Erwerbslosigkeit vergessen wollten, so war das keine Propaganda für die SED, sondern die Gestaltung der historischen Wahrheit. Wie beeindruckte uns damals Friedrich Wolfs Drama „Professor Mamlock“, das sein Sohn Konrad verfilmte. Immer wenn ich es im Unterricht behandelte, sah ich Bilder aus dem Film vor

meinem geistigen Auge. Er verdeutlichte, wie deutsche Intellektuelle um 1933 nicht die Gefahr des Faschismus begriffen. Der jüdische Arzt eines Krankenhauses hoffte nur, daß endlich die Schlägereien zwischen Kommunisten und Faschisten beendet würden. Erst das eigene Erleben brauner Brutalität ließ ihn zu Erkenntnissen kommen, die er lange nicht hatte wahrhaben wollen.

Die Verleugnung der Arbeiten Konrad Wolfs im Jahre 2005 oder dessen Diffamierung dienen allein dem Ziel, politisch Andersdenkende aus dem Gedächtnis zu streichen. Nur wir Älteren wissen um die wahren Verdienste solcher Künstler. Die jungen Menschen erfahren in den Schulen der BRD kaum etwas darüber. Nur ein einziger Fernsehsender würdigte Konrad Wolf. Überwiegend werden Morddarstellungen oder Streifen gezeigt,

schen Kreidekreis“ darstellte. Man wirft ihm vor, er beurteile die Gesellschaft einseitig und ergreife Partei für die Kommunisten. Es stimmt jedoch nicht, daß er in der DDR zum gehorsamen „Staatsdichter“ wurde; dazu war er viel zu kritisch und zu eckig. Brecht stand immer zu seiner Auffassung, daß das Theater verändert werden müsse, um die Zuschauer in den Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung einzubeziehen. Es ist also aus der Sicht der heute Regierenden durchaus verständlich, derartige Schriftsteller totzuschweigen.

Im Umgang mit lebenden Autoren, die in der DDR bekannt wurden, erweist sich die Kulturpolitik der BRD als sehr einseitig. Wer von ihnen sich selbst treu bleibt und weiterhin schreibt, wird vom Literaturpapst als Ewiggestriger bezeichnet. Man kann auch den potentiellen Leser

Wenn Literaten „für die Zukunft“ schreiben

die Illusionen über ein Glück mit Reichen, mit Prominenten oder in irgendeiner Idylle wecken. Wirklich bedeutende Kunst drängt man in aller Regel an den Rand.

Bertolt Brecht emigrierte über die Schweiz, Dänemark, Schweden und Finnland im Glauben in die USA, daß seine Werke an dortigen Theatern gespielt würden. Wer als deutscher Autor in den beliebten Formen der Psychologisierung von Handlungen schrieb und so die Welt erscheinen ließ, als sei diese unveränderlich, hatte auch als Emigrant Erfolg. Mancher, der in der Weimarer Republik noch links stand, wandelte deshalb seine Haltung, wenn er es in den Staaten zu etwas bringen wollte. Wer aber wie Brecht auf die umgestaltende Kraft der Arbeiter setzte, hatte bei den Filmgesellschaften in Hollywood keine Chance. Dafür durfte er aber mit Bespitzelung durch das FBI rechnen. Die Ausschüsse zur Ahndung „unamerikanischen Verhaltens“ überprüften alle Emigranten, und so mancher mußte für das Verkünden der Wahrheit hohe Geldstrafen bezahlen oder gar ins Gefängnis gehen. Das verschweigen die Nachfahren McCarthys.

In den Schulen der BRD wird Brecht boykottiert, man liest höchstens eines seiner Gedichte oder den „Augsburger Kreidekreis“, der die Vorarbeit für den „Kaukasi-

beeinflussen, indem man behauptet, in den entsprechenden Werken gäbe es keine Spannung oder keine wirklichen Konflikte, alles wäre zu breitgetreten usw. Da sich die Mehrheit der Menschen in der BRD an sogenannten Bestsellerlisten orientiert, besteht von vorneherein ein niedriges Niveau der Literaturaneignung. Es ist z. B. auffällig, daß man von Christa Wolf, die vor 1989 in Ost und West Ansehen genoß, jetzt immer weniger hört.

Wäre es nicht angebracht, die antifaschistische und demokratische Grundhaltung der DDR-Kunst ins so viel gepriesene „vereinte Deutschland“ einzubringen? Ist es nicht bedenklich, daß sich einige frühere DDR-Autoren inzwischen umgestellt haben, um gedruckt und gelesen zu werden?

Schließen wir den Kreis. Auch während der Emigrationsjahre gab es deutsche Autoren, die wissentlich und gewollt nur „für die Zukunft“ schrieben, obwohl sie nicht wußten, wie sie ihren täglichen Lebensunterhalt bestreiten sollten. Sie hatten erkannt, daß Kunst immer ein Teil der Gesellschaft ist, wobei es sich fragt, ob heutige Schriftsteller und Theaterleute bereit sind, auch gegen den Strom zu schwimmen, wie das für Brecht so typisch war.

Robert Leßig

Da stürzt sich nun, wer kann, auf Mozart, diesen weltberühmten Jubilar, der bereits vor seinem 250. Geburtstag am 27. Januar auf mehr als 20 000 Titel blicken könnte, die über ihn veröffentlicht worden sind. Hunderte von neuen Büchern sind allein im Jubiläumsjahr zusätzlich erschienen. Doch nicht nur die Buch- und Musikverlage hoffen auf ein gutes Geschäft. Seine Geburtsstadt Salzburg, was die neueren Biografen durchgängig bestätigen, hat Mozart gehaßt, dennoch wirbt die Stadtverwaltung zugunsten der Hoteliers jetzt mit ihrem „Genius loci“, dem sie liebevoll zwei Mozart-Denkmäler, eines am Mozartplatz und eines am Kapuzinerberg, errichtete.

Die Salzburger Festspiele werden vom 24. Juli bis 31. August alle 22 Opern und sonstigen Bühnenwerke Mozarts zur Auf-führung bringen. Auch Wien will 30 Millionen Euro für Mozart-Events ausgeben. London, Paris, Augsburg oder Berlin, wo Mozart musizierte, komponierte und sich amüsierte, kämpfen ebenfalls um Touristenströme, die Betten und Restaurants füllen sollen.

Im Berliner Hotel „Luisenhof“ zwingt man Mozart sogar ans „Trapez“, an dem Variété-Künstler Episoden aus seinem Leben, begleitet vom Kammerorchester Berlin, akrobatisch darstellen wollen. Natürlich gibt es auch die marzipangefüllten Mozartkugeln, einmal die „echten“ und dann die von Aldi, und endlich auch den „Mozartschrank“, natürlich im „Designer-Entwurf“. Besonderer Marketingpiff seines Herstellers: Es gibt diesen Glasschrank, entsprechend den Mozart-Werken im Köchelverzeichnis, nur in limitierter Auflage, also 626mal. Briefmarken in Österreich und Deutschland dürfen bei dieser Show natürlich nicht fehlen. Aber auch selbst die Äpfel aus der Steiermark sollen mit Mozart schneller ihre Käufer finden. „Mit Mozart sind wir auf der richtigen Spur,“ dozierte der Vorsitzende der Obstpartner Steiermark (OPST), Gerhard Meixner, „mit dieser Premium-Marke können wir insbesondere in Italien, Spanien, Griechenland, Deutschland, aber auch in Österreich Nischenmärkte bedienen.“ OPST-Geschäftsführer Manfred Stessel: „Unser Ziel ist es, fünf bis zehn Prozent der steirischen Ernte als Premium-Qualität auf den Markt zu bringen. Um Premium-Äpfel der Marke Mozart zu produzieren, werden höchste Anforderungen gestellt. Sie müssen eine bestimmte Größe, Farbe, Festigkeit und ein ausgewogenes Zucker-Säure-Verhältnis haben.“ Mozart ist zu einer Marke auf dem banalen Warenmarkt von cleveren Marketingstrategen entfremdet worden. Er wurde zu einem Gütesiegel. Mit „Mozart-Technik der Schärfe“ wurde die Solinger Metallfirma „Steinbrück & Drucks GmbH“ so bekannt, daß man sich am 1. September 2000 entschloß, die Marke „Mozart“ für die neu gegründete Aktiengesellschaft „Mozart AG“ zu benutzen.

Ob für Rasierklinge, Stahlschneider, Apfel, Schrank, Praline, Hotelbett oder für den Börsengang, Mozarts Name bürgt für Umsatz, Seriosität und hohe Renditen. Die meisten der neuen Bücher über Mo-



Engagements für die Freimaurerei richtig einzuordnen versteht. Dennoch bleiben sie an Klarheit in ihren Aussagen über die ideologische Triebfeder des Komponisten hinter Adorno zurück.

Mozart lernte seinen Librettisten in der Freimaurerloge kennen, jenem Bund, in dem sich seinerzeit die revolutionären Geister trafen. Der Monarch, Joseph II., der sogar Lessing für sein Schauspielhaus verpflichten wollte, was seine Mutter, Maria Theresia, allerdings zu verhindern wußte, akzeptierte einen in Frankreich von Ludwig XVI. verbotenen Text von Beaumarchais für die Oper „Figaros Hochzeit“. Am 1. Mai 1786 wurde diese in Wien uraufgeführt, was später viele als „vorgezogene Französische Revolution“ bewerteten. In ihr erfährt Figaro von seiner künftigen Frau Susanna, daß der Graf, dem beide zu Diensten stehen, von ihr das „Recht auf die erste Nacht“ fordert. Figaro

Wie die Bourgeoisie den Rebellen Mozart vermarktet

zart unterstützen leider diesen Tauschwertcharakter des genialen Humanisten. Dabei steuert Mozarts Musik, wie Adorno schreibt, von sich aus nicht „die marktgängigen Emotionen bei noch verhält sie durch Pomp, Macht und rhythmische Befehlsgewalt den Konsumenten zu jener Art von Gehorsam, die er sich wünscht. Trotzdem hat Salzburg seinen Touristenwert. Mozart wird durch mehrfache Fälschungen adaptiert. Zunächst datiert man ihn zurück ins Rokoko, das er gerade sprengt. Es ist ein Rokoko, das von den Pralinéschachteln auf stilisierte Cembaloeweiber mit Haarknoten, Kerzenlicht und Silhouette heruntergekommen ist. Das Mozartsche Menuett war wenig mehr als das gemalte Band, das die Menschen Figaro, Cherubino, Susanne und Zerlina an die Konvention der Epoche knüpfte. Heute wird Mozart manipuliert, als wäre er der Erfinder des Menuetts. Zur Transvestition des Humanisten ins Stilkleid hilft aber gerade sein subjektiver Gehalt. Die aufatmend beseelte Stimme wird zur zierlichen Klage ums ancien régime umgelogen. Das Espresso der Wertherdekade erscheint als sentimentale Reflexion der Barbarei auf formvolle Vergangenheit.“

An Adornos Fähigkeit, Mozart historisch zu begreifen und zu analysieren, reicht keine der jetzigen Neuerscheinungen heran. Zwar gelingt es Paul Barz in seiner unterhaltsamen Schilderung und auch Volkmar Braunbehrens in seinem sehr schön illustrierten Buch, Mozart als Humanisten zu beschreiben, dessen Schaffenskraft eigentlich nur begriffen werden kann, wenn man die Bedeutung seines

ersinnt nun ein tolles Verwirrspiel, das mit der Liedzeile: „Will der Herr Graf ein Tänzchen wagen, so mag er's sagen! Ich spiel ihm auf“, satirisch eingeleitet wird. Das einfache Volk, in Gestalt des Dieners Figaro, zeigt sich als schlauer, dabei aber stets menschlicher Gegenspieler des Aristokraten.

Mozart war sicher ein gläubiger, aber freimütiger Katholik. Die Maurerische Lehre der Humanität war für ihn kein Widerspruch zum Katholizismus, sondern eine Erweiterung des Anwendungsgebiets des christlichen Ethos vom engen Kreis der Gläubigen auf die ganze Menschheit. Volkmar Braunbehrens schreibt, Mozart sei ein „nüchtern und aufgeklärt denkender Mensch“ gewesen. Modebewußtsein habe keine Rolle gespielt, als er der Loge beigetreten sei. „Denn gerade als nach dem Freimaurerpatent Josephs II. die Logenzugehörigkeit politisch eher verdächtig war und die Logen schließlich von der Geheimpolizei überwacht wurden, hat sich Mozart besonders deutlich auch in der Öffentlichkeit als Freimaurer bekannt, obschon er daraus eher Nachteile befürchten mußte.“ Mozart wurde am 14. Dezember 1784 aus Überzeugung Freimaurer. Wie sonst hätte er Lieder und Kantaten komponieren können, die den Geist und die Aufgabe der Logenbrüder so glanzvoll huldigten, wenn er nicht die Botschaft der damaligen Freimaurer in sich aufgesogen hätte. Nur aus großartigem Talent kann Kunst nicht gedeihen. „Reicht euch der ew'gen Freundschaft Bruderhand“, heißt es in einem dieser Texte.

Jürgen Meier

**Leserbriefe an
RotFuchs**



Irritation, lasen wir, hätte ausgelöst, was die fünf EU-Abgeordneten der Linkspartei.PDS mit Ihrer Zustimmung bzw. Stimmenthaltung bei vielen Freunden der kubanischen Revolution hervorgerufen hätten. Irritation? Bei Helmut Markov trifft dies bei mir noch einigermaßen zu, bei Herrn Brie und Frau Kaufmann indes bin ich weder irritiert noch verwundert. Es ist konsequent, was sie da taten, im Wissen um Ursachen, Folgen und dies beabsichtigend. Kein Ausrutscher, keine geistige Verirrung: Absicht.

Verrat ist für ihr Verhalten das einzig richtige Wort. Wer in dieser konkreten Situation, die gekennzeichnet ist durch immer massivere Attacken des Imperiums gegen Kuba, Venezuela und jetzt auch Bolivien, einem feindlichen und bewußt provokatorischen Antrag zustimmt, der das Ziel hat, eine auch nur einigermaßen erträgliche Normalität zwischen EU und Kuba zu blockieren, der begeht Verrat an der Solidarität und auch und gerade an den Menschenrechten. Bisky schweigt, lese ich. Auch nichts Neues, wenn es um brisante Fragen geht. Nein, unsere Enttäuschung hält sich in Grenzen. Unsere Freude über die Gegenstimmen anderer Abgeordneter der Linken allerdings nicht. Unserer Freude über die Entwicklung des latein-amerikanischen Subkontinents sollten wir durch verstärkte Unterstützung Ausdruck verleihen. Wir bleiben dran! Freiheit für die kubanischen Helden! Venceremos juntos!

**Michael und Dorothea Gressmann,
Falkensee**

Mit meinen gerade mal 18 Jahren bin ich glücklich, in dem ganzen Haufen von Medien, die entweder nur Propaganda machen oder uns gezielt desinformieren und verdummen, wenigstens eine Zeitschrift gefunden zu haben, die sich davon abhebt und kein Blatt vor den Mund nimmt. Dafür danke ich Euch, da Ihr die Mühe auf Euch nehmt, um Lesern wie mir in dieser Einöde jeden Monat die Wahrheit näher zu bringen, was wirklich passiert und passiert ist.

„Du bist Deutschland“ ... So heißt sie. Die Mutmacher-Kampagne, die im Juni startete und ein „Brutto-Mediavolumen“ von 30 Millionen Euro hat und von denen hier in Auftrag gegeben wurde. Und weil ich das genau so panne und zynisch finde, beginne ich jetzt eine Unutmacher-Kampagne, die den folgenden Titel trägt. „Ihr seid Deutschland.“ Ihr, die Ihr mit Slogans wie „Geiz ist geil“ oder „Laß dich nicht verarschen!“ dafür sorgt, daß Raffgier, Egoismus und Übervorteilung anderer die tonangebenden deutschen Tugenden geworden sind. Ihr, die Ihr mit politischer und wirtschaftlicher Unterstützung den Deutschen die staatliche Rente aus- und die Altersversorgung mittels inzwischen komplett wertloser Aktien eingeredet, ach was, versprochen habt. Ihr, die Ihr die junge deutsche Generation als „Raubkopierer“ und „Graffiti-Verbrecher“ kriminalisiert, noch bevor ihre Mitglieder zum ersten Mal auch nur versucht haben, einen Job zu finden. Ihr, die Ihr zu der Hälfte Deutschlands gehört, die 96,3 Prozent des gesamten deutschen Privatvermögens besitzt, während sich die andere Hälfte mit den restlichen 3,7 Prozent begnügt. Ihr, die Ihr den Schwimmbädern, Schulen, Kitas, Sozial- und Jugendeinrichtungen die Gelder streicht oder sie einfach verkauft oder schießt, um Euch gleichzeitig andauernd über PISA zu wundern. Ihr, die Ihr bei besserem Wissen so tut, als könntet Ihr die Arbeitslosenzahlen verringern. Ihr, die Ihr längst eine andere Sprache sprecht als die, zu denen Ihr redet. Ihr, die ihr uns erklären wollt, was wir sind, um Euer Image aufzupolieren. Ihr seid Deutschland! Also räumt den Saustall endlich auf!!! ... und hört auf, mich dauernd zu duzen!

Kevin Silbstedt, E-Mail

Der Koalitionsvertrag ist in Kraft. Sein Hauptinhalt ist Sparen, Sparen, Sparen.. Die Steuern müssen so verteilt werden, daß man am Ende Milliarden einspart. Das bedeutet Kürzungen auf allen Gebieten, vor allem bei Gesundheit, Bildung, Renten u.s.w.

Wie hat es bloß die marode DDR geschafft, die Ausgaben in diesen Bereichen nicht zu senken, sondern systematisch zu erhöhen? Ich habe keine Zuzahlung bei Arzneimitteln geleistet und auch keine Rentensenkung erlebt.

Aber es gibt eine Lösung. Sie wird versteckt im Informationsheft zur Politischen Bildung Nr. 288/05, Seite 17 genannt. Dort erfolgt ein Vergleich der Steuersysteme BRD/DDR. Es heißt: „Die DDR knüpfte nicht an die alten Finanztraditionen an, wie es die BRD tat. Ein Großteil der Produktionsmittel war Staatseigentum. ... Haupteinnahmequelle des Haushalts waren die Abgaben der sogenannten VEB, der Volkseigenen Betriebe. Steuern der Bevölkerung und privater Betriebe spielten im Vergleich dazu kaum eine Rolle. Finanzämter gab es in der DDR bereits seit 1952 nicht mehr. (Arbeitsämter, nebenbei gesagt, auch nicht!) Die „sogenannten“ VEB brachten also den Hauptteil des Haushalts. Da haben wir doch die Lösung für die chronische Finanzmisere der Bundesrepublik!

Welcher Staat marode war und ist, überlasse ich dem Leser. **Dr. Martin Dressel, Berlin**

Während eines plötzlich nötigen Klinikaufenthalts fiel mir neben der Bibel, die ich oft benutze, auch ein blaues Büchlein in die Hände, in dem Bibelsprüche als „Losungen“ für jeden Tag und das Jahr 2006 angeboten werden. (Die Losungen 2006. Gottes Wort für jeden Tag in 50 Sprachen. 276. Ausgabe, Herrnhut und Bad Boll 2005) Die „Losung des Jahres“ lautet: Gott Jahwe verspricht Josua, dem Nachfolger Moses, vor dem Einzug ins gelobte Land Kanaan: „Ich lasse dich nicht fallen und verlasse dich nicht.“ (Buch Josua, Kapitel I, Vers 5) Wissen diejenigen, die die Losung drucken ließen, was sie taten? Und wenn sie es als Theologen nicht wußten, warum haben sie nicht im Buch Gerd Lüdemanns „Das Unheilige in der Heiligen Schrift. Die dunklen Seiten der Bibel“ (3. Auflage 2004) nachgesehen? Was würden sie spätestens dort finden? Zunächst den biblischen Kontext. Im Josuabuch befiehlt Gott die Vernichtung der Urbewohner Kanaans. Deren Anfang macht die Zerstörung Jerichos, beschrieben im Kapitel 6 Vers 21: „Sie vollstreckten den Bann an allem, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwerts, an Mann und Frau, jung und alt, Rindern, Schafen und Eseln.“ Andere Städte folgten derselben Orgie der Ausrottung. Bei diesen Greueln und „Säuberungen“ läßt Jahwe Josua nicht fallen und verläßt ihn nicht. In dieser Geschichte nahm menschliche Grausamkeit, wie Ernest Renan befand, die Form eines Paktes mit der Göttlichkeit an: Man weihte eine Stadt oder ein Land der Vernichtung und glaubte Gott zu beleidigen, wenn man den fürchterlichen Eid bricht. (Un-)Menschliches Handeln wird durch Gottes Befehl „legitimiert.“ So weit der biblische Kontext.

Hinzu kommt: Neue Forschungsergebnisse beweisen, daß die Eroberung Kanaans nicht in geschichtlichen Tatsachen begründet ist. Der Text ist erst mehr als 500 Jahre später durch Theologen im babylonischen Exil erfunden worden.

Für unsereinen ist jedoch nicht so bedeutsam, ob das Erzählte Geschehenes oder Erfindung ist. Wichtiger ist, in welchem politischem Kontext die Jahreslosung 2006 steht. Der Bann hat einen erschreckend grundsätzlichen Charakter. Gott läßt seine Werkzeuge nicht fallen und verläßt sie nicht. Dürfen sich die Bush und Co. auch darauf berufen?

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Die Studie des Genossen Majorow über die ungarische Konterrevolution des Jahres 1956 las ich (seitdem auch bereits den 2. Teil) im „RotFuchs“. In vieler Hinsicht bin ich gezwungen, seine Meinung zu teilen. Bei uns war die Linke immer schwach; die 19er Räterepublik hinterließ überwiegend negative Spuren im Bewußtsein der Bevölkerung, in erster Linie wegen des physischen und ideologischen Terrors des Horthy-Faschismus, aber auch deshalb, weil sich Horthy dank Hitler den Titel „Vergro-

berer des Landes“ verschaffte; weil das im März 1938 verkündete Aufrüstungsprogramm die Arbeitslosigkeit aufhob; weil das Klein- und Mittelbürgertum aus den Judengesetzen Nutzen zog, einen (An-)Teil aus dem enteigneten Vermögen erhielt. All das begünstigte, daß faschistische Ideologien tiefe Wurzeln schlugen. Während der Kriegszeit gab es in Ungarn kaum eine Partisanenbewegung, sie blieb auf die Tätigkeit einiger dürrtiger und isolierter Gruppen beschränkt. Die Linke organisierte auch nicht den entstehenden („vorbereitenden“) bewaffneten Widerstand, sondern einstige oder aktive Horthy-Offiziere, es gab unter ihnen auch extrem Rechte. (Die Gestapo liquidierte schließlich die Organisation durch einen eingebauten Spitzel, noch bevor der Kampf begonnen hatte.) Die eingeleitete Sowjet- und Kommunistenegnerschaft blieb nach der Befreiung bestehen, teilweise erstarkte sie auch noch. Obgleich die Bodenreform durch die Forderung der Kommunistischen Partei verwirklicht wurde und hauptsächlich Kommunisten die Landaufteiler waren, siegte bei den Parlamentswahlen die rechte Partei der kleinen Landwirte mit absoluter Mehrheit. Eigentlich brachten nur die Anwesenheit der sowjetischen Armee und (im äußersten Falle) ihr offenes Eingreifen die Wende. Diesen Negativa zum Trotz begann eine überwältigende Entwicklung, durch die Kommunistische Partei und die Arbeit ihrer erstarkenden Mitgliedschaft. Dieser nicht selten heldenhafte Schwung brach infolge der westlichen Weltkriegsdrohung ab, als die zwangsweise Umgruppierung der wirtschaftlichen Kraftquellen nach den Bedürfnissen der Rüstung begann. (...) Aber nicht dies verursachte den äußersten Bruch, sondern der Angriff des sowjetischen Revisionismus. (...)

Im Juni 1953 ließ die sowjetische Parteiführung die ungarischen Führer zu sich kommen (auch Imre Nagy), und in einem früher nie angewendeten unqualifizierbaren Ton wies sie sie zur Ernennung von Imre Nagy zum Ministerpräsidenten an. Die Sitzung leitete Berija in einem äußerst rohen Stil. (Es geschah ungefähr das gleiche wie mit der Delegation der DDR.) Die auf solche Weise vorbereitete Konterrevolution half direkt eine andere, offen revisionistische Einmischung zu entfesseln: die Ablösung von Rakosi. Diese ordnete der in Budapest eingetroffene Mikojan am 13. Juli 1956 an, mit großer Wahrscheinlichkeit auf Forderung von Tito. (Imre Nagy war übrigens Berijas Agent.)

Aus einem Brief von **Dr. Ervin Rozsnyai, Budapest,** an Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

In der Ausgabe Nr. 96 habe ich mit großem Interesse den Beitrag „Wer ermordete Rosa?“ meines Kollegen Erich Buchholz gelesen.

Anzumerken hierzu wäre noch, daß sich zehn Jahre nach der Ermordung von Karl und Rosa im Rahmen eines Strafverfahrens gegen einen Journalisten wegen des Vorwurfs der Beleidigung und üblen Nachrede in dessen Hauptverhandlung erwies, daß der ehemals mit der Untersuchung befaßte Ermittlungsrichter und nunmehrige Reichsanwalt Jorns die Mörder begünstigt hatte.

Der Journalist Bornstein mußte freigesprochen werden, da sich seine Behauptungen in einer Berliner Wochenzeitschrift zu Jorns letztlich bestätigten. Die hiergegen von Jorns eingelegte Berufung führte nur zur Bestätigung des Freispruchs. Das Reichsgericht allerdings hob das Urteil auf und verwies die Sache mit der Anweisung, Bornstein zu verurteilen, an das Berliner Landgericht zurück. Dieses folgte prompt dem Begehren. Das hiergegen eingelegte Rechtsmittel von Bornstein wurde verworfen. Die Wahrheit läßt sich dadurch nicht aufhalten. Die Namen der Mordverdächtigen waren übrigens von Anfang an bekannt. Einer von ihnen – Waldemar Pabst – starb 1970 in der damaligen Bundesrepublik völlig unbehelligt.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Ich habe gerade meine roten Nelken zum Gedenken an Rosa und Karl und natürlich auch der anderen Kämpfer niedergelegt. Auch an Walter Ulbricht. Dabei trug ich übrigens an meinem Hut ein großes „RotFuchs“-Symbol. Nur gut, daß es diese Zeitschrift gibt. Auch das ND befaßte sich mit dem Jahrestag. Auf seinen Inhalt wurde aller-

dings weniger eingegangen als auf die Sanierung der Gedenkstätte. Wichtiger erscheint dem ND (14./15. Januar) offensichtlich die Geschichtsverklärung: „Ulbricht und die Gleichgesinnten“. Eigentlich fehlt nur noch die Forderung, Walter Ulbrichts Grab aus der Gedenkstätte der Sozialisten zu entfernen. Ich glaube, daß die „Sozialistische Tageszeitung“ längst im bundesdeutschen Blätterwald angekommen wäre, würde es nicht auch noch aufmunternde und ehrliche Artikel – besonders Leserbriefe – geben. Prokop preist in dem erwähnten Artikel sein Buch an. Nur wenige Hinweise: Die DDR habe 1956 „am Scheideweg zu einem menschlichen Sozialismus“ gestanden. In jenem Jahr habe „eine ungarische Revolution“ – keine Konterrevolution – stattgefunden. Ich erinnere mich noch der Bilder von Budapest Straßenleuchten mit aufgehängten Kommunisten! Natürlich gibt es bei Prokop auch kein sozialistisches Lager, sondern nur den „Ostblock“. Oder auch das „friedliebende Israel, das sich von den andauernden palästinensischen Angriffen und der arabischen Umklammerung befreien wollte“, als es durch Ägypten angegriffen wurde. 1953 habe es in der DDR eine „Arbeiterrebellion“ gegeben. Im Zusammenhang mit der Lage 1954/55 in Deutschland sei es „übrigens auch zum Verbot der KPD in der Bundesrepublik gekommen“. Es kam? Wer waren denn hier die Akteure, die es dazu kommen ließen? Die Auswahl mag genügen. Der Beitrag des ND zum 15. Januar sagt alles.

Helge Tietze, Bautzen

Im Zwickauer Wochenspiegel wurde am 14. 1. unter dem Titel „Gedenken an Luxemburg und Liebknecht“ für den 15. 1. von den Zwickauer Sozialdemokraten auf den Platz der Einheit eingeladen. Vor etwa 15 Anwesenden sprach ein SPD-Funktionär zur Persönlichkeit Rosas. Sie habe sich nicht immer richtig verhalten, meinte er u. a. Über Karl Liebknecht verlor er kein Wort. Die Veranstaltung dauerte 10 Minuten.

Die „Freie Presse“ Zwickau kündigte eine Gedenkveranstaltung der Linkspartei.PDS an. Etwa 50 Personen nahmen teil. Die Rednerin verwies u. a. darauf, daß Rosa noch zur Kaiserzeit wegen Majestätsbeleidigung im nebenan gelegenen Gerichtsgebäude zu vier Monaten Haft verurteilt worden sei, die sie im Zwickauer Gefängnis abgesessen habe. Auch Karl Liebknecht wurde gewürdigt.

Beide Veranstaltungen, auf die die Zeitungen hingewiesen hatten, blieben anschließend unerwähnt.

Erhard Haugk, Zwickau

Der heutige ND-Artikel, von der ND-Redaktion als Anzeige ausgewiesen, ist das Beste, was dieses Blatt seit über 15 Jahren veröffentlichte. Ich bin mir sicher, daß unsere „RotFuchs“-Annonce ein starkes Echo findet.

Peter Wozniak, Halle

Am Freitag erhielt ich wie gewohnt, aber immer wieder in großer Erwartung, die aktuelle „RotFuchs“-Ausgabe.

Ja und dann am Sonnabend an nicht zu übersehender Stelle im ND die „RotFuchs“-Anzeige. Irgendwie hat mich das bewegt, was ich zu lesen bekam. Klare Positionen und Standpunkte, keine Eierei, sondern eine unmißverständliche Positionierung an einem stinknormalen Sonnabend im kapitalistischen Alltag dieser BRD. Die Überschrift, richtig rot, nicht rosa, nicht ein bißchen rot, sondern rot, nicht verwaschen, nicht verblaßt! Jeder soll es wissen, jeder kann es wissen, was der „RotFuchs“ ist.

Spät, aber nicht zu spät wurde nun im ND die Frage nach dem „RotFuchs“ beantwortet. Erinnert sei an die seinerzeitige Reaktion auf eine Leserfrage, als der „RotFuchs“ unerwähnt blieb und stattdessen von einer Jugendgruppe in Hettstedt die Rede war.

Mit meiner Frau betreibe ich ein kleines selbständiges Unternehmen. Eines Tages stand ich beim Kunden auf der Leiter. Wir hatten ein Arbeitszimmer einzurichten. Geredet wurde über vieles, und da war sie wieder die Frage, so oft schon gestellt: „Haben Sie das einmal gelernt oder sich selbst angeeignet?“ Da gibt es immer zwei Möglichkeiten: Erstens: Nichtssagendes, ganz Neutrales zu äußern oder Variante zwei: Ich habe die DDR, mein früheres Vaterland, verteidigt! Der Kunde

akzeptierte meine Offenheit. Er fand es gut, daß ich zu meiner Arbeit in der DDR stand, sie nicht verleugnete. Warum auch?

Peter Naumann, Berlin

Ausgerechnet der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, selbst Schweizer, fordert mehr Geld für (deutsche) Politiker. Dann würden „mehr qualifizierte Menschen aus der Wirtschaft in die Politik wechseln“. Für mehr Geld „finden wir auch die Besten für diese Aufgabe“. Ein Nicht-Wirtschaftsboß, der Jurist Prof. Hans H. von Arnim, sieht das wesentlich anders: „Solange die Bezahlung (der Abgeordneten und Politiker) gering war, konnte man davon ausgehen, daß Postenjäger nicht angelockt würden. Je höher die Bezahlung, je überzogener die Versorgung, je ausgeprägter die Privilegien und je sicherer und abgeschotteter die Pfründe gegen Konkurrenz und Abwahl sind, desto weniger kann ausgeschlossen werden, daß sie von vielen nur wegen des Geldes, des Ansehens und des sonstigen Status des Mandatsträgers angestrebt werden.“

Nur wer Warencharakter und Profitmaximierung als das A und O allen menschlichen Daseins versteht – und das ist der Leitgedanke des kapitalistischen Gesellschaftssystems – wird die Besten für den Staat über die höchste Bezahlung gewinnen wollen.

Hansjörg Schupp, Appethshofen

Es gibt bekanntlich verschiedene Szenarien, um eine Oppositionspartei ihrer Einflußmöglichkeiten zu berauben.

Das Einfachste, aber politisch zur Zeit schwer Durchzustehende, wäre ein Verbot. So gehabt beim Verbot der KPD in den Hochzeiten des kalten Krieges. Und die SPD hat munter mitgemischt, bis hin zu Berufsverboten.

Eine weitere Möglichkeit ist die Diffamierung mit Lügen und Halbwahrheiten inklusive Rufmords.

Oder wenn das alles nicht realistisch ist, wird diese Partei eben mit ins Regierungsboot geholt zwecks „Entzauberung“.

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Korrumpierung der Parteiführung.

Die ersten beiden Varianten scheiden aufgrund der konkreten politischen Situation derzeit aus bzw. haben sich als nicht wirksam genug erwiesen. Als effektivste Methode erscheint den Herrschenden zur Zeit eine Mischung aus Diffamierung und Korrumpierung.

Die Führung der Linken.PDS ist sich offensichtlich weitestgehend darin einig, dem Kapitalismus über „Reformen“ zu einem menschlichen Antlitz verhelfen zu können. Das Wort „Reform“, das im Selbstverständnis der Massen einen positiven Eindruck macht, wird demaßen inflationär benutzt, daß bei allen Wachsamkeit die Alarmglocken schrillen müssen! Was soll wie zu welchem Zweck „reformiert“ werden?

Ich halte es mit den Klassikern: An allem ist zu zweifeln! Also zweifeln wir doch mal und hinterfragen kritisch: Wem nützt eine Linke in der Regierung?

Wer sich auf das Spiel des Kapitalismus einläßt, muß auch die Spielregeln akzeptieren! Gesellschaftliche Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit gewinnt die Linke nur in der Opposition, sonst landen wir bald bei Sachzwängen und der Möglichkeit, schlechte Politik zum Nachteil der Mehrheit und zum Nutzen der eigentlich Regierenden bestmöglich umzusetzen.

Und so wird unsere Linke Stück für Stück von Bisky, Gysi und Co. näher an die SPD herangetragen, bis sie ihr eigenes Profil verliert. Und warum sollte dann noch jemand die Linke wählen?

Manchmal beschleicht mich der Verdacht, daß sich einige Politiker der Linken.PDS in der Regierung ganz wohl fühlen!

Noch gut im Gedächtnis ist mir auch die Kotau-Serie der PDS bei der Übernahme von Regierungsverantwortung in Berlin und in der Zeit davor. Allein für die Existenz der DDR haben wir uns noch nicht entschuldigt. Aber das kriegen wir auch noch hin. Linke Politiker ignorieren einfach die konkreten historischen Bedingungen.

Ich weiß – es gibt sie noch, die Genossinnen und Genossen, die wissen, was das Gebot der Stunde ist: massive Opposition. Alles andere wird unsere Positionen schwächen. Ich weiß auch: Da sind

noch viele, die Politik nicht verwalten, sondern verändern wollen. Diesen allen sage ich: Laßt nicht zu, daß sich einige am Feuer Eurer Herzen die Füße wärmen!

Fred Schügner, Berlin

Schon seit eh und je ist das Ministerium für Staatssicherheit der DDR eines der Hauptangriffsobjekte des Antikommunismus. In jüngster Zeit entwickelten sich die ehemaligen Haftanstalten des MfS zu einer seiner bevorzugten Zielscheiben. Sowohl die zentrale U-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen als auch frühere Bezirks-Haftanstalten wurden wegen angeblich dort massenhaft begangener „Stasi-Verbrechen“ zu „Gedenkstätten“ deklariert.

Bei dieser Greuelpropaganda geht es deren Erfindern vor allem um die Gleichsetzung „zweier deutscher Diktaturen“.

Da sich dafür keinerlei Beweise erbringen lassen, kolportieren die Medien im Auftrag der Birtler-Behörde und anderer Stellen die grotesksten Lügen. Erst in den letzten Monaten kam es in Gera zur Neueröffnung einer der berühmtesten „Gedenkstätten“. Die „Ostthüringer Zeitung“ berichtete am 9. 11. 05 über dieses Ereignis. Sie behauptete, in der ehemaligen UHA des MfS seien nicht nur Menschen ums Leben gekommen, sondern sogar getötet worden. Der Pressemeldung zufolge erklärten das u. a. die Thüringer Landtagspräsidentin Frau Prof. Schipanski und Oberpfarrer i. R. Roland Geipel.

Woher nahmen sie ihre „Weisheiten“? Für mich wäre denkbar, daß sie „Jenaer Gedankengut“ aufgriffen. Dort strickt man schon seit Jahren an der Legende, daß der Bürger Matthias Domaschk einem „Stasi-Verbrechen“ zum Opfer gefallen sei. Dieser Umstand veranlaßte die Erfurter Justizbehörden dazu, unter dem Aktenzeichen 570 Ujs-12133/93 ein Todesermittlungsverfahren gegen Unbekannt zum Nachteil Domaschk einzuleiten. Es endete mit der Einstellung und Archivierung des Verfahrens, da eindeutig ein Suizid vorlag. Dennoch wird die Legende bis heute verbreitet. Motto: Von jeder antikommunistischen Lüge bleiben zumindest 10 % hängen.

Generalmajor a. D. Dr. Dieter Lehmann, Dresden, ehemaliger Leiter der Bezirksverwaltung des MfS Gera

Vor einigen Jahren gingen von der BILD-Zeitung Veröffentlichungen aus, daß in der sächsischen Kleinstadt Sebnitz ein Junge von faschistischen Jugendlichen im öffentlichen Bad ertränkt worden sei. Die Leute hätten dabei zugesehen, hieß es. Schon bald war da wieder das Bild von dem faschistischen Osten geprägt. Es stellte sich zwar bald heraus, daß die Mutter des ertrunkenen Jungen Zeugen bestochen und zu Falschaussagen bewogen hatte. Aber in den Köpfen der Fernsehzuschauer und Zeitungsleser blieb diese erfundene Geschichte hängen, zumal sie deutschlandweit kolportiert worden war. Die Darstellung der Wahrheit verfiel weniger. Hier wird eine Methode der Manipulation sichtbar, die gebraucht wird, um die DDR zu verteuflern.

Robert Leßig, Großhartmannsdorf

Der Antifaschismus war Staatsideologie in der DDR. Das mögen manche in negativ besetzte Formeln bringen. Es war dennoch eine immer aufrichtigere, ehrliche, geschichtsbewußte und aus schmerzlicher Erfahrung vieler Politiker der DDR abgeleitete Haltung, und es war eine Politik, die Ursachen und Wurzeln von Krieg und Faschismus schonungslos offengelegt hat. Der hauptsächlich Nährboden für faschistische Umtriebe war in der DDR nicht mehr existent. Jetzt haben wir ihn wieder. Wenn ich es recht sehe, so ist es weit mehr als Nährboden. Die reifen Früchte warten nur auf den Zugriff. Antikommunismus, Chauvinismus, Demokratieverfall, militantes Großmachtgehebe hinter verlogener Patriotismus und der ganze Schmutz übelster Geschichtsfälschung – das tritt derzeit gebündelt und gezielt auf. Es scheint zu vollstem Leben zu erwachen, wird offen zur Schau getragen, politisch toleriert und geschützt.

Mehren sich nicht bedrohlich die Anzeichen einer durch und durch reaktionären Politik dieser vielgepriesenen bürgerlichen Demokratie? Haben wir es nicht wieder mit Ignoranz, Unkenntnis und sorgloser Gleichgültigkeit ganzer Bevölkerungsteile zu

tun? Werden Schuld und Schuldige nicht erneut da gesucht und gefunden, wo am leichtesten der größte Schwindel demagogisch glaubhaft zu machen ist und selbst erwiesene und bittere Wahrheiten verblassen und nicht mehr gelten sollen und dürfen?

Roland Winkler, Remseck

Während meiner orthopädischen Reha in Bad Frankenhausen machte ich die Bekanntschaft einer Mitarbeiterin der bayerischen Ausländerbehörde. Sie berichtete mir im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit von Anfragen ihrer Dienststelle an die Berliner Gauck-Behörde. Demnach dient auch die Gauck/Birthler-Behörde der staatlichen Überprüfung von Asylsuchenden.

Dies ist eine Bestätigung dafür, daß die Birthler-Behörde als untergeordnetes Organ im gesamtdeutschen Bespitzelungs-, Überprüfungs-, Überwachungs- und Unterdrückungsapparat integriert ist.

Auch die Birthler-Behörde dient demnach als Lieferant von Informationen und somit der staatlichen Verfolgung von Menschen aus anderen Regionen der Welt.

Reinhold Schramm, Berlin

Zunächst einmal habe ich mich sehr über die Würdigung Helmut Sakowskis durch Dieter Fechner im RF gefreut. Helmut war auch nach 1989 ein sehr politischer Mensch. In den Wahlkämpfen für den Bundestag und den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern war er, auch wenn es oftmals seine Kräfte überstieg, mit mir auf unzähligen Lesereisen und an Ständen der PDS. Daraus entwickelte sich eine lockere, aber vertrauensvolle Freundschaft.

Nun zu einer Berichtigung. Das Schicksal der Familien Schwan und Tiedemann beendete Helmut mit dem dritten Band „Die Erben von Klevenow“ im Jahre 2000, erschienen im Aufbau-Verlag. Der Roman „Die Wendenburg“ kam 1995 ebenfalls bei Aufbau heraus. Es handelt sich um eine Satire auf eine ostdeutsche Kleinstadt nach 1989, mit Figuren wie zum Beispiel dem ehemaligen LPG-Vorsitzenden Max Stephan, uns allen bekannt aus „Daniel Druskat“.

Als bedauerlich habe ich es empfunden, daß Dieter Fechner nur jene Schauspieler aus Helmut's Fernsehfilmen hervorhebt, die die DDR verlassen haben. Unerwähnt bleiben starke Frauengestalten, wie sie von Carmen-Maja Antoni, Käte Reichel und Erika Pelikowsky dargestellt wurden.

Konstantin Brandt, Berlin

Im Rahmen einer Veranstaltung der Linkspartei.PDS referierte kürzlich in Erfurt die Pröbstin Elfriede Begrich. „Was uns im gemeinsamen Tun verbindet, ist mehr als das, was uns im Glauben trennt. Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muß Sozialist sein“, sagte sie. Das haben viele Christen erkannt und handeln danach.

Ich denke an Dom Helder Camara, den „Roten Bischof“ Brasiliens und seine Grundeinstellung: „Wenn sich ein Armer gegen Hunger und Unterdrückung auflehnt, wird er sofort beschuldigt, Kommunist zu sein ... Eine subversive Kirche ist besser als eine allzu kompromißbereitsche. ... Als Christen haben wir die Pflicht zum Kampf gegen den versklavenden Kapitalismus.“ Ähnlich äußerte sich der Nikaraguaner Ernesto Cardenal, Priester, Schriftsteller und Revolutionär. Er sah im Sozialismus mehr als in jedem anderen politischen System die Botschaft des Evangeliums verwirklicht. Am 20. Januar wurde er 81.

Dessenungeachtet haben Kirchenfürsten, voran Papst Johannes Paul II., den Kampf gegen die Befreiungstheologie geführt, die hier Genannten streng kritisiert, verdammt und aus dem Priesteramt getrieben. Die Medien frohlockten damals: „Die Befreiungstheologie ist gescheitert.“

Auch die Theologin Frau Müller aus Suhl oder der von der Kirche geschätzte Theologe Peter Franz aus Weimar, Autor im „RotFuchs“, sowie viele andere Christen wirken seit Jahren für den Frieden, gegen Krieg, Hochrüstung und Sozialabbau.

Gert Thiede, Suhl

Am 4. November 1989 war ich im Wald Pilze suchen. Am 9. November habe ich wahrscheinlich Holz gehackt. Zwischen dem 4. und dem 9. erreichte mich aus Holland ein Brief mit einem Superangebot an Tulpenzwiebeln. Danach kamen noch viele Briefe

mit Ratschlägen für Kapitalanlagen, obskuren Lotto- und Kreditangeboten und vielem anderem mehr. Was nicht kam, war ein Brief des damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker, daß er sich von Herzen freue, mich als neuen Bundesbürger begrüßen zu können, und daß er alles in seiner Macht Stehende tun werde, daß auch ich mich darüber freuen könne. Dieser Brief kam nicht.

Auch kein amtliches Schreiben, welches mir in zwei dürren Sätzen mitgeteilt hätte, ich müßte jetzt als Bundesbürger weiterleben. Rein formell und meiner naiven Meinung nach auch im juristischen Sinne habe ich demnach nie aufgehört, ein DDR-Bürger zu sein, und nie angefangen, ein Bundesbürger zu werden. Als natürliche Person wurde ich einfach nicht wahrgenommen, eher wie ein verkauftes Schwein oder Schaf betrachtet. Das Interesse an mir flackert nur hin und wieder angesichts nicht bezahlter Rechnungen für Wasser oder Strom auf. Das ist nicht viel, aber immerhin etwas. Ab und zu komme ich ins Grübeln, was man bloß mit mir macht, wenn ich nicht mehr zahlen kann.

Walter Lauche, Maler, Rietz

Beide Weltkriege haben die Repräsentanten preußischer Tugenden vorbereitet und begonnen. Millionen Opfer wurden ohne Skrupel einkalkuliert. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Wilhelm II. hatte keine menschliche, christliche Hochachtung vor dem Leben. Er war ein Barbar deutsch-preußischer Machart.

Gerade erst hat der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident Brandenburgs die Rückkehr der Deutschen zu „preußischen Tugenden“ verlangt. Diese wucherten zu Kadavergehorsam und willensloser Befehlstreue aus. „Führer befehlt, wir folgen. Unsere Ehre heißt Treue. Kampf bis zur letzten Patrone. Wenn du auf diese Fahne schwörst, hast du nichts, was dir selber gehört“ – das waren die faschistischen Parolen zur Verführung der Volksmassen. Es ging um „Herrenmensch“ mit „preußischen Tugenden“. Warum nennt Herr Platzeck diese Tugenden eigentlich „preußisch“? Sind seine Farben etwa Schwarz-Weiß-Rot?

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Ende vergangenen Jahres haben wir uns sehr über Euren Kalender 2006 gefreut. Bei genauerem Hinsehen hatten wir aber ein Problem. Dienstag, der 3. 10., ist hier ein ganz gewöhnlicher Wochentag, während er doch regierungsamtlich Staatsfeiertag mit Namen „Tag der deutschen Einheit“ ist. An diesem Tag sind die Geschäfte geschlossen. Sie werden auch für „RotFuchs“-Leser nicht geöffnet. Wir haben auch unsere Probleme mit diesem Tag und sind der Meinung, daß die deutsche Einheit vollkommen mißlungen ist. Aber dies in einem Kalender auszudrücken finden wir falsch.

Zum Vorstandsbericht von Rolf Berthold möchten wir noch einen Gedanken loswerden. Wir könnten jeden Satz unterschreiben, nur beim folgenden würden wir die Unterschrift verweigern: „Deshalb wollen wir in dieser Bundesrepublik auch nicht ankommen.“ Ob wir es wollen oder nicht, ist bedeutungslos. Wir sind am 3. Oktober 1990 in der BRD – gewollt oder ungewollt – angekommen. Nun müssen wir das Beste daraus machen, und das ist Opposition gegen diese Ordnung. Wer nicht ankommen will, der stellt sich außerhalb der Gesellschaft. Von außen kann man sie aber nicht verändern.

Für Linke aus der alten Bundesrepublik steht diese Frage nicht. Sie wurden in die BRD hineingeboren (bzw. sind hineingewachsen) wie wir in die DDR.

**Klaus-Dieter Betzien
Hans-Joachim Hiller, Lubmin**

Bemerkung der Redaktion:

Die Antwort gibt unser Leitartikel. Es ist völlig klar, daß wir im staatsbürgerlichen Sinne natürlich in die BRD integriert sind. Wir meinen etwas anderes: das politische „Ankommen“ im deutschen Imperialismus, um das sich einige sehr bemühen. Wir wollen unser ideologisch-politisches Pulver in der Auseinandersetzung mit den jetzt in ganz Deutschland herrschenden Feinden der Arbeiterklasse auch unter den neuen Bedingungen trockenhalten. Die beiden Leserbrief-Autoren haben völlig recht: Angesagt ist auf jeden Fall Opposition.

Voller Stolz und Jubel konnten die imperialistischen Massenmedien verkünden, daß nun ein weiteres Bauwerk der DDR fällt. Es kostet den Steuerzahler nur 12 Millionen Euro und sichert Arbeitsplätze. Sogar aus der zerschlagenen DDR kommen Bauarbeiter zum Abriß des Palastes der Republik, auch solche, die ihn einst errichten halfen. Was mag in den Köpfen dieser Menschen vorgehen? Die Sicherung eines Arbeitsplatzes, der Unterhalt von Familie und Wohnung, die Rettung vor dem Abstieg in die Erwerbslosigkeit?

12 Millionen Euro, um mit dem Sozialismus abzurechnen, und zwar auf eine Art, wie sie die Nazis auch gerne zertögt hätten, wenn ihnen Moskau in die Hände gefallen wäre. Zum Glück wurden sie geschlagen. Und die Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, die jetzt ihre Revanche gekommen sehen, wollen alles zerstören, was an ein menschliches System erinnert, das es nach ihrer Geschichtsauffassung nie gegeben haben dürfte. Mit der Lüge von der Asbestverseuchung fing es an, jetzt findet der Wahnsinn seinen Höhepunkt.

Burkhard Kammhoff, Templin

Geld ist der Gott der Reichen. Der Rest ist Heuchelei. Sie reden vom Sparen und werfen das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus. Sie stecken es in sinnlose Aufrüstung, obwohl kein Feind in Sicht ist. Sie unterstützen auch mit Steuererlaß Unternehmen, die den Standort Deutschland aufgeben, um woanders noch höhere Profite einzufahren. Sie schleppen in schwarzen Koffern Schwarzgeld, um Gesetze zu umgehen, die sie selber schufen. Warum sagen nicht unsere auserwählten Politiker: Gut, wir halbieren unsere Diäten, reduzieren unsere Altersversorgung auf das Normalmaß und verzichten auf hohe Abfindungen? Ist es noch ihren Wählern zu vermitteln, wenn z. B. die Abgeordneten des sächsischen Landtages ihren Angehörigen ein Sterbegeld von 8568 Euro zugestehen, die Normalbürger aber seit Anfang 2004 keinen Cent mehr von ihrer Kasse erhalten?

Es geht aber auch anders. So hat der neue Präsident Boliviens, Evo Morales, kurz und bündig mitgeteilt, seine Diäten und die der Abgeordneten seiner Partei um 50 % zu kürzen. Während bei uns die großen Konzerne die Preise für Benzin, Heizöl und Erdgas künstlich in die Höhe treiben, um Maximalprofite zu ergattern, gibt Hugo Chávez, der Präsident des Erdöllandes Venezuela, Benzin und Heizöl an die armen mittelamerikanischen Nachbarn zu Niedrigpreisen ab. Sogar ein US-amerikanischer Distrikt wird von Venezuela kostenlos mit Heizöl beliefert, damit die Armen dort den kalten Winter überstehen.

Werner Juhlemann, Geithain

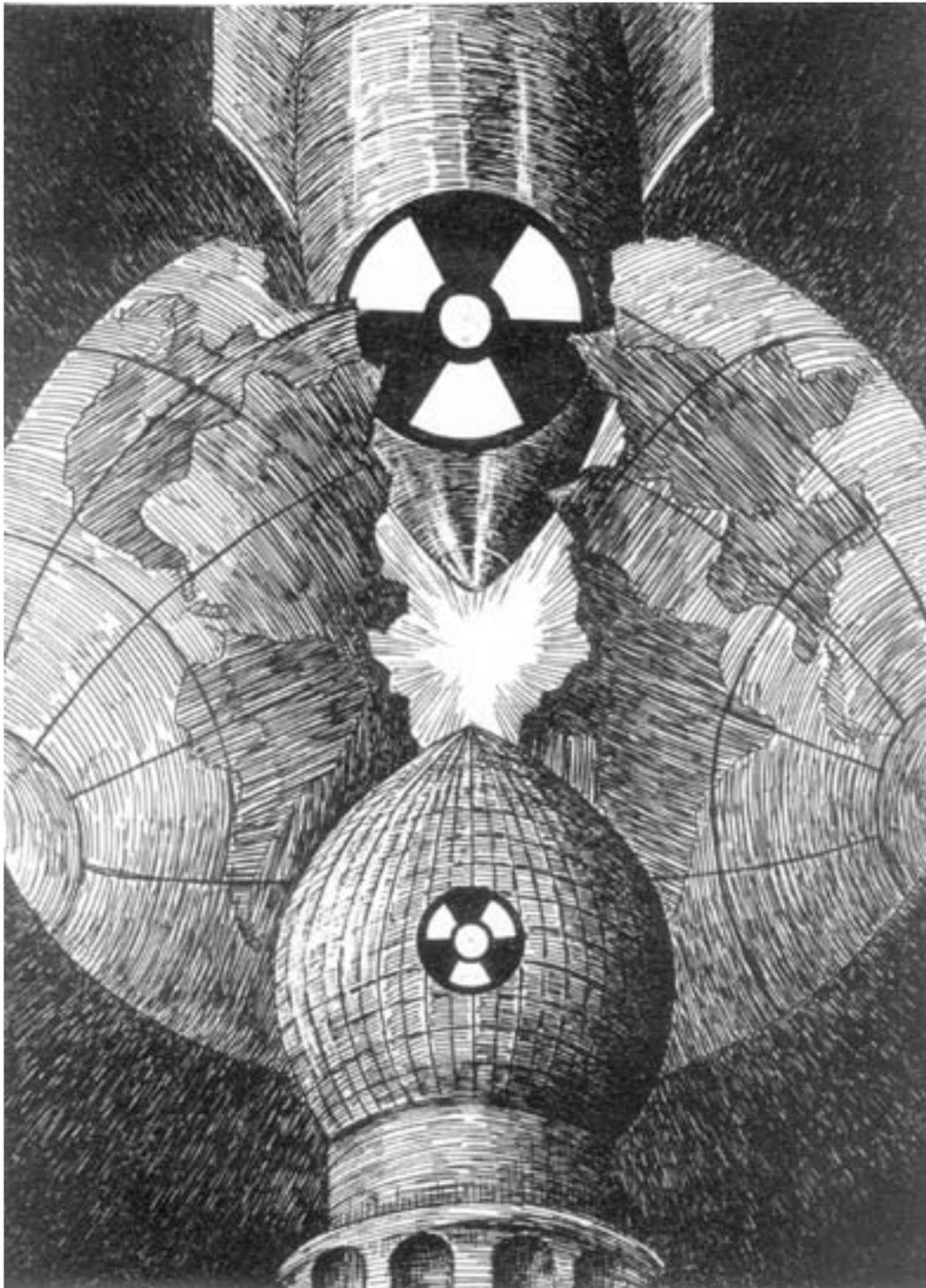
Da ich ein Frühaufsteher bin und schon um 6.30 Uhr das erste Mal mit Zwerghaardackel Tommi nach unten gehe, erfahre ich sonntags im Frühprogramm so manch Interessantes vom Ifo-Radio NDR. In der Sendereihe „Lebenswelten“ hörte ich einen Beitrag „Den Himmel erden“. Er behandelte die besonders in Mittel- und Südamerika weit verbreitete Befreiungstheologie. Es lohnte sich zuzuhören.

Im „RotFuchs“, den ich jedesmal wie eine Vitamin-spritze empfinde, gefallen mir neben vielen anderen Materialien besonders auch die Artikel des evang.-luth. Theologen Peter Franz. Im Gedächtnis ist mir sein Beitrag über die zehn Gebote. Wichtig war auch „Ungeist aus uralten Quellen“. Das alles finde ich sehr interessant.

In der eingangs erwähnten Radio-Sendung „Lebenswelten“ werden viele Tatsachen genannt, die jeder kennen sollte. So gibt es z. B. allein in Brasilien 180 Millionen ha Brachland. Und das bei der Hungersnot in vielen Teilen der Erde, Brasilien eingeschlossen.

„Freiheit und Gerechtigkeit“ sind die Lieblings-schlagworte der CDU. Wie es in Wirklichkeit damit steht – das sollte der „RotFuchs“ auch in diesem Jahr immer wieder deutlich machen.

Johannes Suchrow, Neubrandenburg



Arroganz der Stärke

Grafik: Klaus Parche

Am **10. März** findet um **16.30 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der

Regionalgruppe Berlin statt. Der Publizist **Jürgen Elsässer** spricht über sein Buch

Wie der Dschihad nach Europa kam Gotteskrieger und Geheimdienste auf dem Balkan

Gäste sind herzlich willkommen.

Die **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt für den **11. März**

um **10.00 Uhr** in die Zwickauer Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, ein.

Prof. Dr. Ingo Wagner (Leipzig) referiert über das Thema

Erfordernisse radikaldemokratischer Reformen im Kapitalismus

Mitglieder, Leser und Interessenten sind eingeladen.

Die **RF-Regionalgruppe Strausberg/Umgebung** begeht den

50. Jahrestag der Gründung der NVA

in einer Veranstaltung mit **Generaloberst a. D. Horst Stechbarth**.

Sie findet am **18. März** um **10.00 Uhr**

in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, statt.

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

**Internet-Präsentation
des „RotFuchs“:**
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)